Nr. 154. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 6. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Internationale Fragen.

London, 3. Juli.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Zeilen werden auch die Depeschenbureaus das Wesentliche der Diskussionen verbreiten, die im englischen Unterhause am 5. Juli über verschiedene Gegenstände der auswärtigen Politik stattfinden. Wir können indes manches vorwegnehmen, da aus den vorhergegangenen parlamentarischen Debatten und Preßnachrichten einiges über die kommenden Erklärungen des Ministers des Aeußern, Sir Edward Grey, bekannt ist.

1. Der Besuch der englischen Flotte in Kronstadt.

Außerordentlich groß ist die Aufmerksamkeit, mit der hier die russischen Vorgänge verfolgt werden. Die zahlreichen Korrespondenten der Londoner Tageblätter und Monatsschriften, die sämtlich gute Verbindungen sowohl mit den Vertretern der parlamentarischen Parteien als auch mit den Vertretern der Regierung haben, berichten von Tag zu Tag in längeren Depeschen über die Lage oder richtiger über die fortgesetzten Wandlungen der Lage. Demnach ist es ungemein schwierig, auch nur vorauszusagen, was der nächste Morgen bringen mag. Einzelheiten vorherzusagen ist immer schwierig, auch wenn die Lage nicht so verwickelt, nicht ganz so aus den Angeln ist wie die gegenwärtige Situation in Rußland. Außer stilistisch-schönen Beschreibungen der stürmisch aufgepeitschten Oberfläche des russischen Lebens, außer Meinungen und Ansichten verschiedener hervorragender Männer gibt es in den Korrespondenzen nichts, was uns bei der Beurteilung der Lage helfen könnte. Aus den verschiedenartigen Eindrücken, Mitteilungen und Betrachtungen läßt sich indes etwa folgendes entnehmen:

Die Mehrheit der Duma ist entschlossen, die Bauern für sich zu gewinnen und die Arbeiter nicht abzustoßen, um im Kampfe mit dem Absolutismus die Nation auf ihrer Seite zu haben. Sodann ist sie entschlossen, dem Beispiele der deutschen Sozialdemokratie zu folgen: die parlamentarischen Formen und die Loyalität zu wahren. Letztere Erwägung geht aus einem sehr tüchtigen, in englischer Sprache erschienenen Buche Miljukows „The Crisis in Russia" („Die Krisis in Rußland") hervor.

Demgegenüber ist die russische Regierung entschlossen, dem Beispiele der preußischen Regierung zu folgen: die Duma zur Ohnmacht zu verurteilen und sie zu einem Diskutierklub zu degradieren. Die Duma soll das Schicksal des Frankfurter Parlaments teilen. —

Daraus ergibt sich für die Duma die Aufgabe, akademische Diskussionen zu vermeiden, sich in geschäftsmäßiger Weise an die Ausarbeitung einiger der wichtigsten, notwendigsten und agitatorisch wirksamsten Gesetzesvorlagen zu machen und der Regierung die Verantwortlichkeit für die Verwerfung dieser Vorlagen zu überlassen.

Mag diese Auffassung richtig oder unrichtig sein, soviel ist sicher, und hier leugnet es niemand, daß der Kampf zwischen Volk und Krone entbrannt ist. Aber wer der Sieger bleiben wird, weiß man hier nicht. Diese Ungewißheit spiegelt sich in der englischen Presse und in den politischen Diskussionen wieder, und sie beeinflußt den Gang der äußeren Politik; denn seit einem Jahre ist eine englisch-russische Annäherung höchst wahrscheinlich geworden. Als Manifestation dieser Annäherung soll bekanntlich ein britisches Geschwader Kronstadt besuchen. Allein es entsteht die Frage: Wem sich nähern: der Krone oder dem Volke? — Rußland befindet sich in einer tiefen Umwälzung; der alte formale Rechtsboden ist erschüttert. Die Frage lautet nicht mehr: Autokratie oder Liberalismus? sondern: Liberalismus oder Demokratie? Der Absolutismus ist nicht mehr zu retten. Die Dezemberschlächtereien in Moskau haben ihm nichts genützt. Die große Mehrheit der Duma verlangt ein konstitutionelles Ministerium, eine der Duma entnommene Regierung, die also vom Volke gewählt, dem Volke verantwortlich ist und fürs Volk regiert. Es ist im Grunde genommen dasselbe Verlangen, das die Liberalen nach dem 30. Oktober 1905 stellten und das die Regierung im Moskauer Blutbade zu ertränken gedachte.

Die Majorität des britischen Volkes wünscht der liberalen Mehrheit den Sieg. Sie ist deshalb gegen die Entsendung der Flotte nach Kronstadt, gegen jede offizielle Manifestation einer englisch-russischen Freundschaft, so lange der Zar den Forderungen der Duma im Wege steht. Die Metzeleien von Bialystok haben hier den Unwillen gegen das ancien régime Rußlands erheblich verstärkt. Sowohl im Parlamente wie in den Versammlungen und Sitzungen der verschiedenen politischen Organisationen wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Entsendung eines britischen Geschwaders nach Kronstadt dem vom russischen Volke mit so ungeheueren Opfern geführte Kampf nur schaden könnte. Auch der größte weltpolitische Vorteil einer auf diese Art gewonnenen russischen Freundschaft wäre nicht imstande, den Schaden aufzuwiegen, der der Freiheit zugefügt würde.

Allein die Diplomatie geht ihre eigenen Wege. Sir Edward Grey hat von seinem konservativen Vorgänger Lord Lansdowne das Vermächtnis übernommen, einen Ausgleich mit Rußland herbeizuführen. Der diplomatische Ruf der liberalen Regierung steht und fällt mit dem Erfolge oder Mißerfolge dieses Abkommens. Die Bedeutung eines englisch-russischen Ausgleichs wurde vor ungefähr einem Jahre an dieser Stelle im Artikel: „Wandlungen der Weltpolitik" auseinandergesetzt. Diese Bedeutung ist für England bei seinem latenten Konflikte mit dem Deutschen Reiche gewiß nicht zu unterschätzen. Dazu kommt jetzt ein neuer Faktor: England ist mit Frankreich alliiert. Frankreich ist finanziell und militärisch an Rußland gebunden. Ein Zusammenbruch Rußlands muß für die innere und die äußere Lage Frankreichs sehr ernste Folgen haben, die dann auf England rückwirken können. Englands auswärtige Politik rechnet mit Frankreich wie mit einer konstanten Größe; sie kann es also nicht gestatten, daß Frankreich geschwächt wird, und das offizielle Frankreich ist — wie gesagt — an einer sehr ruhigen Entwickelung der Dinge in Rußland interessiert. Man sieht, mit welcher diplomatischen Kettenrechnung Sir Edward Grey zu tun hat. Wäre er einigermaßen sicher, daß das russische Volk siegen wird, dann könnte er den Zaren völlig ignorieren. Wie aber, wenn die Krone Siegerin bleibt? — —

Am 5. Juli spricht er im Unterhause. Seine Rede wird wahrscheinlich ein Eiertanz sein. Er wird keinen der in Rußland kämpfenden Faktoren vor den Kopf stoßen wollen. Oder aber: er wird es dem britischen Volke überlassen, die Duma in Schutz zu nehmen und die zum interparlamentarischen Kongreß nach London kommenden Dumamitglieder enthusiastisch zu empfangen (und der Empfang wird ohne Zweifel über alle Maßen herzlich sein), während er als Minister des Aeußern den Zaren durch die Entsendung des britischen Geschwaders nach Kronstadt ehren wird. —

2. England, türkische Zölle, Mazedonien und Bagdadbahn.

Im Oberhaus wurde gestern von Lord Newton, Lord Fitzmaurice (Unterstaatssekretär des Auswärtigen) und Lord Lansdowne die Frage der Erhöhung der türkischen Zölle diskutiert, die von internationalem Interesse ist, besonders für Deutschland.

Die türkische Zollpolitik steht — gleich der chinesischen — unter internationaler Aufsicht. Die Einfuhrzölle betragen 8 Prozent und ergeben etwa 40 Millionen Mark. Als es sich im vorigen Jahre darum handelte, die mazedonischen Finanzen, die im Jahre 1904 ein Defizit von ungefähr 14,4 Millionen aufwiesen, unter internationale Verwaltung zu stellen, schlug der Sultan den Mächten vor, die türkischen Zölle von 8 auf 11 Proz. zu erhöhen. Diese Zollerhöhung würde ein Mehr von etwa 15 Millionen Mark bringen, die zur Deckung des mazedonischen Defizits verwendet werden sollen.

Die britische Regierung wandte sich gegen diesen Vorschlag, da etwa 60 Prozent der türkischen Einfuhrzölle auf britische Waren fallen. Sie sagte, die schlechte Lage der türkischen Finanzen sei die Schuld der Pforte, und warum solle nun England für die Fehler der Pforte büßen? Vor einigen Wochen verbreitete es jedoch das Gerücht, daß die britische Regierung geneigt sei, dem Vorschlage des Sultans zuzustimmen aus Rücksicht auf die traurige wirtschaftliche Lage Mazedoniens. Dagegen protestierten mehrere Politiker und begründeten ihren Protest in folgender interessanten Weise:

Das mazedonische Defizit wurde bisher aus türkischen Reichseinnahmen gedeckt. Jetzt werden die mazedonischen Finanzen sorgfältiger und sparsamer verwaltet, wodurch das Defizit erheblich reduziert wird. Werden nun die türkischen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent erhöht, so erhält der Sultan ein Mehr von 15 Millionen Mark, die er gerade braucht, um den Deutschen den Bau der Bagdadbahn zu erleichtern! Da diese Bahn nun bis zum Persischen Golf laufen wird und auch mit der geplanten Konstantinopel—Mekka-Bahn zusammenhängt — also in ihren Endstationen auf britische Interessen stößt —, so gibt England tatsächlich den Türken und den Deutschen die Mittel, Englands Interessen zu bedrohen!

Lord Newton, der die Regierung gestern darüber interpellierte, sagte: „. . . Es ist ein offenes Geheimnis, daß in manchen Kreisen gehofft wird, die Erhöhung des Tarifs werde die Gewährung der kilometrischen Garantie für die Bagdadbahn erleichtern. Diese Bahn ist ein rein deutsches Unternehmen, und als es sich im Jahre 1903 um eine britische Teilnahme am Bahnbau handelte, erklärte Lord Lansdowne, daß die Bahn unter deutsche Herrschaft falle und wir deshalb an ihrem Bau nicht teilnehmen können. Der Bau hat bis jetzt geringe Fortschritte gemacht, aber die Aussicht auf eine Bahnlinie vom Bosporus nach Mekka können wir nicht mit Gleichgültigkeit betrachten. Jetzt ist die Gelegenheit da, nicht nur mit Deutschland zu unterhandeln, sondern auch mit der türkischen Regierung. So lange die türkischen Zölle so bleiben wie jetzt, haben wir eine Basis, auf der wir unterhandeln können. Werfen wir aber diese Karte fort, so schwächen wir unsere Position."

Lord Fitzmaurice antwortete: es sei nicht wahr, daß England dem Vorschlage des Sultans zustimme; es sei noch gar nichts entschieden. Sollte die Regierung aber dennoch zustimmen, so könne sich das Land darauf verlassen: England werde Vorsichtsmaßregeln treffen, damit das Geld mazedonischen Reformzwecken und nicht der Bagdadbahn zugeführt werde. Uebrigens sei die Angelegenheit eine delikate und es werde ihr alle Aufmerksamkeit zugewendet, die sie verdiene.

Nach Fitzmaurice sprach Lansdowne: „. . . Ich stimme ganz den Bemerkungen Lord Newtons bei. Als die Frage im Jahre 1903 diskutiert wurde, traten wir in vertrauliche Beziehungen zu großen Finanzhäusern, die sich für dieses Unternehmen interessierten, und wir hofften, die Sache so zu arrangieren, daß die Linie (ein Teil derselben ist deutsch) von See zu See internationalisiert wird. Könnte man dies unter entsprechenden Garantien ausführen, so wäre kein Anlaß für uns, eine obstruktive Haltung einzunehmen, die mein Freund auf der Gegenbank (d. h. Lord Fitzmaurice) für nicht richtig hält."

Aus dieser Debatte geht hervor, daß die liberale Regierung doch geneigt ist, ein Uebereinkommen mit Deutschland zu treffen, in welchem die Bagdadbahn und die Erhöhung der türkischen Finanzen eine Rolle spielen. Es ist möglich, daß Sir Edward Grey auch über diese Angelegenheit am 5. Juli im Unterhause sprechen wird. —

Die Revolution in Rußland.

Blinder Zorn.

Petersburg, 5. Juli. Der „Russkij Inwalid" veröffentlicht einen Tagesbefehl des Kaisers vom 4. ds. Mts., der den Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks und der Garde, Großfürsten Nikolaus auf den Mangel an innerer Ordnung und Disziplin beim ersten Bataillon des Preobraschenskischen Leib-Garde-Regiments aufmerksam macht und dieserhalb Verweise für den Kommandeur des Gardekorps, der 1. Garde-Infanterie-Division und der 1. Brigade ausspricht.

Ein zweiter Tagesbefehl enthält die Verabschiedung des Kommandeurs des Preobraschenskischen Leib-Garde-Regiments Generalmajor a la suite Gadon und des Kommandeurs der 1. Garde-Infanterie-Division Generalmajor a la suite Oserow sowie die Enthebung des Kommandeurs des Gardekorps Fürsten Wassiltschikow von seinem Posten unter Belassung der Würde als Generaladjutant.

Das Kommando des Gardekorps erhielt Generaladjutant Danilow, die übrigen freigewordenen Stellen sind mit Offizieren von der Linie besetzt worden.

Die kindische Wut, mit der hier gemaßregelt wird, ist für Nikolaus und seine Einbläser bezeichnend. Anstatt den Motiven der Gärung und der Unzufriedenheit auf den Grund zu gehen, wird darauf los gestraft und so neue Unzufriedenheit geschaffen. Desto besser für die Sache der Revolution!

Uebrigens scheint des Zaren „Rache" den Betroffenen nicht gerade sehr zu imponieren. Das „B. T." erhielt nämlich folgendes Privat-Telegramm aus Petersburg:

Gestern (Mittwoch) fand in der Nähe der Reichsduma auf offener Straße ein Arbeitermeeting statt, wobei die Arbeiter der in der Nähe liegenden Fabriken mit roten Fahnen und Absingen revolutionärer Lieder aufzogen. **Eine aufgebotene Kompagnie des Leibgarde-Preobraschenski-Regiments weigerte sich, das völlig friedliche Meeting mit der Waffe auseinanderzutreiben,** worauf bereitene Schutzleute eingriffen und hierbei den Dumaabgeordneten Sfedelnikoff verletzten.

Die Durchprügelung des Duma-Abgeordneten,

von der am Schlusse dieser Depesche die Rede ist, verursachte natürlich am Donnerstag in der Duma große Erregung, umsomehr als bekannt wurde, daß Sfedelnikoff von mehreren Polizeibeamten geschlagen worden war, trotzdem er erklärt hatte, er sei Abgeordneter! **Aladjin erklärte namens der Arbeitsgruppe, daß, falls sich ein derartiger Vorgang noch ein einzigesmal ereigne, die Sozialisten die Minister nicht zu Worte kommen lassen würden. Falls irgend ein Abgeordneter von der Polizei geschlagen oder getötet würde, werde die Arbeitsgruppe für die Sicherheit der Minister, die es wagen würden, vor der Duma zu erscheinen, nicht aufkommen.** Der Abgeordnete schloß unter donnerndem Beifall mit den Worten: „Wir werden es dahin bringen, daß die Personen der Vertreter des russischen Volkes geheiligter sind als die Personen der Minister, die noch nie von der Polizei geschlagen worden sind."

Mehrere Abgeordneten schilderten darauf den gestrigen Vorgang wie folgt: Einige Polizisten sprachen Sfedelnikoff auf dem Wege zu einer Versammlung, die später aufgelöst wurde, barsch an. Er erwiderte darauf: „Ich bin Mitglied der Duma." Trotz dieser Erklärung durchsuchte man seine Taschen. Die Polizei nahm ihm dann den Revolver fort, den er stets bei sich trägt, da ihm die Reaktionäre den Tod angedroht haben. Dann schlugen ihn die Polizisten und verwundeten ihn an den Beinen und am Halse.

Als der Minister des Innern eine Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zusagte, ertönten Rufe: **„Demissionieren!"** (Große Unruhe.) **Der Präsident bittet die Linke, ruhig zu bleiben und nicht dem Beispiel der Vertreter des alten Regimes nachzuahmen, die ihre Macht mißbrauchen.** Die Duma beschließt darauf, eine dringende Interpellation über die zur Bestrafung der Polizei von der Regierung ergriffenen Maßnahmen.

Aus Odessa, Kursk und Kronstadt.

Scherl bringt folgende Privatmeldung:

An einem Meeting, das die Sappeure in Odessa abhielten, nahmen 1300 Mann teil. Offiziere versuchten, die Soldaten zu beruhigen, indem sie ihnen das Wort gaben, daß die Vorgesetzten ihre Forderungen prüfen und nach Möglichkeit befriedigen würden. Die Soldaten antworteten jedoch: „Sie wissen sehr gut, daß wir nicht allein unsere Lage beraten, **wir beraten die Forderungen ganz Rußlands, um sie bei der Reichsduma einzubringen."** Die Offiziere sahen sich infolgedessen gezwungen fortzugehen. **So oft sie hatten sprechen wollen, mußten sie sich zunächst vom Vorsitzenden in die Rednerliste eintragen lassen.**

Auch in der Garnison von Kursk herrscht starke Gärung unter dem Militär, besonders bei den ausgedienten Soldaten, deren Entlassung verzögert wird.

In Kronstadt hat nunmehr die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Admiral Roschdjestwenski wegen Kapitulation des Torpedobootes „Bedowy" begonnen. Roschdjestwenski wird sich selbst verteidigen. Er trägt noch ein Pflaster auf der Stirn und nimmt

auf einem besonderen Sessel Platz. Seine mitangeklagten Offiziere bekennen sich unschuldig. Roschdjestwenski sagt, er allein trage die Schuld. Die ihm zugeschriebenen Worte: „Handeln Sie als ob ich nicht an Bord wäre," habe er, da er schwer verwundet war, mechanisch gesagt, mithin den Befehl zum Kampfe nicht genügend ausgeprägt. Seine Zustimmung zur Kapitulation habe er durch mechanisches Kopfnicken zu erkennen gegeben. —

Generalstreik in Tiflis.

Tiflis, 5. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute wird vor einem Kriegsgericht die Angelegenheit der 27 Soldaten des Regiments Mingrelien, die der Teilnahme an Auflehnungen angeklagt sind, verhandelt. Einer der Angeklagten ist einige Tage vor der Sitzung aus dem Hospital ausgebrochen. Aus Anlaß der Verhandlung dieses Prozesses herrscht in der Stadt der Generalausstand: weder Droschken noch Straßenbahnen verkehren. Bäcker und Fleischer haben die Läden geschlossen. An vielen Orten sind in der Stadt Kanonen und Maschinengewehre batterieweise aufgestellt. Ueberall stehen verstärkte Piketts. In den Straßen herrscht Ruhe. Gestern abend haben die lokalen Komitees der revolutionären Sozialisten und der Sozialdemokraten Proklamationen ausgegeben, die die Bevölkerung auffordern, einen Protest gegen das Kriegsgericht durch einen Generalstreik auszudrücken. Morgen erscheinen keine Zeitungen. Der Prozeß wird einige Tage in Anspruch nehmen; er wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt.

Fabrikanten-Uebermut.

Petersburg, 5. Juli. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Riga: Das hiesige Fabrikantenkomitee erließ an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es den Mitgliedern vorschreibt, keine Kollektivforderungen der Arbeiter zu bewilligen, ohne die Zustimmung des Komitees eingeholt zu haben. Falls die Arbeiter die Ruhe störten, seien die Fabriken zu schließen und wenn die Schließung einzelner Fabriken nicht die gewünschte Wirkung habe, seien die Arbeiter der ganzen Kategorie, zu welcher die Streikenden gehörten, zu entlassen; bleibe auch das wirkungslos, so werde eine Versammlung der Fabrikanten zur Beratung einer allgemeinen Aussperrung einberufen werden.

Bestrafte Wahrheitsliebe.

Petersburg, 5. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach einer Meldung aus Bialystok vom 4. Juli ist das Stadthaupt Malinowsky vom Generalgouverneur seines Amtes enthoben worden, weil er beabsichtigte, eine außerordentliche Sitzung der Stadtduma einzuberufen, um den Bericht des Generals von Bader über den Pogrom zu widerlegen.

Sympathiekundgebung.

Paris, 5. Juli. (B. H.) Der Generalrat des Seinedepartements hat unter Vorbehalt der Zustimmung des Seine-Präfekten mit 41 gegen 22 Stimmen beschlossen, dem russischen Volk eine Sympathiekundgebung zu übermitteln. Gleichzeitig wird darin der Wunsch ausgesprochen, daß Schritte zur Verhinderung weiterer Judenmassakers unternommen werden möchten, da derartige Vorgänge Rußland entehrten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli.

Zur Stichwahl in Altena-Iserlohn.

Die nationalliberale Parteileitung hat nicht nur für die Stichwahl in Altena-Iserlohn die Parole ausgegeben, daß sämtliche nationalliberalen Wähler am Stichwahltage für den Zentrumskandidaten zu stimmen haben, die nationalliberale Presse richtet auch unter Aufgebot der kuriosesten patriotischen Phrasen an „alle" Liberalen des Wahlkreises, an die Nationalliberalen wie an die Freisinnigen, die „ernste" Mahnung, am 10. Juli Mann für Mann für Klocke anzutreten, damit der Sieg des „Umstürzlers" verhindert werde. Den Anlaß zu diesen Mahnungen bietet die Mitteilung einiger freisinniger Blätter, daß ein Teil der freisinnig-volksparteilichen Wählerschaft wenig Neigung verspürt, für den Zentrumskandidaten zu stimmen. Solche Prinzipienfestigkeit erscheint natürlich einem echt nationalliberalen Gemüt als etwas höchst Verwerfliches, und so leistet sich denn die „National-Ztg." folgenden Appell an die rückständigen Prinzipienreiter, die in der Erinnerung an die einstigen liberalen kulturkämpferischen Deklamationen gegen die „päpstlichen Jesuitenzöglinge" immer noch zögern, die Stimmenabgabe für den Zentrumskandidaten als vaterländische Tat zu begreifen:

> „Von den freisinnigen Wählern in Altena-Iserlohn wird der Sozialdemokrat Haberland, der den ultramontanen plus christlich-sozialen Stimmen immer noch von vornherein um fast 1200 Stimmen voraus ist, sicher eine erhebliche Anzahl Stimmen erhalten. Und wenn die bitterböse Stimmung, die in verschiedenen, aus gut nationalliberalen Kreisen des Reiches an uns gelangten Zuschriften zum Durchbruch kommt, wenigstens teilweise auch im Wahlkreise Altena-Iserlohn herrschen sollte, womit man nach einer Mitteilung der „Köln. Ztg." ernstlich rechnen muß, dann stünde zu befürchten, daß ein (wenn auch geringer) Teil der nationalliberalen Wählerschaft sich vielleicht gleichfalls nicht entschließen kann, den Klerikalen in den Sattel zu setzen. Allein auch Stimmenthaltung würde in diesem Falle Unterstützung der Sozialdemokratie bedeuten. Das möge die „Düsseldorfer Zeitung" bedenken, wenn sie schreibt:
>
> „Unseres Erachtens ist die Parole der Stimmenthaltung vom nationalen Standpunkt aus das einzig richtige und ehrliche, mögen die beiden antinationalen Parteien sehen, wie sie den Kampf selbst austragen. Eine Unterstützung der Sozialdemokratie halten wir selbstverständlich für ausgeschlossen."
>
> Die logische Konsequenz dieser Schlußbemerkung muß doch wohl sein, daß die Sache der Sozialdemokratie auch nicht indirekt durch Zuhausebleiben am Entscheidungstage gefördert werden darf. Auch ein führendes freisinniges Blatt des Westens, die „Barmer Zeitung", hält übrigens einen überraschenden Zuwachs der Sozialdemokratie nicht für ausgeschlossen; sie veröffentlicht eine Zuschrift aus Lüdenscheid, in der es heißt:
>
> „Wer die Verhältnisse und die Stimmung in unserem Wahlkreise kennt, muß sich sagen, daß ein Sieg der Sozialdemokraten unter den gegebenen Verhältnissen nicht ausgeschlossen ist, auch wenn die Parteileitung der Freisinnigen und der Nationalliberalen mit Rücksicht auf die Ersatzwahl in Hagen-Schwelm die Parole ausgibt, für das Zentrum zu stimmen. Hier dürfte ein Teil die Gefolgschaft versagen, entweder durch gänzliches Fernbleiben oder durch Abgabe von weißen Stimmzetteln bei der Wahl."

Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß trotz dieser Prophezeiung bei der erdrückenden Mehrheit der liberalen Wählerschaft von Altena-Iserlohn schließlich kalte Berechnung über heißblütige Leidenschaft siegen möge. Hier gilt es nicht für den Augenblick, sondern auch für eine weitere Zukunft zu sorgen."

Wie sich doch die Zeiten ändern! Einst dichteten die nationalliberalen und fortschrittlichen Barden Kampfaufrufe gegen die „infamen Jünger Loyolas", und die liberalen Zeitungen bewiesen mindestens jede Woche ein dutzendmal, daß die „Idee des Ultramontanismus" unvereinbar sei mit dem deutschen Geiste und der Zukunft des deutschen Vaterlandes, heute betteln sie mit der gleichen Wahrhaftigkeit um liberale Stimmen für einen Kandidaten jener Ultramontanen. Nichts kennzeichnet besser den jämmerlichen Niedergang des deutschen Liberalismus als dieser Wechsel. —

Russendienste.

Man schreibt uns: Der russische Student Sypowicz wurde am 26. Januar d. J. in Tilsit, in der Wohnung des Deutsch-Litauers Wannagatis verhaftet, weil er unter dem „dringenden Verdacht der Geheimbündelei" stand. Wannagatis ist deutscher Reichsangehöriger und vertreibt allerlei in Deutschland erlaubte Schriften. Die Verhaftung war bestimmt, der Ausgangspunkt zu einem neuen Geheimbundsprozeß nach Art des großen Königsberger Hochverratsprozesses zu werden. Nur war der Anlaß für die Anklage noch nichtiger wie damals.

Gegen den verhafteten Studenten Sypowicz lag nichts weiter vor, als daß er sich in der Wohnung des Wannagatis aufgehalten hat. Sypowicz war lediglich aus Rußland nach Deutschland gekommen, um sich von hier aus weiter ins Ausland zu begeben. Die ganze Geheimbundsanklage baute sich auf folgender Grundlage auf: Im Königsberger Hochverratsprozeß sei „festgestellt" worden, daß eine „geheime Verbindung" zum Vertrieb russischer Schriften bestehe, ein „Geheimbund", der von russischen Revolutionären in London und Zürich ausgehe. Dort hätten sich die russischen Revolutionäre zusammengetan, um ihre hochverräterischen Unternehmungen vorzubereiten, und sich mit deutschen Staatsbürgern „heimlich" verbündet. Da nun Wannagatis solche Schriften vertrieb und da nun Sypowicz ihn besucht hat, muß auch Sypowicz „Mitglied dieser geheimen Verbindung" sein!

Unserem Genossen Haase und dem Tilsiter Rechtsanwalt Dr. Ehrlich gelang es nach vielen Bemühungen, die Aufhebung des Haftbefehls gegen Sypowicz durchzusetzen. Sie machten mit Recht geltend, daß die Leute, die von London und Zürich aus die Verbreitung der fraglichen russischen Schriften in Rußland planten, niemals die Absicht hatten, ihr Vorhaben vor der preußischen Regierung geheim zu halten, sondern höchstens vor der russischen. Außerdem aber sind in Rußland inzwischen ganz neue Verhältnisse eingetreten; die Personen, von denen im Königsberger Hochverratsprozeß festgestellt war, daß sie in London und Zürich lebten und sich von dort aus um den Vertrieb russischer Schriften in Rußland bemühten, sind infolge der Amnestie vom Oktober 1905 längst nach Rußland zurückgekehrt und sind jetzt vielleicht sogar Abgeordnete in der Duma, möglicherweise bald Mitglieder der russischen Regierung.

Am 29. Juni wurde dann endlich der Haftbefehl gegen Sypowicz aufgehoben, weil kein „dringender Verdacht" seiner Beteiligung an einer geheimen Verbindung besteht.

Doch wurde Sypowicz, trotz Aufhebung des Haftbefehls, nicht freigelassen!! Jetzt wurde nämlich auf Verlangen der Staatsanwaltschaft die Haft aufrechterhalten, weil — ein Auslieferungsverfahren gegen den russischen Studenten schwebt. Der deutsche Konsul in Kowno hat auf Betreiben des dortigen Gouverneurs den Auslieferungsantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Das schamlose Verlangen des russischen Gouverneurs nach der Auslieferung beruht darauf, daß Sypowicz nicht etwa von einem russischen Gericht, sondern von der Polizeibehörde seiner Heimat im administrativen Verfahren als „Agitator" bezeichnet und deshalb zu drei Monaten Haft „verurteilt" ist!

An den preußischen Justizminister ist eine Beschwerde abgegangen und das Verlangen nach sofortiger Entlassung des in so unerhörter Weise verfolgten russischen Studenten gestellt.

Selbst nach dem ungeheuerlichen preußisch-russischen Auslieferungsvertrag ist es nicht zulässig, auf Grund einer solchen „administrativen", nicht einmal von einem russischen Richter ausgehenden Verdächtigung einen Russen den Schergen des Zaren auszuliefern. Noch schmachtet der Unglückliche im Gefängnis. Noch harrt er eines Spruches darüber, ob man trotz aller Erklärungen im Reichstage es so weit treiben wird, ihn den Zarenknechten auszuliefern.

Dieser neueste preußische Zarenliebesdienst ist so ungeheuerlich, daß in allen zivilisierten Ländern der Ruf des Deutschen Reiches noch weiteren Schaden erleiden wird. —

Vom europäischen Kongo.

Noch niemals haben sich die Scharfmacher Ungarns so glücklich gefühlt wie eben jetzt unter dem Regime der „nationalen Demokratie"; denn sie sind sich gewiß, daß die „große" Regierung ihnen jedwede Niedertracht sanktioniert, ja sogar die „Schützer der Ordnung", Gendarmerie und Heer, ihnen jederzeit bereitwilligst zur Verfügung stellt. Am meisten haben unter diesen Zuständen natürlich die Sklaven des europäischen Kongogebietes, die ungarischen Feldarbeiter, zu leiden. Das gleiche Los trifft übrigens auch die Kohlenbergwerkarbeiter, denen die Möglichkeit, sich zu organisieren, bislang nicht gegeben ist. So ist es denn kein Wunder, daß die Arbeiterschaft jetzt so oft und so energisch zur Waffe des Streiks greift.

Augenblicklich stehen in folgenden Komitaten an mehreren Stellen die Feldarbeiter im Ausstand: Torontal, Temes, Ghör, Csonarad, Arad und Beszprem. Wie verhalten sich nun die Behörden? Diejenigen Feldarbeiter, die nicht mehr für Hungerlöhne arbeiten wollen, kommen einfach hinter Schloß und Riegel, die Führer der Bewegung werden unter Assistenz der Gendarmerie abgeschoben! Die Brutalität der Gendarmerie geht bereits so weit, daß im Torontaler Komitat der Verbandsanwalt, obwohl er sich legitimieren konnte, festgenommen wurde.

Die grenzenlose Macht der Agrarier hat auch die Kohlenbarone aus dem Häuschen gebracht, deren Spiel noch niederträchtiger ist, da sie die ohnedies korrupte bürgerliche Presse mit enormen Summen bestechen und so Nachrichten aus dem Gebiete ihrer Werke selten oder verspätet — und dann natürlich voller Lügen — bekannt gegeben werden. Die Bergarbeiter der Salgotarjaner Kohlenbergwerks-Aktiengesellschaft und der Oberungarischen Bergwerks-Aktiengesellschaft z. B. stehen bereits seit dem 24. Juni im Ausstand, was jedoch erst am 8. Juli bekannt wurde, obwohl die Zahl der Streikenden über 4000 Mann beträgt!

Salgotarjan und die Umgebung ist völlig belagert von Gendarmerie und Militär, die aus ganz Oberungarn zusammengezogen wurden. Die Abhaltung einer Versammlung wurde den Streikenden nicht gestattet. Wenn sie ihre traurige Lage besprechen wollen, so sind sie gezwungen, nach den verborgenen Tiefen der Berge zu ziehen; denn nur auf diese Weise kann ein Blutbad vereitelt werden. Die Gefängnisse sind überfüllt; viele Streikende werden einfach aus dem Gebiete der Werke ausgewiesen. Und weshalb wird gestreikt? Die Arbeitszeit dauert von morgens 6 bis abends 6 Uhr ununterbrochen, sodaß das Mittagsmahl nur während der Arbeit verzehrt werden darf! Ein Hülfsarbeiter kann einen täglichen Verdienst von höchstens 80—100 Hellern erzielen.

Um so höher werden die Strafgelder bemessen: Von einer Krone bis zu 10 Kronen!! Im Salgotarjaner Werke sind in einem Jahre allein 31 000 Kronen an Strafgebühren eingegangen. Doch mit dieser Ausbeutung begnügt sich die Gesellschaft noch nicht. Der Arbeiter muß von seinem kargen Verdienste noch folgende Auslagen bestreiten: Das nötige Brennöl kaufen, zirka 5 Proz. seines Verdienstes an die Knappschaftsbude abgeben; verschiedene Steuern bezahlen usw., mit einem Worte: wenn die Woche herum ist, bleibt den Arbeitern kaum etwas mehr als gar nichts.

Dieses Elend darf die Gesellschaft mit Hülfe der Regierung aufrechterhalten! Es wäre natürlich die Pflicht der Regierung, den Ausgebeuteten zur Hülfe zu eilen, nicht aber die Niederträchtigkeit der Schlotbarone noch zu unterstützen. Sie wird den Dingen — wie's scheint — noch so lange ihren Lauf lassen, bis die organisierte Arbeiterschaft Ungarns die Sache der Bergsklaven in ihre Hand nimmt. Dann dürften die Behörden und ihre Schützlinge, die Scharfmacher, die gebührende Strafe für ihre Gemeinheiten ernten. —

* * *

Deutsches Reich.

Agrarische Zolltreibereien.

Den Agrariern paßt es nicht, daß der Zolltarif einen Unterschied zwischen Futter- und Malzgerste macht und für erstere sich der Vertragszoll nur auf 1,30 M. pro Doppelzentner stellt, während er für Malzgerste auf 4 M. festgesetzt ist. Da nun seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge, also seit März d. J., nur wenig Malzgerste eingeführt worden ist, schließen sie einfach, daß die fremde Malzgerste als Futtergerste in das deutsche Zollgebiet eingeht, und erheben in ihrer Presse das Geschrei nach einer Abänderung der Zollordnung. Jedem, der den Brauereibetrieb kennt, erscheint die ganze Schreierei als lächerlich, denn bekanntlich wird im Sommer nur ganz ausnahmsweise gemälzt, und außerdem haben fast alle größeren Brauereien vor dem 1. März große Gerstenmengen eingekauft. Auch die Krefelder Handelskammer, die, um dem von den Agrariern beabsichtigten Schlag zuvorzukommen, an den Reichsschatzsekretär eine längere Eingabe in dieser Angelegenheit gerichtet hat, führt die geringe Einfuhr von Malzgerste auf diese Tatsache zurück. Sie schreibt:

> Die Agrarier weisen darauf hin, daß im März und April d. J. fast ausschließlich „Futtergerste" (1 900 000 Doppelzentner), Malzgerste hingegen nur in geringen Mengen (7000 Doppelzentner) eingeführt worden sei und folgern hieraus, daß auch Malzgerste weit überwiegend zu dem lediglich für die andere Gerste vorgesehenen niedrigen Zollsatz von 1,30 M. pro Doppelzentner abgefertigt worden sei. Die geringe Einfuhr von Malzgerste erklärt sich indes für den Sachkenner auf andere Weise. Alle Mälzereien beendigen ihre Betriebszeit im Laufe des Monats April und liegen bis Oktober still; es gibt gewiß keine einzige Brauerei oder Malzfabrik in Deutschland, die heute noch Braugerste mälzt. Insofern ist jetzt kein Bedarf für Malzgerste vorhanden. Dazu kommt, daß, nachdem schon ein Jahr vor dem 1. März dieses Jahres bekannt geworden war, daß der Zoll für Malzgerste sich an dem genannten Zeitpunkt von zwei Mark auf vier Mark pro Doppelzentner erhöhen würde, alle Verbraucher sich bereits lange Zeit vorher soweit als möglich versorgt haben, so daß schon deswegen nach dem 1. März d. J. ein erheblicher Bedarf an ausländischer Malzgerste nicht vorliegen konnte. Schließlich haben auch die fremden Braugerstenländer vorher derart mit Malzgerste geräumt, daß jetzt fast gar kein Material für den Export mehr übrig ist.

Die Agrarier werden natürlich trotz aller Widerlegungen nach ihrem altbewährten Bundesrezept weiter schreien. —

Wenn Minister reisen.

Aus Duisburg-Ruhrort schreibt man uns:

Die Rheinschiffahrtskommission mit den Herren v. Schorlemer-Lieser, Oberpräsident der Rheinprovinz, und dem Handelsminister Delbrück an der Spitze fuhr am 3. Juli den Rhein hinunter von Düsseldorf nach Krefeld und schließlich besichtigte sie die Hafenanlagen von Duisburg-Ruhrort. Die Fahrt galt der Frage einer weiteren Rheinvertiefung im sogenannten Binger Loch zum Zwecke der Rhein-Seefahrt. Nach zweistündigem Aufenthalte in der Stadt der Tanzhusaren fuhr die Kommission nach Duisburg-Ruhrort weiter.

In den Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen und an den Ufern war wochenlang vorher gearbeitet worden, um alles vorher in Stand zu setzen. Selbst für den Laien war es unschwer zu beobachten, wie man die krampfhaftesten Anstrengungen gemacht hatte, jahrelangen Schmutz und Unordnung zu beseitigen. Unzählige Wimpel, Flaggen und Embleme sorgten dafür, daß das Auge von den Dingen profaner Alltäglichkeit abgewendet wurde. Um die Komödie zu vervollständigen, war alles aufgeboten worden, um der Kommission ein Bild regster Tätigkeit im und am Hafen zu liefern. Der Kaiserhafen und das neue Hafenbecken, welche befahren wurden, wimmelten von Fahrzeugen, welche eigens jedenfalls zu dem Zwecke dorthin bugsiert waren. In beinahe Festtagsgewändern lagen Schiffer und Hafenarbeiter ihrer Beschäftigung ob. Es war ein Leben und Treiben — wie es sonst wohl nie wieder geboten wird.

Und doch sollen die maßgebenden Behörden ein klares Bild von der Wirklichkeit des Alltagsgetriebes bekommen?

Nun, wer sich die Rundfahrt mit allem, was drum und dran hing, angesehen hat, ist eines anderen belehrt worden. Interessant war es zu beobachten, wie sich die Unternehmer der Holzbranche, d. h. die großen Firmen, welche Lagerplätze und Sägewerke unterhalten, aus der Patsche gezogen hatten. Die Arbeiterschaft der betreffenden Holzhändler usw. streikt bekanntlich schon seit Wochen. Die Tätigkeit an den Holzplätzen war gleich Null. Für den Nachmittag nun hatte man allerhand Gesindel, denen man es von weitem ansah, daß sie nicht dorthin gehörten, als Holzträger engagiert, um den Ministern auch in diesem Zweige des Duisburger Handels ein lebendiges Bild regster Tätigkeit liefern zu können. Die italienischen Hafenarbeiter, welche man als Ausreißer zu verwenden gedachte, waren wieder abgereist.

Etwas anderes ist es aber noch, was den schärfsten Protest herausfordert: Von einer Holzfirma waren sieben Mann der 8. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 57 aus Wesel engagiert worden, um Streikbrecherdienste zu verrichten! Man hatte sie in der Restauration von Rumpf in der Mülheimerstraße einquartiert und ließ sie feste in Feldmütze und Drillichanzug arbeiten. Auf Befragen gaben sie an, daß sie vom Regiment zur Heuernte nach Ruhrort abkommandiert seien. Von einer Beschäftigung im Hafen als Holzträger sei ihnen nichts bekannt. Weiter sagten sie, daß in den nächsten Tagen weitere 20 Mann kommen würden, welche ebenfalls sicher zum Holztragen bei den verschiedenen Firmen Verwendung finden würden.

Seitens der gesamten Arbeiterschaft in den Hafenanlagen war man empört über eine derartige Parteinahme der Militärbehörde resp. des betreffenden Regimentskommandeurs zugunsten der Unternehmer. Der Vorsitzende des Duisburger Gewerkschaftskartells legte sofort telegraphisch Protest beim Obersten des 57. Regiments in Wesel ein. Wenn auf diesen Protest hin nicht sofort die Zurücknahme des Militärs erfolgt, soll Beschwerde beim Kriegsministerium erhoben werden.

So verlief der Tag, an dem Duisburg-Ruhrort zwei Minister und eine Unzahl sonstiger Größen des Geldsacks und der Plutokratie innerhalb seines Weichbildes gesehen hatte, für die Arbeiterschaft mit einem grellen Mißton. Daß man den Herren Potemkinsche Dörfer vorgegaukelt hatte, darüber belustigten sich die Eingeweihten höchstens, daß aber sogar zum Zwecke der Vorspiegelung falscher Tatsachen Soldaten dazu gebraucht worden waren, anstatt die Heuernte mitzumachen, Streikbrecherdienste zu verrichten, konnte die Arbeiter nur erbittern. —

Wutgeheul der Scharfmacher. Die vom Genossen Schulz gegebene und von uns unterstützte Anregung, aus Parteimitteln eine „Kriegsschule" zu schaffen, wird von den Scharfmachern mit ergötzlichem Wutgeheul begrüßt. So zetert die „Konservative Korrespondenz":

> „Durch die Einführung der Reichstagsdiäten ist die Sozialdemokratie instand gesetzt, ihre Kriegsschule zu errichten und zu unterhalten. Tausende in dieser Drillanstalt

zu „gediegen gebildeten“ Agitatoren wird die Umsturzpartei bei künftigen Wahlen auszusenden haben; abgesehen davon, daß dieses in einem Vierteljahr eingepaukte „Bildungsfundament“ unter der Arbeiterschaft sich empfindlich breit machen wird. Das alles ist der Einführung der Reichstagsdiäten zu verdanken.“

Das „Reich“ ist durch das Projekt derart aus dem Häuschen geraten, daß es sogar nach dem Polizeibüttel schreit:

„Man darf gespannt sein, was die Behörden zu diesem neuen Institut sagen werden, wenn man den Versuch machen wollte, es zu verwirklichen.“

Wie das „Reich“ aus unserem heutigen Parteinachrichtenteil ersehen kann, wird der unerhörte „Versuch“ voraussichtlich schon im nächsten Herbst unternommen werden.

Hoffentlich begibt sich die Redaktion des „Reich“ nunmehr sofort in eine Kaltwasserheilanstalt! —

Wie man's macht, ist's nicht recht. Dem Beispiel der „Post“ folgend, druckt ein Teil der bürgerlichen Presse folgende Historie ab:

„Im Reichstage hatte Herr Bebel im Jahre 1897 einen Hauptmann der Garde wegen Mißhandlungen Untergebener unter Namensnennung denunziert. Es stellte sich heraus, daß die Denunziation falsch war, und Bebel wurde seitens des Kriegsministers aufgefordert, seinen Gewährsmann zu nennen. Er tat das. Es war ein Gutsbesitzer aus Alenmischken, also kein Genosse, der die Geschichte von seinem Bruder, einem ehemaligen Einjährigen hatte. Der „Vorwärts“ schrieb damals: „Selbstredend nannte Bebel seinen Gewährsmann.“ Der Einjährige floh ins Ausland vor der Strafe, der Gutsbesitzer erhielt mehrere Monate Gefängnis. Bebel ging natürlich frei aus, ihn deckte die Redefreiheit des Parlaments. So wurde also der Gewährsmann genannt, weil er nicht Genosse, sondern Gutsbesitzer und Arbeitgeber war. Da erscheint es der Sozialdemokratie als verdienstvolles Werk, eine derartige Familie zu schädigen oder zu ruinieren.“

Bei dieser Mitteilung verschweigt die betreffende Presse, daß Bebel seinem Gewährsmann vorher mitgeteilt hatte, er werde ihn als solchen nennen müssen, falls die Angaben bestritten werden sollten. Daß der Gewährsmann Bebels von seinem eigenen Bruder im Stich gelassen wurde, dafür kann doch Bebel nicht verantwortlich gemacht werden. Hätte Bebel sich geweigert, seinen Gewährsmann zu nennen, dann wäre natürlich erst recht ein großes Geschrei entstanden. Dann hätte es geheißen: Seht da, unter dem Schutz der Redefreiheit erhebt er Anklagen, aber wenn die Richtigkeit derselben festgestellt werden soll, verweigert er die Angabe seines Gewährsmannes. Wie also immer ein Sozialdemokrat es macht, seinen Gegnern ist's nie recht. Lassen wir also die Möpse bellen. Die im Schlußsatze obiger Notiz enthaltene perfide Verdächtigung muß man, da sie zum täglichen Brot der betreffenden bürgerlichen Presse gehört, mit Verachtung übergehen. —

Von Prügelpädagogik, so wird uns aus Kassel geschrieben, darf man auch dann nicht sprechen, wenn man sich mit einem Lehrer beschäftigt, der auf disziplinarischem Wege schon wiederholt ermahnt worden ist, den Stock vorsichtiger zu handhaben, das Züchtigungsrecht „mit größter Ruhe und Besonnenheit auszuüben“. Unser Genosse Ernst Müller in Kassel, der vor Jahr und Tag verantwortlicher Redakteur des „Volksblattes“ in Kassel war, hat das zu seinem Schaden wiederum erfahren müssen. Müller hatte im „Volksblatt“ berichtet, daß der Lehrer Schäfer in dem Kasseler Vorort Bettenhausen zu viel prügele. Er hatte in Verbindung mit den angeführten Tatsachen auch von „Prügelpädagogik“, von „einem prügellustigen Lehrer“ und dem „modernen Jugenderzieher Schäfer“ gesprochen. Auf Antrag des Lehrers erhob die Staatsanwaltschaft Klage. Bei der Verhandlung schnitt der Lehrer aber sehr schlecht ab. Etwa 20 Zeugen bekundeten, daß ihre Kinder mit sehr deutlich sichtbaren Prügelspuren wiederholt heimgekommen seien. Auch ein Arzt hatte Atteste ausgestellt, in denen von „fingerbreiten Streifen“, die sich an den Beinen, auf dem Gesäß und dem Rücken der Kinder befunden hatten, gesprochen wurde. Einzelne Väter sagten aus, daß ihre Kinder blau und schwarz „von den Knien bis auf den Rücken“ gewesen seien. Kurzum, die Situation, in der der Lehrer Schäfer sich vor Gericht befand, war keine beneidenswerte. Das Urteil der Kasseler Strafkammer lautete auf Freisprechung. Dem Angeklagten wurde § 193 zugebilligt, beleidigt habe er nicht, dagegen sei ihm für seine tatsächlichen Behauptungen der Beweis der Wahrheit gelungen!

Gegen dies verständige Urteil, das in der ganzen Bevölkerung große Befriedigung erweckte, legten Staatsanwalt und Schäfer als Nebenkläger Revision beim Reichsgericht ein. Dieses gab dem Revisionsantrage statt, erklärte die Zubilligung des § 193 als rechtsirrtümlich und verwies die Sache zu erneuter Verhandlung vor das Landgericht in Marburg a. Lahn. Der ganze Apparat wurde nochmals in Bewegung gesetzt, die Zeugenaussagen lauteten genau so, wie in Kassel, aber das Urteil entsprach den Erwartungen des Reichsgerichts: die Zubilligung des § 193 wurde jetzt versagt und Müller auf Grund der §§ 185 und 186 zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Heiss a und Horridoh! Ein „Ehrenzeugnis“ für unsere südwestafrikanischen Truppen entnimmt die „Ordnungs“presse einem Gefechtsbericht des „Fränk. Courier“. Der Bericht erzählt, wie die Truppen trotz mehrtägiger Strapazen und Entbehrungen der Hottentottenbande unter Morenga ein erfolgreiches Gefecht lieferten. In dem aus der Feder eines Offiziers stammenden Bericht heißt es:

„Nun gab's eine förmliche Jagd, ein herrliches Gefecht, vielleicht das schönste, überhaupt in letzter Zeit. Als die Hottentotten sich umstellt sahen, feuerten sie, was aus den Gewehren herausging. Hui, wie die Kugeln um die Ohren pfiffen! Ich erhielt einen Schuß durch den linken Rockärmel. Und nun ging's drauf und dran! 25 Hottentotten schossen wir ab, mir selbst gelang es dann noch mit vier Reitern, den Ausreißern den Weg zu verlegen, einen nahm ich selbst gefangen.“

Fünfundzwanzig Menschen wurden also „abgeschossen.“ Man sieht, der koloniale Kriegssport entwickelt eigenartige stilistische Feinheiten! —

Personentarif in Württemberg. Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat heute, wie telegraphisch aus Stuttgart gemeldet wird, nach dreitägiger Beratung über die Denkschrift der Regierung betreffend die Personentarifreform den Antrag des Abg. von Wollarth mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen. In diesem Antrag wird die Regierung ersucht, eine weitere Wagenklasse mit einem Fahrpreis von 2 Pfennig für den Kilometer in den Personenzügen und den beschleunigten Zügen einzuführen.

Die „große Reinigung“. Den „M. N. N.“ wird aus Berlin berichtet, daß der Reichskanzler auch nach den im wesentlichen auf Mitteilungen in der Budgetkommission des Reichstages zurückgreifenden Feststellungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ hinsichtlich der Fälle Tesch, Fleck, Woermann-Fonds und Versicherungsverträge weitere Untersuchungen angeordnet hat, und zwar ohne Rücksicht auf Persönlichkeit und Stellung. Das genannte Blatt führt dazu weiter aus:

Es wird damit aufs neue erhärtet, daß der Reichskanzler — und wir können hinzufügen, ebenso der Staatssekretär des Auswärtigen und der Leiter der Kolonialabteilung — kein ihm zu Gebote stehendes Mittel unversucht lassen wird, um reinen Tisch in der Kolonialverwaltung zu schaffen. Selbst wo es sich nur um Inkorrektheiten, um Nachlässigkeiten und Versehen handelt, wo also mala fides ausgeschlossen ist, wie dies unzweifelhaft für die Fälle Tesch, Fleck, Woermann-Fonds zutrifft, muß eingeschritten werden, um volle Klarheit und Sicherheit für die Zukunft zu schaffen. Es sind also jetzt vier Untersuchungen im Gange:

1. Das Ermittelungsverfahren gegen die pflichtvergessenen Beamten, die unter Bruch der Amtsverschwiegenheit geheime Aktenstücke an die Oeffentlichkeit gebracht haben; hier walten Untersuchungsrichter und Staatsanwalt ihres Amtes, Vernehmungen und Haussuchungen haben stattgefunden, näheres ist begreiflicherweise nicht bekannt.

2. Das von dem Gouverneur v. Puttkamer gegen sich beantragte Disziplinarverfahren, das von der Regierung eingeleitet worden ist und vor der zuständigen Disziplinarkammer geführt wird.

3. Die gerichtliche Klage gegen den „Anzeiger im Oberland“ wegen eines mit E. gezeichneten Artikels, als dessen Verfasser allgemein in der Presse der Abg. Erzberger genannt wird.

4. Die interne Untersuchung in der Kolonialabteilung wegen der oben angeführten Fälle.

Bülow scheint danach von dem Gewicht des offiziösen Dementis der „Nordd. Allgem. Ztg.“ selbst nicht allzufest überzeugt zu sein. Uebrigens konferiert zurzeit der Zentrumsabgeordnete Prinz Arenberg mit dem Reichskanzler, wahrscheinlich um die Kolonialdifferenzen gütlich einzurenken. —

In den Haaren liegen sich beide.

Im Sinne ihrer derzeitigen Parole „Heraus aus dem Turm“ hatte die „Köln. Volksztg.“ kürzlich geäußert:

„Das Zentrum ist gar keine konfessionelle Partei; folglich kann auch keinem Katholiken als solchem der Beitritt zum Zentrum zur Gewissenspflicht gemacht werden, so verständig auch jeder Katholik handelt, wenn er sich dem Zentrum anschließt.“

Die „Schlesische Volksztg.“, das Blatt des schlesischen Zentrums, rüffelt ob dieses Diktums das rheinische Zentrumsorgan im Tone geistlicher Bruderliebe also ab:

„Die „Köln. Volksztg.“ scheint es nachgerade zu ihrer Spezialität auszubilden, den Feinden des Zentrums, (seien es die polnischen Hetzapostel in Oberschlesien, seien es die Herren Hakatisten) Waffen in die Hand zu liefern. Die „Schles. Ztg.“ hat ganz recht, wenn sie die neueste Leistung unserer Kölner Kollegin ihrer Redaktionsmappe einverleibt. Wir aber protestieren im Namen der geradezu empörten schlesischen Zentrumspartei ganz energisch gegen ein solches unqualifizierbares Gebaren des rheinischen Zentrumsblattes. Ist es denn Aufgabe der Zentrumspresse und entspricht es ihrer Würde, für die Herren Polen in Oberschlesien, die das Zentrum so nichtswürdig wie nur möglich behandeln, in alle Wege allerlei Entschuldigungsgründe herbeizuschleppen?!“

Kusch Dich!

In der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ findet sich eine bemerkenswerte Absage an den „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“. Die Korrespondenz führt gegen das „übertriebene Selbstgefühl“, welches sich in den publizistischen Kundgebungen des Reichsverbandes „gewohnheitsmäßig geltend zu machen“ pflege, die scharfe Antwort ins Feld, die im „Hannov. Courier“ von „zuständiger Seite“ dem Sozialistentöter-Verband gegeben wurde. Diese „zuständige“ nationalliberale „Seite“ hatte das Selbstlob des Verbandes, erst er habe in Hannover mit der Lotterei aufgeräumt, als eine „ganz hohle Renommage, eine „blanke Unwahrheit“ zurückgewiesen. Dieser Abwehr gegen die reichsverbändlerischen Anmaßungen schließt sich die „Korresp. des Bundes der Landwirte“ durch folgende, gesperrt gedruckten Liebenswürdigkeiten an:

„Ob sich die publizistischen Vertreter des Verbandes diese Atteste über ihre Wirksamkeit und ihr politisches Verständnis wohl in die vorhandenen Rahmen der selbstgeflochtenen Lorbeerkränze einfügen und so in ihren Arbeitsräumen aufhängen werden? Das könnte ihnen für ihre fernere politische Entwickelung nur ebenso nützlich sein, wie es kalte Wasserstrahlen in den Hundstagen für durch Eitelkeit und Selbstgefühl überhitzte Köpfe sind.“

Den Kettenhunden des Reichsverbandes wird also ein barsches „Kusch“ zugerufen. Welche Anmaßung auch von diesen journalistischen und rednerischen Kulis, sich noch ihrer Taten rühmen zu wollen! Es ist Ehre genug für sie, für die Ordnungsparteien kläffen und den Roten an die Waden fahren zu dürfen, dafür bekommen sie ihr Futter. Machen sie sich aber durch täppische Freudensprünge unbequem, so bekommen sie die Hundepeitsche! —

Ausland.

Oesterreich.

Die Wahlreform.

Der Ministerpräsident Freiherr von Beck hat dieser Tage in der Konferenz der Klubmänner die bestimmte Erklärung abgegeben, die Regierung halte es für ein Gebot der Notwendigkeit, daß die Wahlreform noch vor den Sommerferien im Ausschuß erledigt und im Abgeordnetenhause selbst in zweiter Lesung wenn nicht völlig abgeschlossen, doch mindestens soweit geführt werde, daß alle größeren Schwierigkeiten überwunden sind. Diese Erklärung ist vom Ministerpräsidenten mit allem Nachdruck abgegeben, so daß man hoffen kann, die Regierung werde nun ihre volle Kraft einsetzen, um das durchzuführen, was sie als Notwendigkeit erkannt hat. Noch besser wäre es freilich gewesen, die Regierung hätte die Herren Abgeordneten mit dem Bewußtsein erfüllt, daß sie ihre Arbeit ganz getan haben müssen, bevor sie sich dem Genusse der wohlverdienten Ferien hingeben können. Wird die Reform indessen bis zu dem vom Ministerpräsidenten in Aussicht genommenen Punkte durchgeführt, so ist zu hoffen, daß weitere Versuche, sie zu verschleppen, ohne Erfolg sein würden.

Die österreichische Arbeiterschaft wäre so der Notwendigkeit enthoben, noch einmal einen schweren Kampf zu führen für das, was bereits längst ihr gesichertes Recht sein müßte. Es ist zweifellos, daß die energischen Vorkehrungen, welche die Wiener Arbeiterschaft und mit ihr die ganz Oesterreichs getroffen hat, um — wenn nötig — sich ihr Recht durch den Generalstreik zu erringen, auf die Entschlüsse der Regierung und der Parteien durchschlagenden Einfluß geübt hat. Die klassenbewußten Arbeiter Oesterreichs werden jetzt natürlich noch nicht abrüsten, sondern sie werden so lange Gewehr bei Fuß stehen bleiben, bis das Ziel ihres langjährigen Kampfes vollständig gesichert ist. —

Schweiz.

Das Referendum gegen die Lex Silvestrelli ist gescheitert. Am 3. Juli lief die Referendumsfrist ab. Statt der 30 000 für die Anbahnung einer Volksabstimmung erforderlichen Unterschriften sind nur 29 000 zusammengekommen! So tritt denn das scharfmacherische Ausnahmegesetz gegen die „Verherrlichung von Verbrechen“ in Kraft! — Die „freie, schöne Alpenrepublik“ erniedrigt sich immer mehr zum servilen, charakterlosen Knechte monarchisch-despotischer Regierungen.

Der schweizerischen sozialdemokratischen Partei kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie die Referendumsbewegung nicht mit der nötigen Energie durchgeführt hat. Die Geschäftsleitung tat zwar ihre Pflicht, aber die lokalen Organisationen haben bis auf wenige Ausnahmen vollständig versagt. Dabei hat der Kanton Zürich fast die Hälfte aller Unterschriften, nämlich 13 000, aufgebracht, davon die Stadt Zürich allein 9000.

Der gescheiterte Referendumsfeldzug wird für die sozialdemokratische Partei hoffentlich gute Früchte tragen, und zwar in Hinsicht auf Sammlung und Einigung. Die inneren Parteizwistigkeiten inbezug auf Antimilitarismus, feste Haltung gegen die Anarchisten usw. haben eine gewisse Zerfahrenheit hervorgerufen. Deren Beseitigung aber ist um so nötiger, als die Kantonsregierungen womöglich noch reaktionärere Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft ergreifen als der Bundesrat. So hat der zürcherische Regierungsrat bereits größere Truppenaufgebote in Aussicht gestellt, um bei den verschiedenen Streiks in Zürich, die gegenwärtig geführt werden, dem Unternehmertum Schergendienste zu leisten.

Frankreich.

Ehrliche und unehrliche Mandate. — Abgedankte Pfaffendiener.

Paris, 3. Juli. (Eig. Ber.)

Die Kammer berät jetzt über die Wahlproteste. Daß sie dabei vollkommen unparteiisch verfahre, läßt sich nicht eben behaupten. Wer die französische Demagogie und besonders die ländlichen Wahlsitten kennt, der weiß, daß hier innerhalb und außerhalb der Mauern reichlich gesündigt wird.

Die reaktionäre Presse erhebt nun ein großes Geschrei, weil die Majorität den gemäßigten Parteien teils durch Anerkennung zu Recht bestrittener republikanischer Mandate, teils durch Kassierung gesetzlich erkämpfter oppositioneller Mandate in unredlicher Weise Schaden getan habe. Besonders die Ungültigkeitserklärung des Mandates des bekannten monarchistischen Radaupolitikers Boni de Castellane hat wütende Proteste hervorgerufen.

Daß die Voreingenommenheit der Radikalen jedenfalls nicht immer der Linken zugute kommt, hat aber die Bestätigung des radikalen Dissidenten Lebocuq erwiesen, der in Paris gegen den ehemaligen sozialistischen Vertreter Cardet gewählt worden ist und dem eine Menge unerlaubter Wahlkniffe nachgewiesen wurde. — Mit einer argen Blamage hat der Versuch der Rechten geendet, das Mandat Jaurès wenn nicht zur Kassierung zu bringen, so doch wenigstens zu diskreditieren. In der reaktionären Presse waren — besonders auch aus der Feder des Marquis Solages, des Gegenkandidaten unseres Genossen — die ungeheuerlichsten Geschichten über den angeblichen sozialistischen Terrorismus und über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl zugunsten des Sozialisten veröffentlicht worden. Noch selten aber hat Jaurès in der Kammer einen so überwältigenden persönlichen Triumph gefeiert wie bei der schlichten und doch bezwingenden Rede, in der er zeigte, daß alle Anklagen, die gegen die Sozialisten von Carmaux erhoben worden waren, verstärkt auf die Ankläger selbst zurückfielen. Jaurès legte unter dem Beifall der ganzen Linken eine lange Reihe schwerer Ungesetzlichkeiten und unerlaubter Praktiken der Klerikalen bloß und schloß: „Was Sie wollen, das ist, mir Ekel davor einzuflößen, dort unten zu bleiben. Ihre Freunde erweisen mir die Ehre, zu sagen, daß ich wohl der Kammer nützlich sein kann, aber daß ich nicht für Carmaux geschaffen bin. So, wie Sie das Bergwerk beherrschen, wollen Sie die Gewissen beherrschen. Ich aber streite sie Ihnen ab, ich werde sie Ihnen immer abstreiten zum Wohle der Republik und der Freiheit.“ — Der Eindruck dieser Rede geht am besten aus der Tatsache hervor, daß bei der Abstimmung 415 gegen 31 Stimmen das Mandat Jaurès' bestätigten!

Auch gegen Herrn Clemenceau, den gefeierten Sozialistentöter von neulich, ergießt sich jetzt der Zorn der reaktionären Presse. Der Minister des Innern hat den Präfekten des Departements Finistere und den Unterpräfekten von Brest zur Disposition gestellt. Beide sind wütende Klerikale und ihr gehässiges Vorgehen gegen die Arbeiter hat zur Verschärfung der Konflikte in dem genannten Kriegshafen erheblich beigetragen. Bei den Wahlen haben sie auch ihren Einfluß zugunsten des gelben Biétry geltend gemacht und seinen Stichwahlsieg über den Genossen Goude ermöglicht.

Kein Wunder, daß jetzt die kapitalistische Presse schreibt, die beiden Beamten seien den Sozialisten geopfert worden und der Rest werde der Anarchie ausgeliefert! In Wirklichkeit entledigt sich die Regierung nur zweier Beamten, die mit den Antirepublikanern zusammen operiert und antiklerikale Lehrer verfolgt haben. Daß die Zustände in Brest unhaltbar waren und daß den Gehässigkeiten gegen die Arbeiter dieser Stadt endlich ein Ende gemacht werden mußte, scheint die Regierung allerdings eingesehen zu haben. Denn es wird aus Brest gemeldet, daß die im Zusammenhange mit der Maibewegung verhafteten Mitglieder der dortigen Arbeitsbörse auf freien Fuß gesetzt worden sind. —

Kein Pardon!

Paris, 5. Juli. Die Regierung hält ihre Beschlüsse bezüglich der abgesetzten Post- und Telegraphen-Unterbeamten aufrecht und lehnt es ab, ihnen Amnestie zu gewähren.

Natal.

Englands Kolonialkrieg.

Durban, 5. Juli. (W. T. B.) Der Kommandierende der Nataltruppen berichtet, daß Mangel an Führern einen vollständigen Zusammenschluß der den Kraal des Häuptlings Mesini umgebenden britischen Truppen verhindert hat, so daß die Operationen weniger erfolgreich waren, als sie es hätten sein können. Eine Anzahl Aufständische wurden abgeschnitten. Insgesamt sind 444 von ihnen gefallen. —

Durban, 5. Juli. (W. H.) Eine englische Kolonne wurde dreimal hintereinander von Eingeborenen angegriffen. Hierbei wurden 40 Eingeborene getötet. —

Amerika.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat seine Session am Sonnabend geschlossen, nachdem er im Fiskaljahre, endigend mit dem 30. Juni 1906, Bewilligungen in so hohem Betrage gemacht hat, wie sie nur einmal vorgekommen sind, nämlich in dem Jahre nach dem Kriege mit Spanien, als der Aufstand auf den Philippinen Riesensummen verschlang. Es wurden jetzt 893 000 000 Dollar als Ausgabeposten des Bundes bewilligt, nur zwei Millionen weniger als damals.

Das Fleischbeschau- und das Eisenbahnratengesetz sind erledigt worden, ebenso die Vorlage über die Neubildung zweier Staaten. Oklahoma und Indianerterritorium sollen den Staat Oklahoma, Arizona und Neu-Mexiko den Staat Neu-Mexiko bilden, wenn diese beiden Territorien sich durch eine Volksabstimmung damit einverstanden erklären. Ist das der Fall, so würde der Bund dann aus 47 Staaten bestehen. —

Aus der Partei.

Der heutige Leitartikel des „Vorwärts“: „Mehr in die Tiefe“ veranlaßt uns, den Parteigenossen mitzuteilen, daß der dort erörterte Plan der Einrichtung einer höheren Bildungsschule bereits seit Monaten im Vorstande Gegenstand von Beratungen war, die in der nächsten Woche ihren definitiven Abschluß finden. Danach dürfte im nächsten Herbst der erste Kursus eröffnet werden. Nähere Mitteilungen folgen.

Hieran knüpfen wir die weitere Mitteilung, daß im Laufe dieses Monats auch die vielfach in der Partei gewünschte Parteikorrespondenz ins Leben tritt, deren Aufgabe es ist, der Parteipresse und den zu der Leitung und Betreibung der Agitation berufenen Genossen laufend Agitationsmaterial zu liefern. Die Redaktion der Korrespondenz liegt in den Händen der Genossen Dr. Erdmann-Düsseldorf, M. Grunwald und W. Schröder-Berlin, Expedient ist der Genosse Geithner. Alles weitere wird den Organisationen und beteiligten Genossen durch Rundschreiben mitgeteilt werden.

Berlin, den 5. Juli 1906.

Der Parteivorstand.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister wurde in Hagsfeld bei Karlsruhe gewählt. Während auf den bisherigen Bürgermeister 109 Stimmen fielen, erhielt der Genosse Wurm 177 Stimmen.

Für den Agitationsbezirk Kassel wurde im Einverständnis mit dem Parteivorstand Genosse Oskar Folge in Kassel als Parteisekretär gewählt.

Der bayerische Sozialdemokrat „von Rechtswegen“. In dem bekannten Prozesse des Schuhmachermeisters Johann Hierhager, der gegen den Sozialdemokratischen Verein München vor dem Landgerichte München I Feststellungsklage erhoben hatte, daß der Ausschluß des Klägers aus der sozialdemokratischen Partei zu Unrecht erfolgt sei, erließ die Zweite Zivilkammer des Landgerichts München jetzt Endurteil, wonach der Klage vollinhaltlich stattgegeben wurde! Die Sache kommt nun an das Oberlandesgericht.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Unternehmerorganisation.

Ein vertrauliches Rundschreiben ist auf den Redaktionstisch eines Parteiblattes geflattert. Da sein Inhalt für mehrere Arbeitergruppen verwandter Berufe, die sich bis jetzt schwer oder gar nicht organisieren ließen, von allergrößter Bedeutung ist, sei dies Schriftstück nachstehend wiedergegeben. Es lautet:

Betreff: München, den 26. Juni 1906.
Vereinigung der deutschen Glasmalereien.
Vertraulich!

Wie Ihnen vielleicht bekannt geworden ist, sind die Bleiglaser der meisten hiesigen Glasmalereien in eine Lohnbewegung eingetreten, welche die Niederlegung der Arbeit in verschiedenen hiesigen Betrieben zur Folge hatte. Die hierdurch betroffenen Glasmalereien Münchens haben sich infolgedessen zu einem Lokalverbande zusammengeschlossen, welchem es gelungen ist, in wirksamer Weise den unbegründeten Ansprüchen der Arbeitnehmer entgegenzutreten. Die in dem Verbande vereinigten Glasmalereien haben sich jedoch nicht bloß auf ein gemeinschaftliches Vorgehen in der Lohnfrage beschränkt, sondern verfolgen den Zweck, die gemeinschaftlichen Interessen der deutschen Glasmalereien auch in sonstigen Beziehungen zu vertreten und hervortretende Uebelstände abzustellen. Als derartige gemeinschaftliche Interessen haben insbesondere zu gelten: die Frage der Vergütung für die zeichnerischen Skizzen, die Stellung der Staatsregierung zur Verwendung von Glasmalereien in öffentlichen Gebäuden und Kirchen, Fragen der auswärtigen Handels- und Zollpolitik (insbesondere Abschluß eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika) und verschiedene andere unsere Branche berührende Angelegenheiten der Gesetzgebung, des Eisenbahn- und Postwesens usw. usw. Die Unterfertigten sind nun der Anschauung, daß, wie dies in sämtlichen übrigen Gewerbszweigen der Fall ist, der Zusammenschluß der Brancheangehörigen eines einzelnen Platzes nicht genügt, um in wirksamer Weise die gemeinschaftlichen Interessen zu verfolgen, daß vielmehr hierzu eine Vereinigung der gesamten einschlägigen Kunstbetriebe Deutschlands erforderlich ist.

Zu diesem Zwecke richten wir hiermit an Sie die Anfrage, ob Sie grundsätzlich der Schaffung einer derartigen, über das ganze Reich sich erstreckenden Vereinigung zustimmen und ihr beizutreten gewillt wären.

In der Annahme, daß Sie gleich uns von der Notwendigkeit der Schaffung des angeregten Verbandes überzeugt sind, bitten wir Sie, die anliegende Erklärung zu unterzeichnen und baldgefälligst an die Freie Vereinigung der Münchener Glasmalereien zu Händen ihres Vorsitzenden,

des Herrn Hofglasmalereibesitzers **Anton Ostermann,**
München, Schwanthalerstr. 88,

einzusenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. P. Bockherni, Hofglasmalerei. — **Gg. Boos,** Glasmalerei. — **Karl de Bouché,** kgl. bayer. Hofglasmalerei. — **Otto de Crignis,** Glastechnische Kunstanstalt. — **Ludw. Kirchmeir,** Kirchliche Glasmalerei. — **Mayersche kgl. Hofkunstanstalt.** — **Ostermann u. Hartwein,** kgl. bayer. Hofglasmalerei. — **Steinicken u. Lohr,** Kunstgew. Werkstätte und Glasmalerei. — **G. van Treeck,** kgl. bayer. Hofglasmalerei. — **Karl Ule,** Anstalt für Glasmalerei, Verglasung und Glasmosaik. — **F. X. Zettler,** kgl. bayer. Hofglasmalerei.

Da dies Rundschreiben außer den Glasmalereien auch noch den Glasätzereien, Schleifereien und Sandbläsereien zugegangen sein wird, weil ja vielfach alle Zweige der Glasdekoration in einem Betriebe vereinigt sind, so kommen die Interessen folgender qualifizierter Arbeiter in Frage: Glasmaler, Glasätzer, Glasschleifer, Arbeiter für Sandgebläse, Aetzmaler, Schildermaler, Vergolder, Bleiglaser, Anmacher, Zeichner für Schrift, Ornamente und Grabplatten, sowie die verschiedenen Hülfsarbeiter, deren Positionen durch die fortgeschrittene Spezialisierung innerhalb dieses Kunstgewerbes geschaffen worden sind. Den Zeichnern und Glasmalern insbesondere sei die Lektüre des Rundschreibens warm empfohlen. Betrachten doch heute noch nicht wenige sich als Künstler, die der Verpflichtung enthoben seien, sich einer modernen Arbeiterorganisation anzuschließen. Die geplanten Maßnahmen der Glasmalereibesitzer müßten den organisationsfeindlichen Angehörigen dieser Berufe nun doch endlich zum Bewußtsein bringen, daß es nicht länger angeht, zwischen den Klassen schweben zu wollen. Die künstlerische Befähigung der im Kunstgewerbe tätigen qualifizierten Arbeiter hat zwar erheblich dazu beigetragen, der modernen Glasdekoration ein spezifisches Gepräge zu verleihen, sowie dem Unternehmer, der vielfach gar nicht einmal Fachmann ist, Ruhm, Ehre und Hoflieferanten-Wappen einzutragen; aber — die Wertung der künstlerischen Produktion qualifizierter Arbeiter unterliegt denselben ökonomischen Gesetzen wie die eines jeden anderen Arbeiters auch.

Die in Glasmalereien und verwandten Berufen tätigen Künstler mögen sich sträuben dagegen, den Lohnarbeitern zugezählt zu werden; die neu geschaffene Kampforganisation der Arbeitgeber wird sie zwingen, sich zu vereinigen, ehe es zu spät ist. Was die Bleiglaser heute, kann die Glasmaler morgen angehen. Beider Tätigkeit ist auf das engste verbunden. Mögen es auch ihre Interessen sein, jetzt und in Zukunft. Darum hinein in die Fachvereine. Ihr seid gewarnt.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Bauhandwerker!

Wegen Nichtbewilligung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes sind am Montagfrüh sämtliche bei Berliner Firmen arbeitende Backofenmaurer in den Streik getreten. Etwa die Arbeit aufnehmende Maurer ersuchen wir, auf obiges aufmerksam zu machen und der Verbandsleitung der Maurer, Engelufer 15, gefl. von solchen Fällen Mitteilung zu geben.

Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.

Der Kampffonds der Lithographen und Steindrucker.

Am Mittwoch fand in den Arminhallen eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder des alten Verbandes der Lithographen und Steindrucker statt, um über die Verwendung des alten Verbandsvermögens zu beschließen. Es lag ein Antrag der bei der Auflösung des alten Verbandes aus dessen Hauptvorstand und Ausschuß zusammengesetzten Liquidationskommission vor, das Vermögen für den Zweck flüssig zu machen, für den es von vornherein bestimmt war, und das ist der gewerkschaftliche Kampf. Hierzu sollte die Versammlung der Liquidationskommission die Vollmacht erteilen. Zu dem gleichen Zweck waren Versammlungen der alten Verbandsmitglieder über das ganze Reich einberufen worden.

Der Referent Bartel schilderte kurz die bekannten Quertreibereien der winzigen Gruppe von 31 Mitgliedern des alten Bundes, die schließlich gerade als die Unternehmer zur Aussperrung griffen, jene Verfügung erwirkten, durch die das Vermögen der Gehülfenschaft für den ihr aufgezwungenen Kampf lahmgelegt wurde. Der Sturm der Entrüstung, der in der ganzen Gehülfenschaft Deutschlands über diesen Streich ausbrach, ist es offenbar gewesen, was die 31 Personen veranlaßte, nun das Vermögen freizugeben. Ob sie, nachdem eine gerichtliche Verfügung vorliegt, dazu ein Recht haben, ist ja zweifelhaft. Irgend ein triftiger Grund für den Protest gegen die Verwendung des Vermögens lag ja überhaupt nicht vor. Jene Personen — meist Oberdrucker, Oberlithographen und Prinzipale — waren offenbar nur die Geschobenen der Unternehmer. Hat doch der neue Senefelderbund bewiesen, daß er in jeder Hinsicht seine Pflicht erfüllt und überall für Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder sorgt, so daß die Unternehmer sich schon veranlaßt fühlten, die Schaffung eines Reichstarifes anzubieten, der dann freilich an dem erbärmlichen Minimallohn von 16,50 Mark scheiterte. Die Absicht der Unternehmer, der Gehülfenschaft den jetzigen Kampf durch Lahmlegung ihrer Finanzkraft unmöglich zu machen, ist bekanntlich an der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft zerschellt. Der neue Bund kann den Kampf auch ohne Freimachung des alten Vermögens noch auf lange Zeit fortsetzen. Gleichwohl ist es selbstverständlich ein Vorteil, wenn diese Gelder flüssig gemacht werden. Sie sollen nicht in die Kasse des Bundes fließen, sondern lediglich für den gewerkschaftlichen Kampf freigemacht werden. — Nach der Aufforderung zur Diskussion meldete sich nur ein Redner zum Wort, und dieser sprach für den Antrag. Die Abstimmung erfolgte, da der Saal die Menge der Versammlungsbesucher nicht zu fassen vermochte, in zwei Abteilungen. Der Antrag wurde beide Male einstimmig angenommen.

Glück und Glas, wie leicht bricht das!

Große Pläne sinds, mit denen sich die gläsernen Sperrlinge tragen. In ihrer, allerdings nur schwach besuchten Versammlung am Donnerstag verkündeten sie als ihr vornehmstes Ziel: die Zertrümmerung des Glaserverbandes. Mindestens sechs Wochen wollen sie aussperren, um, wie Herr Röhlich meinte, die Berliner Glasergesellen derartig auszuhungern, daß sie ihren Meistern „aus der Hand fressen" und zu den Lohnsätzen arbeiten, die ihre Arbeitgeber für angemessen erachten. Der verderbliche Einfluß der Gesellenorganisation müsse ein für allemal gebrochen werden. Allerdings sei dies nicht leicht, meinte der Herr Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, die Situation sei sogar für die Arbeitgeber außerordentlich ernst und schwierig. Doch es sei jetzt eine Ehrenpflicht der Glasereiunternehmer, das einmal begonnene Werk auch zu Ende zu führen. Der Arbeitgeber müsse unter allen Umständen Herr im Hause bleiben. So und ähnlich ließen sich auch die übrigen Glasmänner aus. Alle seine Kollegen übertrumpfte dabei der bekannte Herr Stampehl aus der Brunnenstraße, der sich noch besonders damit rühmte, **daß er als ehemaliger Leiter der Gesellenorganisation deren innere Einrichtungen und Schwächen ja zur Genüge kenne.** Dieser gute Mann scheint vergessen zu haben, daß er vor zwei Jahren die Arbeitgeber mit ähnlichen Worten scharf machte, schließlich aber doch gezwungen war, den Tarif mit anzuerkennen.

Ihren innersten Herzenswünschen gab die Meisterversammlung folgenden Ausdruck: Die Herren wollen die Aussperrung mindestens sechs Wochen aufrecht erhalten. Organisierte Gesellen sollen ein für allemal nicht wieder in den Betrieben eingestellt werden. Ueber diejenigen Meister, die jetzt noch organisierte Glaser beschäftigen, soll die Materialsperre verhängt werden. Wenigstens wollen sie auf die Verkaufsgenossenschaft und die Glashandlungen einwirken, den tariftreuen Meistern nichts zu verkaufen. Nicht einmal Kitt sollen die Aermsten erhalten. Ferner gedenken sie mit den unorganisierten Gesellen und Kleinmeistern eine Streikbrecherorganisation nach dem Muster der „gelben Gewerkschaften" zu gründen. Besonders den Kleinmeistern suchten die Herren Honig um den Bart zu schmieren, indem sie ihnen ausmalten, wie vorteilhaft es für jene doch sei, wenn sie jetzt mit den „kapitalkräftigen Firmen" Hand in Hand gingen. Als ganz besondere Belohnung wurde den etwas ungläubig dreinschauenden Kleinmeistern dann die Ausführung von — Flick- und Reparaturarbeiten für die Großen in Aussicht gestellt. Endlich sind sich die Herren schlüssig geworden, bei ihrer Kundschaft, sowie bei allen Baubehörden, Baugeschäften und Architekten um Aufschub der liegengebliebenen oder übernommenen Arbeiten vorstellig zu werden. Zu diesem Zweck haben sie ein Zirkular zusammengekittet, worin sie über die Ursachen der Aussperrung förmlich das Blaue vom Himmel herunterfabeln. So sagen sie darin dreist und gottesfürchtig: „Als am 15. Juni uns der neue Lohntarif bekannt gegeben wurde, war gleichzeitig der Befehl von der Organisation erteilt, daß sämtliche unverheiratete Glaser Berlin zu verlassen haben, was tatsächlich auch geschehen ist." Die Wahrheit ist, daß heute noch einige Hundert unverheirateter Glaser in Berlin sind. Erst zirka 80 sind abgereist, und davon nur rund 20 vor der Aussperrung. Ferner stellen es die Herren so dar, als hätte die Gesellenorganisation eine sofortige Lohnerhöhung von 65 bis auf 85 Pf. gefordert. In Wahrheit lautete die Forderung auf eine dreijährige Vertragsdauer mit einer Lohnsteigerung auf 75 Pf. im ersten, auf 80 Pf. im zweiten und auf 85 Pf. im dritten Jahre. Wenn zudem noch behauptet wird, die gegenwärtigen Löhne seien bereits höher, als die der anderen Bauberufe, so genügt ein einziger Hinweis auf die Löhne der Maurer, Zimmerer, Putzer usw., um solche Flunkereien auf ihren wirklichen Wert zurückzuführen. Zum Schluß wurde der Vorstand des Arbeitgeberverbandes dann einmütig beauftragt, der Polizeibehörde die bedrängte Lage der tarifbrüchigen Glasfrauter zu schildern und um den wirksamsten polizeilichen Schutz während der Dauer der Aussperrung zu bitten. Nun, diese Bitte hätten sich die Herrschaften jedenfalls sparen können; der polizeiliche Schutz ist ihnen auch ohnehin sicher.

Trotz aller dieser liebevollen Maßnahmen werden die Ausgesperrten der Entwickelung der Dinge mit kühler Ruhe entgegensehen. Einstweilen hat die Verbandsleitung der Glaser beschlossen, auch den unverheirateten Ausgesperrten Streikunterstützung zu zahlen, da Geldmittel in genügendem Maße vorhanden sind, so daß es des jüngst geleisteten freiwilligen Verzichts der Unverheirateten auf Unterstützung nicht mehr bedarf. Die Herren Aussperrer aber dürften bald einsehen, daß nur diejenigen Meister Freude an der Aussperrung haben, die klugerweise ihre Gesellen behielten und nicht tarifbrüchig wurden.

Die Aussperrung in den „Norddeutschen Stahlwerken" zu Ober-Schöneweide ist durch Vergleich beendet worden. Am Mittwoch fanden in dieser Angelegenheit zwischen Vertretern des Metallarbeiterverbandes und der Metallindustriellen Verhandlungen im Vorsighause zu Berlin statt. Die Einigung erfolgte auf nachstehender Grundlage: Dem Arbeiterausschuß wird eine Formerkommission angegliedert, welche die Spezialinteressen der im Werk beschäftigten Former zu vertreten hat und besonders bei der Festsetzung der Akkordpreise gutachtlich zu hören ist. Ferner wurde die Wiedereinstellung von drei gemaßregelten Formern zugesichert, auch ist abgemacht worden, daß weitere Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Damit waren die ursprünglichen Forderungen der Former, wegen deren die unverständliche Aussperrung erfolgte, im wesentlichen erfüllt. Mit diesem Einigungsvorschlage erklärte sich denn auch eine Versammlung der Ausgesperrten einverstanden. Demnach hätte die Wiederaufnahme der Arbeit bereits gestern morgen erfolgen können. Da der Direktor jedoch abwesend war und sein Vertreter keine Vollmacht zur Betriebsöffnung hatte, so mußten die Arbeiter unnützerweise den Einfällen des etwas nervösen Herrn noch einen halben resp. einen ganzen Tagesverdienst opfern. Erst im Laufe des gestrigen Vormittages konnte mit dem Direktor auf Grund des oben erwähnten Vergleichsvorschlages vereinbart werden, daß die Hülfsarbeiter am Donnerstag nachmittag und die übrigen Arbeiter des Werkes am Freitagmorgen die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Damit dürfte die eigenartige Differenz ihre Erledigung gefunden haben.

Die Firma Schmalisch u. Below sendet uns folgende Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1864 ersuchen wir Sie, folgende Berichtigung in die nächste Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen:

In Ihrer Nr. 145 vom 26. Juni 1906 bringen Sie einen Artikel, der durchaus unwahr ist. Insbesondere ist es unrichtig, daß „immer mehr Christliche eingestellt würden, andere Leger aber, trotzdem sie von der Firma vorgemerkt waren, nicht benachrichtigt wurden, daß die Firma Leger gebrauche." Wahr ist vielmehr, daß wir in den letzten vier Wochen vor der Arbeitsniederlegung 22 freiorganisierte Arbeiter eingestellt haben und bei einem Arbeiterbestand von 97 Mann nur 7 Christliche Arbeiter bei uns arbeiteten. Auch hatten wir mit dem Arbeitsnachweis der freien Organisation, August Kirich, vormals Baberschke, Petersburgerstraße 81, ausdrücklich vereinbart, daß uns etwa vorhandene arbeitslose Fliesenleger sofort zugeschickt werden und haben zwei uns zugeschickte Leute auch tatsächlich eingestellt. Ferner schreiben Sie in Ihrer Nr. 150 vom 1. Juli 1906:

„In der Sitzung am 21. Juni, in der die Vertreter der Arbeiter sich nur in ungenügender Weise über die Angelegenheit auslassen konnten, wurden die Mitglieder der Vereinigung der Fliesenleger, welche bei der Firma Schmalisch u. Below die Arbeit aufgaben, für tarifbrüchig erklärt."

Die hierin enthaltene Behauptung, daß die Fliesenleger sich nicht genügend äußern konnten, ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß der Vertreter der Organisation, Puttlitz, seitens des Gewerberichters wiederholt befragt wurde, ob ihm die beabsichtigte Arbeitsniederlegung und der Grund derselben bekannt gewesen sei. Er erwiderte darauf, daß er von der Arbeitsniederlegung erst durch unseren Brief vom 11. Juni Kenntnis erhalten habe und dieselbe zu seinem Bedauern nicht verhindern konnte. Unwahr ist es auch, wenn in der Zuschrift behauptet wird, daß festgestellt sei, daß die Arbeitsniederlegung nicht wegen der christlichen Arbeiter erfolgt sei. Wir hatten, um eine Erklärung herbeizuführen, 15 Arbeiter von den Tarifbrüchigen laden lassen. Von den Erschienenen vermochte jedoch niemand irgend etwas vorzubringen, was gegen den Tarif verstößt, vielmehr brachten nur drei Arbeiter Beschwerden gegen den Werkmeister vor. Wie auch aus dem amtlichen Protokoll hervorgeht, wurde seitens der Schlichtungskommission lediglich die Entscheidung gefällt, daß bei unserer Firma keine Akkordarbeit stattgefunden hat und daß auch sonstige Verstöße gegen den Tarif nicht festgestellt seien.

Schmalisch u. Below.

Deutsches Reich.

Bei der Singer-Nähmaschinen-Aktiengesellschaft in Köln sind die Einkassierer in den Ausstand getreten, nachdem während der Kündigungsfrist eine Einigung nicht zustande kam.

Der Ausstand bei der Kölnischen Baumwollspinnerei und -Weberei ist erledigt. Es wurde die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde erreicht.

Bei der Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbauanstalt in Köln-Ehrenfeld sind infolge Maßregelung des Fabrikausschusses ernste Differenzen ausgebrochen.

Ausland.

Nach 14monatiger Lohnbewegung haben die schweizerischen Brauereiarbeiter einen Erfolg errungen, der zunächst in dem seit zehn Jahren erstrebten Abschluß einer Tarifgemeinschaft, sodann der Einführung des Neunstundentages im Winterhalbjahr, des Minimallohnes für alle Arbeiterkategorien (bisher war er auf die gelernten Arbeiter beschränkt) und der Aufstellung der Bestimmung besteht, daß auf je 2500 Hektoliter Ausstoß ein gelernter Brauer beschäftigt werden müsse. Wegen dieser Bestimmung gab es hartnäckige Kämpfe, so daß schließlich die organisierte Arbeiterschaft Baſels den Boykott über das Bier der Baseler Brauereien in der ganzen Schweiz beschloß, worauf die Bierbarone einlenkten und die definitive Verständigung erzielt wurde. Die mit dem Bierboykott von 1898 gemachten Erfahrungen waren demnach solche, daß die Bierbarone eine Wiederholung derselben nicht wünschten. Und wie haben sie damals über ihren „Sieg" gejubelt! So birgt eine Niederlage der Arbeiter den zukünftigen Sieg in sich.

3000 Maurer und Handlanger in Zürich fordern den Neunstundentag und 70 Rappen minimalen Stundenlohn. Kommen die Bauunternehmer nicht entgegen, so wird die Arbeit eingestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Selbstmordversuch. Einen großen Auflauf verursachte gestern ein junger Selbstmordkandidat am Wörtherplatz. In dem Restaurant von Karge, am Wörtherplatz gelegen, erschien gegen 8 Uhr abends ein junger Mann und bestellte einen Schnaps und ein Glas Bier. In die ihm gereichten Getränke goß er heimlich eine Flüssigkeit. Der Geruch von Lysol machte sich im Lokal bemerkbar, die anwesenden Gäste verhinderten den Lebensmüden, die Getränke zu sich zu nehmen, worauf dieser in ein anderes Lokal (Köhnke) ging. Aber auch hier erreichte er seinen Vorsatz, das Lysol einzunehmen, nicht. Seine Geschwister und Mutter ließen den Lebensmüden durch den Reviervorstand festnehmen. Der Vater des jungen Mannes verübte vor 14 Tagen Selbstmord; es liegt die Vermutung nahe, daß der Sohn erblich belastet ist.

Der Straßenbahnerstreik in Rom.

Rom, 5. Juli. (Privatdepesche unseres römischen Korrespondenten.) Die Situation des Streiks ist unverändert. Die Straßenbahngesellschaft bot den Streikenden Gehaltsaufbesserungen im Gesamtbetrage von 72 000 Lire pro Jahr an. Die Streikenden lehnten jedoch die gebotene Aufbesserung als unzulänglich ab. Die Gesellschaft versucht, Streikbrecher von auswärts heranzuziehen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vortrefflich.

Folgenschwere Explosion.

Donauwörth, 5. Juli. (W. H.) Durch vorzeitige Entladung einer Sprengmaschine wurde hier ein entsetzliches Unglück herbeigeführt. Zwei Ingenieure und ein Werkmeister und ein Arbeiter wälzten sich in ihrem Blute. Sie erlitten am ganzen Körper entsetzliche Verletzungen.

Ministerkrisis in Spanien.

Madrid, 5. Juli. (W. T. B.) In dem heutigen Ministerrate traf der König noch keine Maßnahmen zur Lösung der Krisis. Er nahm die Darlegungen der Minister über die Notwendigkeit der Auflösung des Parlaments entgegen und erklärte den Vorschlag in Erwägung ziehen zu wollen.

Madrid, 5. Juli. (W. T. B.) **Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht.** Der König hat den General Lopez Dominguez mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Die Duma.

Petersburg, 5. Juli. (W. T. B.) Arakantseff verliest den von den nach Bialystok entsandten Abgeordneten verfaßten Bericht über den dort stattgehabten Pogrom mit allen Einzelheiten der schrecklichen Szenen. Der Redner richtet Anschuldigungen gegen die Regierung und erklärt, er erwarte nichts von der gerichtlichen Untersuchung. Das russische Volk begünstige niemals Pogroms, es erlaube allen Nationalitäten im Frieden mit den Russen zu leben. **Nur die Regierung sei schuldig; diese habe bereits die Armee verdorben,** das teuerste Gut, das die Russen besaßen. **Aber die Armee werde erwachen, wenn sie das ganze Unheil sehe, welches sie gezwungen worden sei, anzurichten.** Wehe denen, ruft der Redner, welche sie verderben und sie zu einer Masse wilder Tiere machen. Der Redner schlägt vor, sich zu Ehren der gemordeten Opfer von Bialystok zu erheben. Die ganze Versammlung erhebt sich von ihren Sitzen.

22 Gefangene entflohen.

Petersburg, 5. Juli. (W. H.) Aus dem Gefängnis in Schaulen flüchteten 22 politische Gefangene, nachdem sie den Wächter entwaffnet hatten.

Wieder ein Attentat.

Petersburg, 5. Juli. (W. H.) Auf den Stadthauptmann von Moskau, General Rimbot, wurde ein Attentat verübt. Einzelheiten fehlen noch.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Parteivorstand und Massenstreik.

Das Bochumer „Volksblatt" druckte am Montag die in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" enthaltenen Erklärungen vom Parteivorstand und Generalkommission ab und fügte dann folgende Bemerkung hinzu:

„Nach dem elegischen Schlusse der Vorstandserklärung scheint der Parteivorstand also den mißglückten Versuch einer Verständigung mit der Generalkommission jetzt aufgegeben zu haben. Wir werden von der freundlichen Erlaubnis des Parteivorstandes, uns selbst unser Urteil zu bilden, Gebrauch machen und in der nächsten Nummer die vielen Unbegreiflichkeiten dieser Aktion an der Hand der offiziellen Erklärungen einer kritischen Prüfung unterziehen."

Dieser Ankündigung kommt das Blatt dann in seiner Dienstagsnummer nach, in der es dem Gegenstande einen 2½ Spalten langen Artikel widmet. Wir geben aus demselben die uns am wesentlichsten erscheinenden Stellen wieder:

I. Nach dem Protokoll der Generalkommission.

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.

2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.

II. Nach der Erklärung des Parteivorstandes.

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren, sollte derselbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand mit der Generalkommission zuvor ins Benehmen setzen.

2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.

Wollte man Scherze machen, so könnte man wohl gar sagen, die Generalkommission bezw. ihr Schriftführer Silberschmidt hätten aus logischen und grammatikalischen Gründen die Formulierung gewählt, die sie in ihr Protokoll aufgenommen haben, denn logisch und grammatikalisch reiht sich bei ihr der zweite Satz zwanglos an den ersten, während das in der Bebelschen Fassung nicht der Fall ist. Indessen ist uns die Angelegenheit zu solcher scherzhaften Behandlung viel zu ernst. . . .

„Unsere Frage in der Sonnabendnummer, ob der Parteivorstand kein Protokoll bekommen habe, klärt sich nun dahin auf, daß er es wohl bekommen, aber nicht gelesen habe. Große Wichtigkeit scheint er der ganzen Angelegenheit also nicht beigelegt zu haben, was wir sehr bedauern. Aber noch merkwürdiger ist uns folgendes: An der Sitzung der Gewerkschaftsvertreter, in welcher Silberschmidt referierte und über welche das Protokoll aufgenommen wurde, sind eine große Personenzahl beteiligt gewesen, darunter mehrere Parteigenossen, die in Jena auf dem Parteitage gewesen sind und dort für die Bebelsche Resolution gestimmt haben. Wie aus den Protokollauszügen in der „Einigkeit" hervorgeht, haben einzelne dieser Genossen sehr großes Erstaunen über Silberschmidts Mitteilungen geäußert, es geschah, wie man zu sagen pflegt, ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Unter den Erstaunten befinden sich auch Reichstagsabgeordnete. Haben diese Genossen, so fragen wir weiter, angenommen, daß die Möglichkeit eines solchen außerordentlichen Ansichtswechsels bei Bebel vorliegt, haben sie nicht den Gedanken eines Mißverständnisses gefaßt und haben sie ferner in der ganzen Zeit keinen Anlaß gefunden, mit Bebel über die merkwürdigen Berichte Silberschmidts zu sprechen? Oder haben sie der ganzen Massenstreikgeschichte, die wenige Monate vorher die Partei in ihren tiefsten Tiefen aufgeregt hatte, so wenig Beachtung geschenkt, daß es nicht lohnte, darüber zu reden? . . .

„Der Parteivorstand hält also die Möglichkeit oder Notwendigkeit der Propagierung des Massenstreiks in irgend einem unbestimmt zukünftigen Zeitpunkte für vorhanden. Gegenwärtig jedoch nicht. Propagierung ist bekanntlich noch nicht Proklamierung des Massenstreiks. Nun ist es eines der wichtigsten und am häufigsten gebrauchten Argumente in dem vorjährigen großen Streite um den Massenstreik gewesen, daß solch ein Kampfmittel nicht einfach dekretiert werden kann, daß wir es vielmehr sehr gründlich diskutieren müßten, um die organisierten Arbeiter damit vertraut zu machen, damit sie dann, wenn es einmal Zeit sei, auch bereit seien. Es bedürfe dazu, so hieß es, vieler Zeit. Gerade vom Standpunkte derer, die die sofortige Anwendung des Massenstreiks für unmöglich erklärten, wurde die Diskutierung und Propagierung als unumgänglich bezeichnet. Vertagung der Propaganda für den Massenstreik auf die Zukunft setzt also die Annahme voraus, daß jetzt die politische Situation dem Proletariat noch andere Mittel zur Erkämpfung seiner Rechte oder zur Abwehr von Attentaten auf bestehende Rechte zur Verfügung stellt oder daß weder solche Attentate bevorstehen, noch die Erkämpfung neuer Rechte dringend sei. Daß die Erkämpfung neuer Rechte nicht dringend wäre, dagegen spricht unsere Agitation für das gleiche Landtagswahlrecht und der gegenwärtige Stand dieses Kampfes spricht sehr für die Notwendigkeit der Verstärkung unserer Kampfmittel. Die Gefahr der Attentate auf bestehende Rechte hat Bebel in Jena selbst trefflich gezeichnet. Wenn sich seitdem etwas geändert hat, so nicht zu unserem Vorteil.

Also: Dürfen wir nach alledem wirklich noch erwarten, daß der Parteivorstand weiß, was die politische Situation zu tun gebietet und daß er im rechten Augenblick das Rechte tun werde?"

Die Magdeburger „Volksstimme" sagt unter anderem:

„Die Erklärungen der Mitglieder des Parteivorstandes und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die eventuelle Anwendung oder, besser gesagt, Nichtanwendung des politischen Massenstreiks haben begreiflicherweise großes Aufsehen erregt. Die bürgerliche Presse ist voll davon. Es ist bei uns nicht üblich, auf ihre Meinungsäußerung Gewicht zu legen, und wir unterlassen es daher, Proben davon zu geben, wie bürgerliche Organe die Erklärungen kommentieren. Nur die eine Bemerkung sei uns gestattet, daß alle, von der demokratischen Presse bis zu den Scharfmacherblättern, darin übereinstimmen, daß vom Parteivorstand bei den Unterhandlungen mit der Generalkommission die in Jena festgelegte Auffassung über den Generalstreik preisgegeben worden sei."

Der Karlsruher „Volksfreund" erklärt:

„Wir haben den Eindruck, daß die Generalkommission zutreffend berichtet und daß somit der von uns abgedruckte Bericht der „Einigkeit" durchaus zutreffend berichtet, Genosse Bebel sich also so ausgedrückt hat, wie mitgeteilt ist, und daß daran weder die Erklärung Bebels noch des Parteivorstandes etwas ändern kann."

Dritter Verbandstag der Tapezierer.

Zweiter Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung.)

In der Diskussion wünscht Brosowitz-Danzig die Anstellung eines Gauleiters für den Ostgau, der seinen Sitz in Berlin haben könnte. Von Pietsch-Breslau und Wels-Berlin wird der Antrag bekämpft. Sander-Berlin und Becker-Hamburg machen auf die Schwierigkeit der Anstellung eines Gauleiters für Ostpreußen und Schlesien aufmerksam; doch verspricht Sander namens des Ausschusses, die Sache im Auge behalten zu wollen. Vorläufig müsse es beim alten bleiben. Nachdem noch verschiedene Redner lokale Schmerzen vorgebracht haben, wird Schluß der Debatte über diesen Punkt beschlossen. Von Friedrich-Köln ist der Antrag gestellt worden, den Sitz des rheinischen Gauleiters von Düsseldorf nach Köln zu verlegen. Der Antrag wird in seiner prinzipiellen Bedeutung abgelehnt, formell dem Hauptvorstand zur Nachprüfung überwiesen.

Es folgt die Erörterung über die Presse. Referent ist Geschäftsführer und Redakteur Becker-Hamburg. Zu dieser Sache sind mehrere Anträge gestellt worden. Osnabrück, Rostock und Darmstadt beantragen: Das Verbandsorgan erscheint alle acht Tage. Berlin beantragt: Das Verbandsorgan erscheint dreimal monatlich. Leipzig beantragt: Die Redaktion wird beauftragt, nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen im Korrespondenzblatt zu besprechen, sondern vor allem auch die Grundsätze und die Theorie aller ökonomischen und sozialen Wissenschaft als Grundlage der modernen Arbeiterbewegung im weitesten Maße zu erörtern. Der hierzu notwendige Raum soll dadurch geschaffen werden, daß erstens das Korrespondenzblatt regelmäßig acht Seiten stark erscheint und zweitens die Versammlungsberichte noch mehr als bisher eingeschränkt werden. Becker führt dazu aus: Man dürfe an die Gewerkschaftspresse nicht den Maßstab der Arbeiterpresse legen. Insofern gehe der Leipziger Antrag viel zu weit. Es ist nicht möglich, daß ein Redakteur, der auch noch ein gut Stück Verwaltungstätigkeit vollbringen muß, Zeit genug hat, im Sinne der Leipziger Antragsteller ein Gewerkschaftsblatt zu redigieren. Was den Berliner Antrag betrifft, so gebe er zu bedenken, daß das Fachorgan dann wohl auch nicht früher in die Hände der Mitglieder kommt. Noch weiter geht der Rostocker und Osnabrücker Antrag. Er bedingt, daß noch ein weiterer Beamter angestellt wird, der dann die Expedition des Blattes besorgen müßte. Im übrigen ist dem Wunsche der Mitglieder, das Blatt achtseitig erscheinen zu lassen, jetzt schon nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. Wenn aber einmal die Notwendigkeit nicht vorliegt, eine Nummer achtseitig erscheinen zu lassen, ja warum sollen wir dann nicht sparen? Selbstredend müssen wir das Blatt fortwährend auszugestalten suchen, und das liegt in unserem und im Interesse der Mitglieder.

In der Diskussion gibt Wels-Berlin seiner Freude Ausdruck über die prinzipielle Haltung des Verbandsorgans; insbesondere freut er sich über die taktvolle Haltung des Blattes im „Vorwärts"-Konflikt. Den Leipziger Antrag erklärt er für zu weitgehend. Wenn unter den Gewerkschaftlern ein Mann wäre, der den Anforderungen der Leipziger entspräche, so würde ihn wohl die Parteipresse sofort okkupieren (Beifall); denn in der Parteipresse herrscht bekanntlich ein Mangel an tüchtigen journalistischen Kräften. Wir können mit unserem Blatt vollauf zufrieden sein. Nur sollten wir im Interesse der Aktuellität unseres Blattes darauf dringen, daß es häufiger erscheint; dann könnte es auch agitatorischer wirken. Aus agitatorischen Gründen empfehle ich Ihnen die Annahme des Berliner Antrages als Etappe zum achttägigen Erscheinen. Besper schließt sich den Ausführungen Wels an. Auch er spricht seine Anerkennung über die Haltung des Blattes aus; höchstens dürfen die Versammlungsberichte noch etwas mehr beschnitten und von allem unnützen Beiwerk gesäubert werden. Er empfiehlt den Osnabrücker Antrag, das Blatt achttägig erscheinen zu lassen. Wenn wir schon einen Schritt vorwärts tun wollen, dann ist es besser, das Blatt gleich achttägig erscheinen zu lassen. Ich bin aber auch zufrieden, wenn der Berliner Antrag angenommen wird. Brosowitz-Danzig schließt sich den Ausführungen der beiden Vorredner an. Auch er wünscht im Interesse einer schnelleren Berichterstattung, daß das Blatt öfter erscheint. Er erklärt sich für den Antrag Besper. Steigerwald-Frankfurt spricht ebenfalls der prinzipiellen Haltung des Blattes seine Anerkennung aus. Weiter empfiehlt er der Redaktion, in der Beschneidung der Versammlungsberichte noch viel rigoroser vorzugehen. Regel-Wiesbaden wünscht, daß die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, soweit sie den Beruf betreffen, mehr berücksichtigt werden. Die Anträge Leipzig und Osnabrück hält er für zu weitgehend; sie übersteigen unsere Kräfte. Rößler-Leipzig befürwortet den Leipziger Antrag. Man sei bei Stellung des Antrages von dem Gesichtspunkte ausgegangen, für die Redaktion eine volle journalistische Kraft anzustellen. Was wir für die Presse ausgeben, geschieht im agitatorischen Interesse und macht sich später sicher bezahlt. Er erklärt sich für den Osnabrücker Antrag. Riß-Hamburg erklärt sich gegen den Leipziger Antrag, ebenso gegen die Osnabrücker und Berliner Anträge. In den Versammlungsberichten sollten wenigstens die Beschlüsse der Filialen regelmäßig wiedergegeben werden. Spliedt-Hamburg erklärt, Versammlungsberichte ganz entbehren können wir heute noch nicht; aber die Berichte sollten kürzer und präziser gehalten werden. Bezüglich der Aenderung der Erscheinungsweise des Blattes erklärt er sich für den Osnabrücker Antrag. Freilich sollten dabei nicht die daraus entstehenden Kosten aus dem Auge gelassen werden. Dem Verband wird dadurch eine Mehrausgabe von 8000 bis 10 000 M. erwachsen. Lobitz-Berlin sagt, aus der Debatte erhelle mit aller Deutlichkeit, daß Becker überlastet ist; deshalb können wir nichts besseres tun, als einen dritten Beamten anzustellen, der selbständig die Redaktion führt. Binder-München tritt ebenfalls für bessere Ausgestaltung des Verbandsorganes ein. Neue-Leipzig bringt einige unbedeutende Beschwerden wegen Streichungen einiger kritischen Auslassungen in Versammlungsberichten vor. Schütze-Chemnitz erklärt sich für achttägiges Erscheinen des Blattes, und zwar vierseitig. Dadurch würde das Blatt aktueller, und die Kosten würden nicht zu große. Grünwald-Hamburg ist erstaunt über den Verlauf der Debatte. So ohne weiteres den Verband mit etwa 10 000 M. zu belasten, das sollte doch vorher in den Mitgliedschaften reiflich erörtert werden. Eine Erhöhung der Beiträge können wir heute nicht eintreten lassen, ergo müssen wir auch mit unseren Ausgaben vorsichtiger sein. Deshalb warne ich Sie vor der Annahme der Berliner und Osnabrücker Anträge. Sander-Berlin ist ebenfalls der Meinung, daß die Anträge einer genauen Prüfung bedürfen, so gerne er der Ausgestaltung des Blattes das Wort rede. Höchstens könnte er sich für dreimaliges Erscheinen des Blattes aussprechen. Wie der Vorsitzende mitteilt, haben die Leipziger inzwischen ihren Antrag zurückgezogen. Wels-Berlin legt sich mit Rücksicht auf die Bedenken Grünwalds nochmals mit großem Eifer für den Berliner Antrag ins Zeug. Im Schlußwort tritt Becker-Hamburg ebenfalls für den Osnabrücker Antrag ein. Es wäre dies ein Fortschritt, auf den wir nur stolz sein könnten.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Osnabrück-Rostock, das Verbandsorgan achttägig erscheinen zu lassen, mit 32 gegen 7 Stimmen angenommen. Ein Delegierter hat sich der Stimme enthalten.

Jonson-Kopenhagen bringt im Anschluß an diesen Beschluß den Wunsch zum Ausdruck, die Länder möchten die Streiknachrichten gegenseitig austauschen zwecks besserer Information der einzelnen Nationen.

Von Grünwald wird der Vorschlag gemacht, die Neuregelung am 1. Januar in Kraft treten zu lassen, und zwar mit der gleichzeitigen Inkrafttretung des Statuts. Dem wird stattgegeben.

* * *

Dritter Verhandlungstag.

Hauptgegenstand ist heute die Beratung des Statuts und der hierzu gestellten Anträge. Zunächst wird ein Antrag Scheel-Leipzig, den Tapeziererverband dem Holzarbeiterverband einzuverleiben, ohne Debatte abgelehnt.

Vom Hauptvorstand ist der Antrag gestellt:

§ 5 Abs. 1. Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 1 Mark, für weibliche Mitglieder 50 Pfennig; für verlorene oder sonst durch Verschulden des Mitgliedes unbrauchbar gewordene Quittungsbücher sind 25 Pfennig zu zahlen.

Augsburg will das Eintrittsgeld auf 50 Pfennig, Bremen auf 30 Pfennig festgesetzt wissen. Düsseldorf, Hamburg, Dresden, Würzburg, Königsberg und Leipzig beantragen dahingegen, das Eintrittsgeld nicht zu erhöhen. Nach einer kleinen Debatte wird der Antrag des Hauptvorstandes abgelehnt. Würzburg hat den Antrag gestellt: „Ausgelernte Kollegen, welche innerhalb vier Wochen beitreten, zahlen kein Eintrittsgeld." Auch dieser Antrag wird abgelehnt. Weiter beantragt der Hauptvorstand zu § 6 Absatz 2:

Der Hauptvorstand kann die vom Uebertretenden in der anderen Organisation bereits geleistete Beitragssumme in Anrechnung bringen.

Der Antrag wird angenommen. Zu § 6 Absatz 3 beantragt der Hauptvorstand:

Bei Uebertretenden aus Organisationen, mit denen ein Gegenseitigkeitsvertrag geschlossen wurde, entscheiden die Bestimmungen des Vertrages.

Der Antrag wird angenommen. Von Essen wird hierzu noch beantragt:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Bestimmungen der bestehenden Gegenseitigkeitsverträge in einem Anhang zum Statut bekannt zu geben.

Der Antrag wird angenommen. Zu § 7 Absatz 3 beantragt Hannover:

Mitglieder, die aus anderen Gründen, als Beitragsschulden, ausgeschlossen werden, können nur durch Beschluß einer Filialversammlung wieder aufgenommen werden.

Von Adler, Becker und Friedmeyer wird beantragt, den Antrag abzulehnen. Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Eine längere Debatte entsteht hierauf über die Anträge betr. die Beitragserhöhung. Königsberg beantragt:

Der wöchentliche Beitrag ist auf 60 Pfennig für männliche und 30 Pfennig für weibliche Mitglieder zu erhöhen.

München und Hauptvorstand beantragen: „Die §§ 8 und 12 bleiben bestehen." Leipzig beantragt, den Beitrag wöchentlich auf 50 Pfennig für männliche und 25 Pfennig für weibliche Mitglieder festzusetzen. Der Antrag Königsberg wird abgelehnt. Das gleiche geschieht mit dem Antrag Leipzig.

Von München wird weiter zu § 11 beantragt: „Von den Einnahmen der verkauften Beitragsmarken dürfen die Orte 25 Prozent am Ort behalten." Dresden beantragt, pro verkaufte Beitragsmarke 10 Pfennig am Ort zu behalten; Nürnberg will 13½ Pfennig, Braunschweig 15 Pfennig am Ort behalten. Die Anträge Dresden und Braunschweig werden abgelehnt. Nürnberg hat seinen Antrag zurückgezogen. Der Münchener Antrag wird abgelehnt.

Zu § 13 Absatz 2 beantragen Hauptvorstand und München:

Mitgliedern, die ins Ausland gehen und dort nachweisbar einer Gewerkschaftsorganisation angehört haben, werden, wenn die Rückreise innerhalb zweier Jahre erfolgt und sie sich innerhalb vier Wochen nach dieser wieder anmelden, die Beträge der dort geleisteten Beiträge zur Fortsetzung ihrer alten Rechte angerechnet. Sollte der in diesem Zeitraum in unserer Organisation zu leistende Betrag dabei nicht herauskommen, so ist der fehlende Betrag innerhalb eines Jahres nachzuzahlen resp. wird derselbe ratenweise bei etwaigen Unterstützungen in Abzug gebracht.

Osnabrück beantragt, dem § 13 Absatz 2 folgende Fassung zu geben:

Mitglieder, die ins Ausland gehen und dort nachweislich einer Gewerkschaftsorganisation angehört haben, wird, wenn sie in dieser ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, sich dort ordnungsmäßig abgemeldet haben und sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr hier wieder anmelden, die Summe der dort geleisteten Beiträge in unserer Organisation angerechnet.

Besper-Osnabrück empfiehlt die Annahme des Osnabrücker Antrages. Die Beschlußfassung über diese Anträge wird zunächst ausgesetzt und eine dreigliedrige Kommission gewählt, die nochmals die redaktionelle Fassung der Anträge nachprüfen kann.

Zur Arbeitslosenunterstützung liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen vor, die zu einer längeren Debatte führen. Hauptvorstand und Königsberg beantragen, den § 15 Absatz 1 und 2 unverändert zu lassen. Augsburg will nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen 7 Mark Arbeitslosenunterstützung bezahlt wissen. Breslau beantragt: „Die Unterstützung beträgt: nach 52 Beitragswochen pro Tag 1,50 M., pro Woche 9 M.; nach 130 Beitragswochen pro Tag 1,75 M., pro Woche 10,50 M.; nach 208 Beitragswochen pro Tag 2 M., pro Woche 12 M." Osnabrück will dem Absatz 2 angefügt wissen: „Nach 312 Beitragswochen pro Tag 2 M., pro Woche 12 M. Die Höchstsumme für diese Klasse beträgt 96 M." Freiburg beantragt: „Nach 52 Beitragswochen pro Tag 1 M., pro Woche 6 M.; nach 104 Beitragswochen pro Tag 1,25 M., pro Woche 7,50 M.; nach 156 Beitragswochen pro Tag 1,50 M., pro Woche 9 M."

Zu § 15 Absatz 3 beantragt der Hauptvorstand:

Die Unterstützung wird nur innerhalb 52 Wochen für 8 Wochen gewährt. Es darf somit ein Mitglied nur dann Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn vom jeweiligen Erhebungstag 52 Wochen zurückgerechnet, die Jahressumme in diesen 52 Wochen von ihm noch nicht voll erhoben wurde.

Leipzig beantragt dazu, den zweiten Satz zu streichen. Zu Absatz 4 beantragt Leipzig: „Vollberechtigten arbeitslosen Mitgliedern, sofern sich dieselben den statutarischen und örtlichen Kontrollbestimmungen unterwerfen, werden auf die Dauer der Arbeitslosigkeit die Beitragsmarken zu Lasten der Hauptkasse geklebt." Darmstadt beantragt zu § 15 Absatz 3: „Wird nach 130 resp. nach 208 Wochen Unterstützung beansprucht, so wird dieselbe, wie oben angegeben, voll ausbezahlt, einerlei, ob von dem Mitglied die ihm nach 52 Wochen resp. nach 130 Wochen zustehenden Unterstützungen erhoben worden sind oder nicht. Dann weiter wie Abs. 3 im Entwurf des Hauptvorstandes." Zu § 15 Absatz 7 beantragt Berlin-Brandenburg: „Die Unterstützung erfolgt erst vom vierten Arbeitstage nach Eintritt der Arbeitslosigkeit." Der Hauptvorstand dagegen beantragt: „Die Unterstützung erfolgt erst vom vierten Tage an, nach Eintritt der Arbeitslosigkeit." Gießen beantragt: „Ist ein Mitglied länger als acht Tage arbeitslos, so sind die ersten vier Tage nachzuzahlen resp. tritt die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage an in Kraft. Für Aushülfsarbeit wird keine Unterstützung gewährt; dieselbe läuft jedoch weiter, wenn die Aushülfe beendet ist."

Spliedt-Hamburg wendet sich gegen alle Anträge, die eine weitere Belastung der Kasse des Verbandes zur Folge haben, und bittet, diese Anträge abzulehnen und die Anträge des Hauptvorstandes anzunehmen. Ihm pflichten verschiedene Redner bei.

Der Antrag Leipzig zu § 15 Absatz 7 wird zurückgezogen. Der Antrag Berlin-Brandenburg wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Alle übrigen Anträge auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sind abgelehnt. Der Antrag Darmstadt zu § 15 Absatz 3 wird zurückgezogen, der Antrag des Hauptvorstandes angenommen.

Zu § 15 Absatz 8 beantragt Breslau: „Tritt die Arbeitslosigkeit infolge von Maßregelung, Streiks, Aussperrung oder sonstiger Verbandstätigkeit ein, so ist die Unterstützung im Einverständnis mit dem Hauptvorstand auch dann zu gewähren, wenn das betreffende Mitglied ausgesteuert ist. Auch bei kürzerer Mitgliedschaft kann Unterstützung gewährt werden." Der Antrag wird angenommen.

Bezüglich der Reiseunterstützung beantragt der Hauptvorstand: „Reiseunterstützung wird gewährt a) Mitgliedern, die innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Ver-

bande beitreten, dem Verbande 26 Wochen angehören und für 26 Wochen Beiträge gezahlt haben, im ersten Jahre der Mitgliedschaft bis zu 15 M. Die auf Grund dieser Bestimmung bezogene Summe ist anzurechnen, so daß die Höchstsumme der Unterstützung innerhalb 52 Wochen nicht überschritten wird." Der Antrag des Hauptvorstandes wird angenommen. Der Antrag Osnabrück wurde zurückgezogen. Dagegen wird noch ein Antrag Leipzig angenommen: „Allen anderen Mitgliedern, die dem Verbande 52 Wochen angehört und 52 Wochenbeiträge bezahlt haben, nach Maßgabe des § 15 Abs. 2 und 3." Ferner soll noch im Statut die Zahl der Orte vermehrt werden, in denen ein längerer Aufenthalt statthaft ist.

Bezüglich der Krankenunterstützung beantragt der Hauptvorstand, es beim alten zu belassen, d. h. Krankenunterstützung nach der vierten Krankheitswoche zu bezahlen. Eine Reihe Orte hat Anträge gestellt, die darin gipfeln, eine Verkürzung der Karenzzeit bezw. Erhöhung de rKrankenbeiträge zu beschließen. Die Anträge werden abgelehnt bezw. zum Teil zurückgezogen. Der Antrag des Hauptvorstandes ist damit angenommen. Zu § 23 Absatz 1 wird folgender Antrag des Hauptvorstandes angenommen: „Mitglieder, die dem Verbande 52 Wochen angehört und 52 Wochenbeiträge bezahlt haben, kann bei ärztlich beglaubigten Krankheitsfällen eine Unterstützung von 75 Pfennig pro Tag, 4,50 Mark pro Woche, und zwar auf die Dauer von 10 Wochen, innerhalb 52 Wochen jedoch nur der Höchstbetrag von 45 Mark, gewährt werden." Ein Zusatzantrag Leipzig, statt „ärztlich" zu setzen: „von der Verwaltung" wird abgelehnt.

Zu § 23 Absatz 3 wird dann noch ein Antrag des Ausschusses angenommen: „Auch können den Mitgliedern, welche durch Unfall oder Invalidität ärztliche Atteste zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Ansprüche benötigen, die Kosten hierfür gewährt werden."

Bezüglich der Verwaltung des Vorstandes wird beschlossen, daß der Vorstand aus neun Personen besteht inkl. des Redakteurs, der Sitz und Stimme hat. Zur Einberufung der Verbandstage wird von Leipzig beantragt: „Ein außerordentlicher Verbandstag ist dann einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder durch Unterschrift oder der Hauptvorstand und der Ausschuß gemeinsam es verlangen." Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag der Berliner, das Protokoll den Mitgliedern gratis zu liefern, wird abgelehnt. Dagegen wird auf Antrag Frankfurt beschlossen, für die Folge auch die Gauleiter zu den Verhandlungen des Verbandstages hinzuzuziehen, aber nicht Stimmrecht zu gewähren.

Bezüglich der Wahl der Mitglieder zum Verbandstag beantragt der Ausschuß: „Bis zu 150 Mitgliedern ist ein Delegierter zum Verbandstag zu entsenden; auf jeden weiteren Delegierten muß die Durchschnittsmitgliederzahl von 200 voll entfallen." Der Antrag wird angenommen.

Damit ist die Statutenberatung erledigt. Das neue Statut tritt am 1. Januar 1907 in Kraft.

Soziales.

Unterliegen „kalte Mamsells" dem Arbeiterschutz für Gastwirtsangestellte?

Für sozialpolitisch von Bedeutung erklärte das Kammergericht dieser Tage die Entscheidung in einer Strafsache gegen den Restaurateur Schöneberg. Die Bekanntmachung des Bundesrates vom 23. Januar 1902, betreffend die Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften, enthält unter anderen Schutzgebieten auch solche über die inne zu haltenden Pausen. Nach der Nummer 7 der Verordnung gelten als Gehülfen und Lehrlinge im Sinne der Verordnung solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche im Betriebe der Gast- und Schankwirtschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Büfett oder mit dem Fertigmachen kalter Speisen beschäftigt werden. Der Gastwirt Schöneberg sollte bezüglich seiner drei Dienstmädchen, die als „Mädchen für alles" gemietet waren, die Vorschriften der Verordnung über die Pausen übertreten haben. Das Landgericht sprach ihn mit folgender Begründung frei: Nach der oben zitierten Nummer 7 der Verordnung fielen die Mädchen nicht unter dieselbe. Sie könnten nicht als Köche beziehungsweise Köchinnen in deren Sinne gelten. Keine von ihnen habe die Kochkunst erlernt. Das eigentliche Kochen besorge die Wirtin selber, die Mädchen leisteten dabei nur Hülfe. Auch die kalten Speisen mache die Wirtin ebenfalls fertig. Die Mädchen brächten sie ins Lokal oder an das Büfett, leisteten auch bei diesem Fertigmachen lediglich mal Hülfe. Ihre Hülfeleistungen beim Bereiten kalter Speisen und beim Kochen machten sie weder zu kalten Mamsells noch zu Köchinnen. Die Hauptaufgabe der Mädchen bestehe in anderen Küchendiensten, auch hätten sie gewöhnliche häusliche Dienste zu verrichten, so zum Beispiel das Geschirrreinigen und das Reinigen der Schankräume und anderer Räume. Dies weise sie in ihrer Stellung überwiegend dem Gesinde zu.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt, nachdem der Vorsitzende auf die sozialpolitische Bedeutung der Sache hingewiesen hatte: Gerade in Restaurationswirtschaften pflegten die Dienstmädchen, die sich der Wirt angeblich für die Familie halte, für das Gewerbe benutzt zu werden. Es frage sich nun, wieweit die Schutzvorschriften, die nach den Bundesratsbestimmungen für die in ihrer Nummer 7 genannten Klassen von Angestellten gegeben seien, sich auf solche Mädchen beziehen könnten. Der Vorderrichter sage, die Mädchen seien hier überwiegend Gesinde gewesen. Das wäre die erste Streitfrage. Wenn jemand Gesinde in seinem Gewerbe benutze, so benutze er eben Gesinde nicht als Gesinde, sondern gewerblich. Wenn nun ein Mensch, der eine verhältnismäßig kleine Wirtschaft habe, sich drei Dienstmädchen halte, dann habe das gegen sich den Verdacht, daß er sie nicht in der Familie brauche, sondern anderwärts, und wenn neben der Familienwirtschaft noch ein Gewerbebetrieb sei, daß sie in dem Gewerbebetrieb benutzt würden. Das Landgericht meine, die Mädchen seien mit dem Reinigen von Geschirr und von Räumen beschäftigt worden, und das sei eine Gesindetätigkeit. Das wäre aber nicht durchaus richtig. Das Landgericht hätte feststellen müssen, ob das von den Mädchen gereinigte Geschirr und die gereinigten Räume mit der Familienwirtschaft oder mit dem Geschäftsbetriebe zusammenhingen und in welchem Maße. Danach werde sich erst feststellen lassen, ob der Charakter als Gesindetätigkeit oder als gewerbliche Tätigkeit überwog. Eine Entscheidung wäre indessen mit dieser Feststellung noch nicht getroffen, da sich ja die Bundesratsbestimmungen nur auf bestimmte Arten der Gastwirtschaftsangestellten bezögen (Nr. 7). Es frage sich hier, ob es sich vorliegend um Köche oder Kochlehrlinge oder sogenannte „kalte Mamsells" handele. Unter die „Köche" im Sinne der Verordnung fielen auch Köchinnen. Das Landgericht stütze sich nun darauf, daß die Wirtin selber gekocht habe und die Mädchen nur Hülfe geleistet hätten, durch vorbereitende Handlung oder Fertigmachen. Im Gegensatz zum Landgericht nehme aber der Senat an, daß diejenigen, die beim Fertigmachen warmer Speisen für die Gastwirtschaft benutzt würden, indem sie so oder so Hülfe leisteten, unter die Köche oder Köchinnen im Sinne der Bundesratsverordnung fielen. Als Koch in diesem Sinne werde nicht nur der beschäftigt, der den Braten wende und begieße, sondern z. B. auch der, der ihn so vorbereite, wie er in den Bratofen geschoben werden müsse. Das Zurechtmachen, Spicken usw. gehöre zur Kochtätigkeit. Wenn die Mädchen mit solchen oder ähnlichen Verrichtungen beschäftigt worden wären, und sei es auch unter Leitung und nach Anweisung der Wirtin, dann fielen sie unter die Bestimmungen des Bundesrates für die Köche. Das Landgericht müsse das näher nachprüfen.

Die Warnungen ausländischer Arbeiter wirken.

Agenten, die früher ein sehr einträgliches Geschäft mit dem Anwerben von russisch-polnischen Landarbeitern gemacht haben, klagen, wie uns aus Ostpreußen geschrieben wird, lebhaft über Geschäftsstillstand. Einige dieser Geschäftsleute aus ostpreußischen Städten haben Pleite gemacht und sich anderen weit ehrlicheren und nützlicheren Berufen zugewandt. Hören wir, welche Gründe diese Agenten selbst dafür angeben, daß es immer schwieriger wird, russisch-polnische Landarbeiter für die ostelbischen Junker zu beschaffen:

Während früher ganze Arbeitertrupps in den Grenzorten den von ländlichen Arbeitsnachweisen Beauftragten in die Arme liefen, ohne viel nach den Arbeits- und Lohnbedingungen zu fragen, sondern froh waren, wenn sie nur erst im Eisenbahnzug saßen und ihrer neuen Arbeitsstelle entgegenfuhren, sind die Leute **jetzt sehr vorsichtig und mißtrauisch geworden.** Sie wollen einen in polnischer Sprache übersetzten Vertrag sehen. Es gelingt den Agenten oder Transporteuren nicht immer, sie damit bis zu ihrer Ankunft auf dem Gut zu vertrösten. Sehr oft nehmen die Polen Anstoß an verschiedenen Paragraphen dieser sogenannten Verpflichtungsscheine. Sie treten entweder gar nicht die Reise, oder wenn sie schon an Ort und Stelle sind, die Arbeit nicht an. Die ehemaligen Agenten behaupten, **wenn der Inhalt der von den Landwirtschaftskammern herausgegebenen Verpflichtungsscheine jenseits der schlesischen Grenze den Arbeitern mehr bekannt wäre, würden noch viel weniger ausländische Arbeiter als bisher nach Deutschland kommen.** Es sei an einige Vorschriften aus solchen uns zur Verfügung gestellten Verpflichtungsscheinen des Arbeitsnachweises der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen für russisch-polnische Arbeiter von der schlesischen Grenze bei Gewährung von Barlohn, Kartoffeln, Milch und Brot erinnert.

Gleich im § 1 heißt es da: die Unterzeichneten treten vom Frühjahr ab, — der Tag des Antritts bleibt den Bestimmungen des Dienstherrn überlassen — bis zum 8. Dezember spätestens in Arbeit und verpflichten sich, jede ihnen übertragene Tages- und Akkordarbeit **mit gewissenhafter Treue und mit Fleiß auszuführen. Den Schluß der Kontraktzeit bestimmt der Arbeitgeber.**

Nach § 2 dauert die tägliche Arbeitszeit von morgens [illegible] Uhr bis abends ortsüblich. — Ortsüblich ist bekanntlich meist auf dem Lande bis abends 9, 10, auch 11 Uhr, unterbrochen durch eine Stunde Mittags-, ½ Stunde Frühstücks- und Vesperpause. — In dringenden Fällen haben die Arbeiter auch außer diesen Stunden — also des Nachts — auf Verlangen des Arbeitgebers gegen eine Entschädigung von 15 Pf. für die Ueberstunden (Mädchen und Frauen 10 Pf.) zu verrichten. Leute, die ein Gespann übernehmen müssen, erhalten für jeden Sonn- oder Feiertag 50 Pf. extra. Wer gegen die Bestimmungen dieses Paragraphen verstößt, dem wird für jeden einzelnen Fall 1 M. Strafe auferlegt.

Wer nun 14 bis 16 Stunden treu und fleißig gearbeitet hat, erhält nach § 3 auch einen Tagelohn, und zwar Männer, welche mähen können, für diesen langen Tag 1,60 M., während der sechswöchigen Getreideernte 2 M. pro Tag. Mädchen, Frauen und Burschen über 14 Jahre erhalten pro Tag 1,10 resp. 1,50 M. Damit die Arbeiter nun trotz aller Aufsicht doch nicht etwa schonend mit ihren Arbeitskräften verfahren, ist für die meisten Arbeiten ein so niedrig bemessener **Akkordsatz** festgesetzt, daß nur die kräftigsten und geschicktesten Arbeiter den oben angeführten Tagelohn erreichen.

Ganz so hartherzig, wie es aussieht, sind die Großgrundbesitzer, die ihre heimischen Arbeiter vertrieben haben, nun aber doch nicht. Außer den vorgenannten Lohnsätzen wird nach § 4 jedem Arbeiter nach Uebereinkunft 1 Liter Magermilch (lies Schleuder- oder Sauermilch) täglich gewährt. Weiter erhält jeder **pro Woche** 25 Pfund Kartoffeln und 6 Pfund Brot. Wenn man bedenkt, daß unter den im Frühjahr und anfangs Sommer verabfolgten alten Kartoffeln reichlich ein Drittel schlechte sind, so hat jeder Arbeiter, auf 14 Mahlzeiten die Woche verteilt, je 1¾ Pfund, oder die schlechten abgerechnet, noch nicht 12 Kartoffeln zu jeder Mahlzeit, und pro Tag noch nicht ein Pfund Brot. Das Fehlende und alle übrigen Zutaten müssen von dem wenigen Lohn zu sehr teueren Preisen gekauft werden. Der Großmut der Agrarier den ausländischen Arbeitern gegenüber geht aber noch weiter. Es gibt eine gemeinschaftliche Schlafstätte frei und für jede Person eine Strohmatratze, sowie eine Wolldecke. Ferner wird eine gemeinschaftliche Feuerstelle zum Kochen und Waschen sowie Brennmaterial (nasses Strauchwerk) gewährt.

Nach § 7 wird jedem Arbeiter in den ersten zehn Wochen bei jeder wöchentlichen Lohnzahlung eine **Kaution** von 2 M. **einbehalten,** die erst bei der **ordnungsmäßigen Entlassung** fällig wird. **Davon werden dann aber 11 M. Reisegeld abgezogen.** Daß es aber durchaus schwierig ist, ordnungsmäßig entlassen zu werden, beweist der § 8 mit der Ueberschrift:

„Gehorsam".

Es verspricht ein jeder Arbeiter, den Anordnungen des Arbeitgebers **unbedingten Gehorsam** und ist damit einverstanden, daß sein Rechtsverhältnis zum Arbeitgeber, soweit dieser Vertrag nichts bestimmt, in jeder Beziehung der am Orte bestehenden **Gesindeordnung** unterworfen sein soll. **Hingegen ist der Arbeitgeber berechtigt, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen:** wenn ein Arbeiter a) den dienstlichen Anordnungen des Arbeitgebers oder dessen Vertreters selbst auf zweimalige Aufforderung nicht Folge leistet, b) wenn er denselben beschimpft oder sich gar tätlich widersetzt, c) wenn eine unverheiratete Person schwanger wird, d) wenn der Arbeiter zu den verdungenen Arbeiten sich als unfähig erweist, e) wenn er sich der Aufwiegelei schuldig macht. Für kleine Zuwiderhandlungen gegen die Hausordnung werden für jeden Fall 50 Pf. Strafe vom Lohn abgezogen. Daß die ausländischen Arbeiter sich von den Gutsbesitzern und deren Inspektoren prügeln lassen müssen, steht zwar in den Verpflichtungsscheinen nicht. Das wird aber als selbstverständlich von manchem Arbeitgeber betrachtet. Ebenso selbstverständlich ist es auch, daß die meisten ausländischen Arbeiter nicht imstande sind, langwierige Prozesse gegen betrügerische Besitzer zu führen, weil sie einen Teil des rückständigen Lohnes und die Kaution bei ihrer Entlassung nicht ausgezahlt bekommen.

Wenn diese vorstehenden Bestimmungen der Kontrakte nur erst allen ausländischen Arbeitern in ihrer Heimat bekannt sein werden, dann können sich unsere Junker bald ausländische Landarbeiter malen.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker Deutschlands

sind weiter eingegangen:

Von vier Genossen der Firma Paß u. Garleb, Kurfürstenstraße 1,80. Vom Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter auf Listen: 1733 2,50, 1735 19,50, 1737 10,30, 1739 12,10, 1740 12,15, 1741 7,10, 1743 19,95 (83,00). — Von den Kollegen der Gießerei Giesecke, Pankow, durch Oswald 16,70. Verband der Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen, 1. Rate 100,—. Verband deutscher Brauereiarbeiter auf Listen: 2634 Viktoria II, Stralau 10,60, 2639 Münchener Brauhaus 12,75, 2626 Gregory 7,75, 2657 Löwenbrauerei 11,50, 2661 Enders-Weißensee 3,05, 2647 Vereinsbrauerei 22,45, 2672 Kaiserbrauerei 4,05, 2636 Habel 4,60, 2610 Bock I 3,25, 2669 Feldschloß-Lichterfelde 4,50, 2670 Genossenschaftsbrauerei-Friedrichshagen 3,55, 2656 Böhow 9,30, 2625 Germania 4,20, 2660 Stadtbrauerei 5,— (107,55). — Liste 165 Bergemann 12,75. Liste 175 von den Kollegen der Firma Flohr, Abt. Müller u. Krüger 22,50, 176 Tischlerei I do. 12,90, 177 Tischlerei II do. 13,65, 178 Dreherei I do. 19,25, 180 Auto-Bau do. 50,—. Liste 2419 vom Personal der Buchdruckerei Bernhard Paul, Wilhelmstr. 145 15,45. Von den Kollegen der Firma Senger 5,—. Liste 2918 Bau Schmidt, Boppstraße 9 10,85, Liste 2421 von Verbandsmitgliedern der Buchdruckerei Bützenstein 32,25. Von den Arbeitern der Möbelfabrik Kümmel 55,—. Von den Kollegen der Möbelfabrik Stern 15,15. Liste 2401 vom Personal der Buchdruckerei Paß u. Garleb, Stegliterstraße 11 40,—, Liste 2417 vom Personal der Firma Belling, Buchdruckerei 6,65. Von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Bergmann auf Listen: 34 Abteilung Spielhagen 11,90, 35 Abteilung Richter 5,05, 38 Abteilung Nicolaus 5,90, 39 Abteilung Müller 10,35, 40 Abteilung Schwarz 24,25, 41 Abteilung Brauer 25,45, 43. Abteilung Döhring 7,75, 45. Abteilung Schwieger 13,35, 46. Abteilung Ehrke 9,70, 47 Abteilung Prieve 4,55, 48 Abteilung Schulz 9,90, 27 Abteilung Franke 14,80. Liste 32 von den Kollegen der Firma Sponholz u. Brede 14,85. Liste 29 von den Kollegen der Firma Fischer u. Krüger, Petersburger Platz 4 6,47. Liste 2389 vom Personal der Firma Möller u. Borell 7,10. Liste 625/6 von den Kollegen der Firma Senkler 29,—. Liste 2690 von den Kollegen der „Neuen Berliner Messingwerke" 17,85. Rauchklub „Fidele Brüder", Friedrichsfelde 5,—. Tischlerei Bönisch u. Co., Fruchtstr. 35 5,—. Verband deutscher Tabakarbeiter, 1. Rate 50,—. Ueberschuß einer Kranzsammlung der Kollegen u. Kolleginnen v. Mix u. Genest 16,80. Vierprozente der Bautischlerei von Kirschstein, Spandau 7,50. Von den Lithographen der B. A. G. 10,—. Von den zentralisierten Lederarbeitern, Weißgebern und Färbern, Berlin I 100,—. Liste 594 von den Kollegen der Firma Hentsche u. Buchholz 12,45. Liste 2454 vom Personal der Buchdruckerei Regenhard 5,—. Liste 2392 vom Personal der Buchdruckerei Marschner, Alexandrinenstr 110 14,10. Liste 1064 von den Kollegen der Bautischlerei Grün u. Hettwich 29,75. Liste 2415 vom Personal der Buchdruckerei Bänsch 10,20. Liste 2930 von d. Maurern am Kirchenbau Markeineckeplatz 17,05. Liste 2398 von den Verbandsmitgliedern der Buchdruckerei Liebheit u. Thiessen 11,10. 596/7 durch Rimkus 25,55. Liste 2880 von den Kollegen der Firma A. Hase 23,60. Von den Kollegen der Firma Moldenhauer Söhne, Modelltischlerei, Sechierkasse, 1. Rate 20,— Liste 2883 von einigen Taglchneidern der Firma Peek u. Cloppenburg 9,20. Liste 2930 von den Tischlern der Firma Wegner, Schöneberg 21,70. Vom Zentralverband der Steinarbeiter Berlin I, 1. Rate 50,—. Von den Kollegen der Buchdruckerei Koebke 5,50. Liste 2928 von den Arbeitern der Möbelfabrik Siegmann u. Co. 11,55. Liste 2460 von den organisierten Arbeitern der Firma Joachim u. Co. 8,50. Vom Gesangverein „Neu Erwacht", Ueberschuß von Matinee 29. 10. 05 7,50. Liste 1069 von den Kollegen der Firma Stein u. a. 7,55. Von den Kollegen der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik auf Listen: (266,55) 707 Abt. Bülow 26,35, 708 Abt. Hitzler 21,90, 710 Abt. Bülow 7,40, 711 Abt. Orban u. Paetsch 26,95, 712 Abt. Eggers 20,40, 713 Abt. Ulbrich 44,20, 714 Abt. Lewony 27,35. 715 Abt. Rister 34,25, 716 Abt. Roloff-Böhlken 57,75. Liste 2409 von den Kollegen der Buchdruckerei Walter 6,15. Von den Kollegen der Möbelfabrik Jakes u. Co. 12,70. Von den Kollegen der Buchdruckerei Gebhardt, Jahn u. Landt, Schöneberg 11,—. Von den Kollegen der Werkstatt Becker, Skalitzerstraße 12,40. Liste 3258 von den Kollegen der Firma Weinert, Muskauerstraße 21,50. Reichs-Adreßbuch Mosse, 2. Rate 10,40. Landpartie der Firma Baer, amerikanische Auktion durch Heidtke 13,—. Liste 909 von den Kollegen der Gardinenstangenfabrik König 12,—. Liste 2772 durch Frost von Küterbusch 22,05. Von den Kollegen der Möbelfabrik Gustav Zache 12,45. Listen 2470, 2453, 1312, 2471, 2472 Guttenberg 78,10. Von den Herrenschneidern der Firma Gerson 20,—. Liste 717 7,—. Liste 718 14,30. Liste 723 Bau Lembacher durch O. Heyn 6,25. Liste 724 (darunter Bau Karmann, Heilbronnerstraße, durch Neumann 8,50 und Bau Wallnich 3,—) 25,75. Liste 2425 Personal der Unionbuchdruckerei, 2. Rate 8,75. Liste 2426 Personal der Buchdruckerei Wittel 8,70. Von den Tischlern, Maschinenarbeitern und Bildhauern Schachtmeyer u. Co. 16,50. Von den Arbeitern der Möbelfabrik Geißler 6,—. Liste 1121 von den Kollegen der Firma Klar u. Schulz 3,40. Liste 1110 von den Kollegen der Möbelfabrik Lennig u. Jahko 16,80. Liste 2945 von den Kollegen der Tischlerei Röthling 11,40. Von den Kollegen der Bautischlerei Plagemann 20,—. Von den Arbeitern der Firma Hellert, Dachdeckungsgeschäft durch Kunalch (1,— unbekannt) 6,00. Liste 2480 „Konfektionär"-Abtlg. Buchdr. O. Elsner 12,75. Liste 2393 Liffas Erben 8,55. Von den Arbeitern der Möbelfabrik Groschkus 76,95. Werkstatt Nissen 6,95. Liste 2487 von den Kollegen der Buchdruckerei R. Boll 18,25. Liste 2885 von den Kollegen der Firma Möhring 14,50. Bier-Proz. der Tischlerei A. Zahn, Wienerstr. 10 30,—. Von den Kollegen der Tischlerei Krebs, 5 Pf.-Kasse 6,—. Liste 1067 von den Kollegen der Tischlerei Müller u. Schmelzer 7,—. Liste 2490 von den Kollegen der Buchdruckerei A. Scholem, Roßstr. 3 3,25. Bau Melchiorstr. 27 5,25. Liste 2944 von den Kollegen der Firma Hauschild, Gießerei Stralau 13,75. Liste 599 Personal der Deutschen Bootsmacht Stralau 9,40. Liste 2458 vom Personal der Buchdruckerei Louis Borchardt 17,70. Liste 3261 von den Kollegen der Tischlerei Nößler u. Schmidt 11,40. Liste 2919 vom Bau Potsdamer Platz, darunter Gastwirt Ziehe 15,—, 32,80. Liste 1111 von d. Kollegen der Möbelfabrik Gurisch 16,25. Liste 2922 von den Verbandsmitgliedern der Buchdr. Gutenberg, Lützowstraße 105, 1. Rate 26,—. Liste 2432 Setzerpersonal der „Vossischen Zeitung", 2. Rate 41,50. Von den Kollegen der Firma Fahl, Stammgeschäft 20,—. Von den Kollegen der Möbelfabrik Markwith, Bierprozente 40,—. Listen 679, 680, 686 von den Kollegen der Anhaltischen Maschinenfabrik 50,40. Liste 2422 von den Kollegen der Buchdruckerei Bernstein 18,—. Liste 2943 von den Kollegen der Buchdruckerei Paß u. Garleb, Kurfürstenstraße 3,20. Liste 2904 von den Kollegen der Möbelfabrik A. S. Ball 14,10. Liste 2903 von den Kollegen der Gießerei Giesecke, Pankow, 2. Rate 15,80. Liste 2428 von den Kollegen der Buchdruckerei Schumacher 14,50. Liste 2405 von den Maschinenmeistern der „National-Zeitung" 16,35. Liste 698 von den Koll. der Firma Mix u. Genest, Schleiferei 13,00. Liste 3263 von den Kollegen der Firma Glasenap, Maurer 12,—. Vom Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann 95,35. Liste 2488 Setzer und Stereotypie „Deutsches Blatt" 15,85. Liste 2464 Setzer „Neueste Nachrichten" 10,85. Liste 600 von Herrn Eckardt 7,30. Liste 1114 von der Tischlerei Neumann u. Bunar, Lausitzerplatz 50,—. Vom Verband der Vergolder, Filiale Berlin, a Konto auf Listen 100,—. Liste 2465 von den Druckern der Buchdruckerei Mosse 14,95. Liste 3154 von den Kollegen der Buchdruckerei Wilhelma 8,15. Liste 2437 von den Kollegen der Buchdruckerei Lenz u. Co. 4,25. Von den Kollegen der Buchdruckerei Harrwitz 5,10. Listen 2445—49 vom Personal der Firma E. S. Mittler u. Sohn 60,10. Liste 2481 Buchdruckerei „Post" 19,45. Liste 1101 von den Kollegen der Bautischlerei G. Meyer 15,40. Liste 2455 von den Kollegen der Buchdruckerei G. Schenck Nachf. 7,25. Liste 1113 von den Kollegen der Tischlerei C. Müller, Köpenickerstr. 109a 21,—. Liste 2484 „Tag" 6,80. Liste 2485 „Berl. Lokal-Anzeiger" 16,—. Liste 1725. Deutscher Kürschnerverband, Zahlstelle Berlin 37,70. Listen 1707—11, 13—15, 17, 18, 21 von den Kollegen des Kürschnerverbandes, Zahlstelle Berlin 57,95. Von den Kollegen der Tischlerei Schmidt, Kottbuser Ufer 5,80. Liste 2961 Möbelfabrik Eiche, 2. Rate 10,20. Von den Kollegen und Kolleginnen der Deutschen Telephonwerke auf Listen, 1. Rate 144,55. Listen 2385/6 von den Kollegen der Firma Thom, Schöneberg, 1. Rate 30,55. Vom Personal der Buchdruckerei Maurer u. Dimmick 7,60. Nr. 100,—. Von den Tischlern der Werkstatt Holtkamp u. Krüger 3,50. Liste 2450 Personal der Firma Lichtwitz 14,85. Von den städtischen Arbeitern, 1. Rate: Ortsbureau auf Liste 1803 4,—. Von den Desinfektoren Liste 1804 4,25. Von Arbeitern der Gasanstalt Müllerstraße Liste 1810 11,30. 1811 4,35. 1812 3,65. 1813 5,50. 1814 3,85. 1815 5,20. 1816 3,30. 1817 11,30. 1818 9,05. 1819 6,55. Von den Handwerkern u. Arbeitern des Zentral-Magazins Stralauerplatz, Liste 2048 5,25. 2049 21,—. Von Arbeitern der Gasanstalt Tegel auf Liste 2060 3,15. 2066 4,50. 2068 3,20. 2069 2,30. Von d. Angestellten d. Badeanstalt Barwaldstraße Liste 2180 2,25. Oderbergerstraße Liste 2181 2,40. Dennewitzstraße Liste 2183 3,15. Schillingsbrücke Liste 2184 5,—. Von der öffentl. Beleuchtung Liste 2226 9,70. Vom Verbandsbureau Liste 2227 7,— = Sa. 141,20. Verband der Kassenbeamten auf Listen: 2888 24,95, 2892 10,40, 2893 2,50, 2894 4,—, 2895 4,25, 2897 3,30, 2899 4,50, 2902 5,—, 2903 3,75, 2904 12,—, 29,05 5,—, 2906 1,—, 2907 11,—, 2908 1,50, 2909 2,25, 2911 7,35, 2913 7,—, 2914 2,25, 2916 1,—. Summa 113,— M.

Summa 3673,32 M. Bereits quittiert 2082,90 M. Im ganzen 5756,22 M.

Berichtigung. In der Quittung vom 28. Juni 1906 muß es heißen: Von den Kollegen der Firma Pintsch auf Listen 657—66, 2614—18 149,65. Ferner Liste 180 Auto-Bau, Ober-Schöneweide 50,00, nicht von den Kollegen von Flohr.

Weitere Gelder sind zu richten an

A. Körsten, Engel-Ufer 15.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus Industrie und Handel.

Gründungstätigkeit im Juni.

Gegenüber dem Monat Mai, in dem die gewerbliche Unternehmungslust zurückging, zeigt der Monat Juni wieder eine Belebung der industriellen Gründungstätigkeit. Die im Monat Mai bekannt gewordene Kapitalsumme, die durch Neugründungen und Kapitalserhöhungen dem Gewerbe zufloß, stellt sich auf 93,38 Millionen Mark. Im Juni betrug sie dagegen wieder 100 Millionen Mark. Es beanspruchten nämlich in Mark

	Mai	Juni
die Neugründungen . . .	59 182 050	68 175 900
„ Kapitalserhöhungen . .	35 168 000	34 168 700
„ Kapitalsherabsetzungen .	1 970 000	2 360 400

Trotz der skeptischen Beurteilung, die der Aufschwung im Montan- und Eisengewerbe an der Börse vielfach erfuhr, war gerade in diesen beiden Gewerben die Gründungs- resp. Erweiterungstätigkeit stärker als in den Vormonaten. Im Bergbau- und Eisengewerbe betrug nämlich das in Neugründungen angelegte Kapital 19,5 Millionen Mark, das in Kapitalserhöhungen investierte 19 Millionen, so daß sich zusammen eine Summe von 38,5 Millionen Mark ergibt gegen 20 Millionen im Mai und 28 Millionen Mark im April. Im eben vergangenen Monat entfielen also von der Gesamtsumme allein 40 Proz. auf Bergbau und Eisengewerbe, während im Vormonat der Anteil nur 22, im April gar nur 15 Proz. betragen hatte. Im Juni war die in Aktiengesellschaften investierte Summe erheblich höher als im Mai: sie betrug 73,5 Millionen Mark gegen 58 Millionen im Mai. Bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung dagegen nahm die Unternehmungslust im

Juni ab. Es wurden nur rund 29 Millionen Mark neu investiert gegen 36,4 Millionen im Mai. Außer dem Bergbau und Eisengewerbe war bemerkenswerterweise noch das Bau- und Terraingewerbe mit einem ansehnlichen Kapital an der Gesamtgründungssumme beteiligt: in acht neuen Unternehmungen wurden 7,6 Millionen Mark angelegt. Vier davon waren Gesellschaften m. b. H., auf die aber nur 265 000 M. entfielen; die übrigen waren Aktiengesellschaften. Im Bankgewerbe hat der Juni nach der Reaktion im Mai wieder etwas Anregung gebracht, wenngleich die hohen Kapitalsummen früherer Monate noch nicht annähernd wieder erreicht sind. Zirka 11 Millionen Mark flossen dem Bankgewerbe, fast ausschließlich durch Neugründungen, im Juni zu, mehr als doppelt so viel wie im Mai. Nach längerer Zeit der Teilnahmlosigkeit war im Juni wieder das Leder- sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Gegenstand des Interesses; im Ledergewerbe hat besonders die Zahl der großen Gesellschaften zugenommen: es wurden nur drei neugegründet mit einem Betriebskapital von 8,1 Millionen Mark, während im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 8,2 Millionen sich auf 15 Gesellschaften verteilen. Besonders rege war die Unternehmungslust im Brauerei- und im Zigarettengewerbe. Zu erwähnen sind endlich noch die Industrie der Steine und Erden, sowie die chemische Industrie, in denen 7 resp. 4,5 Millionen Mark neu angelegt wurden.

Der Stand der Getreidesaaten in Ungarn hat sich in der zweiten Hälfte des vorigen Monats etwas gebessert. Nach dem amtlichen Saatenstandsberichte des Ackerbauministeriums vom 1. Juli stand: Weizen 46,15, Roggen 12,95 gegen 12,88, Gerste 13,25 gegen 12,79, Hafer 11,64 gegen 11,26 Millionen Meterzentner der Schätzung vom 15. Juni. Der Bericht hebt hervor, daß infolge des Vorhandenseins von Rost die Endergebnisse für Brotfrüchte sich noch nachteilig ändern dürften. Die Maispflanze ist befriedigend, die Entwickelung geht normal vor sich; die warme Witterung läßt ein gutes Erträgnis erhoffen. Die Kartoffel liefert einen befriedigenden Ertrag.

Kanadas Außenhandel macht beträchtliche Fortschritte. Es kann auf das zu Ende gehende Geschäftsjahr mit Befriedigung zurückblicken. Die Totalziffer des Außenhandels wird sich nämlich auf etwa 550 000 000 Doll. stellen, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von etwa 80 000 000 Doll. bedeutet. Bis zu Ende Mai hatte sich der Gesamtaußenhandel bereits auf 483 000 000 Doll. bewertet, eine Zunahme gegen die korrespondierende vorjährige Periode um 74 000 000 Doll. Für das Fiskaljahr 1904—1905 betrug die Totalziffer 470 000 000 Doll.

Prozeß wegen Muttermordes gegen Jordy.

In der gestrigen Verhandlung bekundeten zunächst mehrere Zeugen, die alte Frau Jordy habe den Besitz größerer Geldsummen niemand verheimlicht, sondern damit gewissermaßen geprahlt. Eine Zeugin hat die alte Frau sogar einmal gewarnt, mit anderen Leuten darüber zu sprechen.

Erregung der jungen Frau Jordy.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Pusch: Frau Liesbeth Jordy, treten Sie einmal vor! Mir ist mitgeteilt worden, daß Sie sich gestern hier an Gerichtsstelle mehreren Zeugen gegenüber höchst unliebsam geäußert haben. Wenn das noch einmal vorkommt, dann werden Sie in eine Ungebührstrafe genommen. — Zeugin Liesbeth Jordy: Ich habe meine Kinder nicht verfaulen lassen, wie hier behauptet worden ist! — Präs.: Das ist eine andere Frage. Hier haben Zeugen unter ihrem Eide ausgesagt und es wäre ja noch schöner, wenn die Zeugen wegen ihrer Aussagen von anderen Zeugen belästigt werden sollten. — Liesbeth Jordy: Als Mutter muß mich ein solcher Vorwurf aber erregen!

Vermögensverhältnisse des Angeklagten.

Der Gastwirt Stemmler hat das Lokal von dem Angeklagten für 1300 M. gekauft. Das Lokal sei heruntergekommen, er habe es wieder in Schwung gebracht. Der Angeklagte selbst habe ihm wiederholt gesagt, daß es nur an seiner Frau liege. Nachdem Zeuge Besitzer des Lokals war, habe er dem Angeklagten einmal Vorhaltungen gemacht, weshalb er nun gar nichts tue und nicht arbeite. Jordy habe hierauf geantwortet: Ach, meine Mutter hat ja noch Geld genug, sie hat mir erst vor einigen Tagen 1000 M. gezeigt. Sie hat sie in ein Taschentuch eingewickelt, wie es die Frauen außerhalb machen. Er selbst (Jordy) habe auch noch 1000 M. gehabt, wenigstens habe er dies gesagt. Dies sei Ende Januar gewesen. Zeuge glaubt nicht, daß Jordy in dem Schankgeschäft habe Ersparnisse machen können.

Der Zeuge Fournier, Handelsrichter und Besitzer der Tegeler Eiswerke, bekundet folgendes: Er habe das Jordysche Eisgeschäft zum Preise von 1900 M. gekauft und nur, wie es bei derartigen Verkäufen üblich sei, 100 M. angezahlt, da es vorkomme, daß die Kundschaft von dem Verkäufer nochmals verkauft werde. Jordy habe ihm gesagt, er brauche das Geld nicht so nötig, da er von seinen Schwiegereltern unterstützt werde. Das J.'sche Geschäft wäre verhältnismäßig gut gewesen, nur sei der Angeklagte kein Geschäftsmann gewesen. Unter seiner Kundschaft hätten sich viele Lokale mit Kellnerinnenbedienung befunden. Wenn Jordy, wie es üblich ist, seine Kundschaft besuchte, so habe er stets mehr Geld ausgegeben, als er verdiente.

Der Angeklagte Jordy bestreitet derartige Vorfälle. „Wenn ich jahrelang Eis geliefert habe, so muß ich doch wohl mal eine Flasche Wein und ein anständiges Frühstück springen lassen."

Die Eheverhältnisse.

Gastwirt Fritz Gossow, der den Angeklagten kennt, hat von dem Angeklagten mehrfach Klagen über seine Ehefrau gehört. Er habe wiederholt über seine Frau räsonniert. Der Angeklagte habe ihn sogar einmal aufgefordert, einen anonymen Brief an seinen Schwiegervater zu richten, aus dem die Schwiegereltern erkennen sollten, daß die Schuld an seinem Zerwürfnis die Frau trage. Der Zeuge hat dies Ansinnen aber abgelehnt.

Auf Anordnung des Vorsitzenden werden die bei dem Angeklagten gefundenen Goldstücke aus der Verwahrungsstelle herbeigeschafft und der Sachverständige Dr. Artur Schulz wird ersucht, ein Vergrößerungsglas herbeizuschaffen und die

Goldstücke auf Blutspuren zu untersuchen.

Kriminalkommissar Braun erklärt dazu, daß er nach der Auffindung des Geldes jedes einzelne Goldstück genau angesehen und mit bloßen Augen Blutspuren nicht entdeckt habe. — Zeugin Frau Marie Jordy, die

Tante des Angeklagten,

bei der dieser die letzte Zeit gewohnt hat, sagt aus, daß der Angeklagte ihr einmal zu der Zeit, als er noch das Schankgeschäft hatte, die Frau aber schon von ihm weg war, zehn Hundertmarkscheine zur vorübergehenden Aufbewahrung gegeben habe. (Vor dem Untersuchungsrichter soll sie von sechs Hundertmarkscheinen gesprochen haben.) Von der Aufbewahrung einer Geldsumme hinter dem Ofen hat die Zeugin nichts gewußt, sie

bestätigt dagegen, daß ein Taschentuch mit dem Zeichen „O. St." unter der Wäsche des Angeklagten sich befand,

welches sie wiederholt gewaschen hat. Einige Wochen vor dem Morde habe ihr der Angeklagte gesagt, er besitze noch etwa 1000 M. Richtig sei es, daß die alte Frau Jordy mit ihrem Gelde gern renommierte.

Bahnsekretär a. D. Kraft: Einmal habe Jordy in Gegenwart seiner Mutter sehr geklagt. Die alte Frau Jordy habe hierauf geantwortet: Aber lieber Max, Du gehst doch nicht unter. Komme doch wieder her und hilf dem Vater beim Eisen. Im Frühjahr wirst Du Dir schon wieder Fuhrwerk anschaffen können. Der Angeklagte habe ihm wiederholt gesagt, er wolle eine Stellung als Kassierer oder Hausdiener in einem Warenhause annehmen, da ihm die schwere Arbeit nicht mehr passe. Er (Zeuge) sei auch mit ihm nach der Chausseestraße gegangen, wo sich Jordy bei einer Versicherungsgesellschaft als Kassierer beworben hatte. Einmal habe ihm Jordy in ein schmutziges Taschentuch eingewickelt eine Rolle Goldstücke gezeigt und dabei gesagt: „Na, vorläufig kanns mir ja nicht schlecht gehen, ich habe ja noch hier."

Rechtsanw. Dr. Löwenthal: Herr Zeuge, was haben Sie denn eigentlich gedacht, als Sie von dem Morde in der Zeitung lasen und daß der Angeklagte der Mörder sein sollte? — Zeuge: „Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Jordy ist viel zu feige,

der holt keine Katze aus dem Backofen."

Staatsanw.: Woraus schließen Sie denn, daß Jordy feige ist? — Zeuge: Na weil er sich

von seiner früheren Schwägerin hat verhauen

lassen. — Vert.: Was halten Sie denn von dem Angeklagten? — Zeuge: Er ist ein Mann, den man nur achten kann. Er ist mir als ein sehr nüchterner, anständiger und ruhiger Mann bekannt, dem ich eine solche Tat nicht zutrauen kann.

Staatsanwaltliche Bedenken.

Staatsanwalt Tolki: Es ist doch eigentümlich, daß der Zeuge das Geld bei dem Angeklagten gesehen haben will, wo doch der Angeklagte selbst behauptet, daß er das Geld in dem schmutzigen Taschentuch hinter dem Ofen bewahrte und wo doch selbst seine Tante dies Geld niemals gesehen hat. Es ist auch auffällig, daß der Angeklagte sich so spät auf diesen Zeugen besonnen hat, und daß die Frau des Angeklagten, die doch öfter Gelegenheit gehabt hat, den Mann im Gefängnis zu besuchen, erst so spät sich brieflich an den Zeugen gewandt hat. — Angekl. Jordy: Man denkt doch auch nicht immer an alles. — Präs.: Sie haben doch nichts zu tun gehabt, als über Ihre Angelegenheit nachzudenken. — Angekl.: Ich habe gearbeitet, aber kräftig. — Rechtsanwalt Dr. Löwenthal bittet, die späte Benennung des Zeugen auf sein Konto zu setzen. Das sei darauf zurückzuführen, daß er die Akten erst so spät bekommen, teilweise handelte es sich auch um Fragen der Taktik. —

Hatte Angeklagter Geld?

Ein anderer Zeuge, Arbeiter Sommerein will auch bei dem Angeklagten vor dem Morde eine Geldsumme in Höhe von 1000—1300 M. gesehen habe.

Der vom Staatsanwalt vorgerufene Dachdecker Heine bekundet auf Befragen: Unmittelbar nach dem Morde habe der alte Jordy, als die Goldstücke bei dem Sohne gefunden waren, ihm gesagt, er könne nicht glauben, daß der Sohn noch Geld besitze. — Kriminalkommissar Hoppe bestätigt dies. — Der alte Jordy erklärt, daß er unmittelbar nach der Mordtat natürlich sehr aufgeregt war und damals auch über die Geldverhältnisse des Sohnes nicht so orientiert war als jetzt.

Kriminalkommissar Krüger weist darauf hin, daß nach den ersten Angaben des Angeklagten dieser die 900 M. in Gold die ganze Zeit über in einer zur Aufbewahrung von Christbaumschmuck dienenden Kiste auf dem Ofen bewahrt haben wollte. Es sei ihm sehr aufgefallen, daß der Angeklagte am 2. Februar gerade dies Taschentuch, mit „O. St." gezeichnet, um seinen verwundeten Finger gewickelt hatte. Er hätte es also am 2. Februar zu diesem Zweck herunterholen und das Geld dann wieder einwickeln müssen. Das stimmte dann aber nicht mit der Behauptung einiger Zeugen, die bei ihm größere Geldsummen gesehen haben wollen. — Rechtsanw. Dr. Löwenthal: Der Angeklagte habe doch noch nie bestritten, daß er erst am 3. Februar früh das Geld in das Taschentuch gewickelt hat. In den Akten steht eine Bemerkung des Herrn Kommissars, wonach es glaublich sei, daß der Blutfleck an dem Taschentuch von der frischen Fingerverletzung herrührte. — Zeuge Kommissar Krüger: Ich habe nie daran gezweifelt, daß dies tatsächlich der Fall war.

War Angeklagter nach dem 27. Januar in der Nähe des Tatortes?

Präs.: Angeklagter, wir kommen nun zu einem anderen Thema. Sie bleiben also dabei, daß Sie das letzte Mal am 27. Januar bei Ihren Eltern draußen waren und seitdem nicht mehr in der Nähe des Eisgrundstückes gewesen seien? — Angekl.: Nein, keinen Schritt! Ich bleibe dabei. — Präs.: Sie waren nicht in Rosenthal, in Wilhelmsruh und nächster Nähe? — Angekl.: Nein, bestimmt nicht. — Präs.: Wie Sie wissen, steht die Anklage auf dem Standpunkte, daß Sie mehrfach dort gewesen sind, und daß, wenn Sie der Täter sind, der Schluß daraus zu ziehen wäre, daß Sie die Tat sorgsam geplant und gesucht haben, die Gelegenheit zu erspähen, wann der Vater das Grundstück verlassen würde. — Angekl.: Ich bin nicht dort gewesen.

Vom Vorsitzenden vorgerufen, erklärt der bereits vernommene Zeuge Fuhrhalter Zinnow folgendes: Am Dienstag vor dem Morde, am 30. Januar, habe er beabsichtigt, verschiedene Geldbeträge in Tegel und in Reinickendorf einzukassieren. Auf dem Bahnhof Schönholz sei ihm jedoch der Zug vor der Nase weggefahren. Da der nächste Zug erst in einigen Stunden fuhr, habe er zu Fuß den Weg nach dem Reinickendorfer Bahnhof eingeschlagen. Hier sei er irrtümlich auf dem falschen Weg geraten und zwar in die verlängerte Kopenhagenerstraße, die direkt nach Wilhelmsruh führt, anstatt die Oranienburger Chaussee entlang zu gehen. Als er in die Nähe einer kleinen Fabrik in der Kopenhagenerstraße gekommen war, habe er auf dem Fahrwege einen Mann stehen sehen. Dies sei, wie er deutlich erkannt habe, der ihm persönlich bekannte Angeklagte Jordy gewesen. Jordy habe getan, als ob er ihn nicht kenne, und habe sich umgewendet. Diese Begegnung müsse um etwa 2 Uhr gewesen sein, denn er sei sofort nach Hause gegangen und wäre gerade noch zum Kaffee zurecht gekommen. Auch daß es bestimmt der Dienstag vor dem Morde gewesen sei, erinnert sich der Zeuge mit aller Bestimmtheit. Er habe noch an demselben Tage einen Fahrplan am Bahnhofe gekauft. — Der Angeklagte bestreitet diese Begegnung mit aller Energie.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal versucht durch Befragen der Tante des Jordy festzustellen, daß diese Begegnung unmöglich sei, weil der Angeklagte am Montag- und Dienstagnachmittag in einer Zigarettenfabrik von „Herold" oder „Herus" in der Jüdenstraße in Berlin gewesen sei. Hier habe er auf Grund einer Annonce das Zigarettenmachen erlernen wollen. — Die Zeugin Jordy glaubt sich nunmehr hierauf besinnen zu können. Diese Behauptung ist ganz neu aufgetaucht, so daß Kriminalkommissar Braun sich sofort nach der Jüdenstraße begibt, um dort weitere

Recherchen nach der angeblichen Zigarettenfabrik

anzustellen. — Der Angeklagte selbst erklärte, den Namen der Firma und die Hausnummer nicht mehr angeben zu können. Das Haus habe auf der linken Seite, einige Häuser von dem Gericht in der Jüdenstraße entfernt, sich befunden.

Schankwirt George aus Reinickendorf: Er kenne den Angeklagten seit ziemlich acht Jahren. Als er am 1. oder 2. Februar nach der Markthalle fuhr, um Einkäufe für einen Maskenball zu machen und kurze Zeit am Bahnhofe wartete, kam der Angeklagte mit dem Zuge aus Berlin und stieg am Bahnhofe Reinickendorf-Rosenthal aus. Es sei morgens zwischen 8 und 9 Uhr gewesen. Vom Bahnhofe bis zum Eisschuppen sind 15 Minuten. Der Zeuge bekundet, daß er mit dem Angeklagten bei dieser Gelegenheit über seine Verhältnisse gesprochen habe. — Der Angeklagte bestreitet entschieden, daß diese Begegnung am 1. oder 2. Februar stattgefunden habe, und behauptet, daß dies in Wahrheit acht Tage früher, am 26. Januar, gewesen sei. Er habe einen Brief von seinem Vater erhalten, daß er ihm helfen solle, und deshalb sei er am 26. Januar dorthin gefahren. — Zeuge George weist jeden Irrtum nachdrücklichst zurück und bleibt entschieden dabei, daß seine Angabe richtig sei. — Verteid.: Der Zeuge hat, wie die Akten ergeben, zuerst immer gesagt, es sei der 31. Januar oder 1. Februar gewesen, nun sagt er plötzlich, es sei der 1. oder 2. Februar gewesen. — Der Zeuge erklärt, daß er inzwischen die Sache sich genau überlegt habe. — Staatsanwalt Tolki: In der ganzen Voruntersuchung hat der Angeklagte von der ganzen Sache nichts erzählt, sondern es einfach abgelehnt, den George überhaupt getroffen zu haben. Nun kommt er mit einem Male damit hervor, daß sich George im Datum irre. — Angekl.: Ich bin nach George nicht gefragt worden.

Der Bahnschaffner Pfeiffer, Schrankenwärter Pirschel, Hülfsweichensteller Schramm bekunden, den Angeklagten auf dem Bahnhof Frankfurter Allee am 1. oder 2. Februar zwischen 4 und 5 gesehen zu haben. Gastwirtsfrau Schorsch aus Reinickendorf sah ihn am 30. oder 31. Januar von Wilhelmsruh nach Reinickendorf kommen. Der Zeuge Pransleben will den Angeklagten am 31. Januar oder 1. Februar in der Nähe des Tatortes gesehen haben. Der Angeklagte bestreitet, daß die Zeugenaussagen zutreffen.

Ueber die Zuständigkeitsfrage bekundet Kriminalkommissar Krüger. Reinickendorf ist in kriminalpolizeilicher Hinsicht dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt, so daß wir auch Amtshandlungen in Reinickendorf vorzunehmen haben. Hier liegt der Tatort aber in Rosenthal, liegt also in einem anderen Landespolizeibezirk, für den die Berliner Kriminalpolizei ebenso wenig zuständig ist wie für Königsberg oder Danzig. Ohne besondere Autorisation des Ministers des Innern dürfen wir in den außerhalb des Landespolizeibezirkes gelegenen Bezirken Amtshandlungen nicht vornehmen. In Reinickendorf sind ein von Berlin ressortierender Wachtmeister und von Berlin ressortierende Schutzleute stationiert und die Berliner Kriminalpolizei war mit ihren Reinickendorfer Beamten schon am Abend des 3. Februar tätig gewesen. Wir haben nur im Landespolizeibezirk Berlin Amtshandlungen vorzunehmen, nicht aber außerhalb, und ich weiß, daß in Gerichtserkenntnissen solche über diesen Bezirk hinausgehende Amtshandlungen nicht als innerhalb der Amtsbefugnis liegend erklärt sind.

Die nächste Zeugin ist die

13jährige Tochter der Marie Jordy,

Martha Jordy (also die Cousine des Angeklagten). Sie traf ihn, wie sie aussagt, am 3. Februar gegen Mittag auf der Frankfurter Chaussee, als sie aus der Schule kam. Sie ist mit ihm nach Hause gegangen, und als sie Mittagbrot gegessen hatten, hat er sie gegen 2 Uhr noch eine Strecke auf der Straße begleitet und sich dann von ihr getrennt. Sie hat den Angeklagten erst abends wiedergesehen. Von einem Paket hinter dem Ofen hat sie nichts bemerkt, trotzdem sie alle Tage die Stube aufräumte und hierbei den Tisch wegrücken mußte, der vor dem Ofen stand. Die kleine Zeugin bestätigt im übrigen, daß der Angeklagte am 2. Februar an einer Beerdigung teilgenommen hatte.

Die Mutter der Vorzeugin, die

Frau Marie Jordy,

erzählt sodann die Ereignisse am Nachmittage des 3. Februar. Jordy sei kurz nach 2 Uhr weggegangen. Die Zeit wisse sie deshalb so genau, weil ihre Tochter zwischen 1/4 und 1/2 Uhr aus der Schule gekommen war, sie hätten dann sofort Mittag gegessen, hierauf wäre der Angeklagte gegangen. Kurz nach 7 Uhr kam Jordy zurück. Er habe ein Stück Zeitungspapier aus der Tasche geholt und dieses sofort ins Feuer geworfen. — Vors.: Was war denn das für ein Stück Papier, war es vielleicht blutig oder beschmutzt? — Zeugin: Das weiß ich nicht. — Vors.: Weshalb hat er denn das Papier verbrannt, ein Stück Zeitungspapier ist doch in einer Wirtschaft ein ganz nützliches Möbel und wird zu allen möglichen nützlichen Zwecken benutzt. — Zeugin: Was es war, weiß ich nicht. — Vors.: Zeugin, erzählen Sie mal weiter, was hat der Angeklagte dann weiter gemacht? — Zeugin: Er ließ sich zum Abendbrot Schabefleisch holen. In der Zwischenzeit wusch er sich unter der Wasserleitung die Stiefel ab, wie er es schon öfter gemacht hatte. — Vert.: Frau Jordy, fiel Ihnen etwas in dem Wesen ihres Neffen, des Angeklagten auf? — Zeugin: Nein, Max war so ruhig wie immer, mir ist absolut nichts aufgefallen.

Hauptbelastungszeugin.

Es wird nunmehr Frau Anna Maier als Zeugin aufgerufen, die den Angeklagten kurz vor dem Morde am 3. Februar in unmittelbarer Nähe des Jordyschen Grundstückes gesehen haben will.

Vors.: Frau Maier, es kommt sehr viel auf Ihre Aussage an, Sie haben den Zeugeneid geleistet und müssen sich sehr überlegen, was Sie jetzt aussagen wollen. Haben Sie sich es reiflich überlegt? — Zeugin: Ja, sehr oft schon. — Vors.: Also: als der Mord bekannt wurde, haben Sie sich sofort gemeldet? — Zeugin: Ich selbst habe mich nicht gemeldet, sondern es wurde am Tage nach dem Morde auf der Treppe erzählt, Max Jordy sei schon seit acht Tagen verreist. Ich sagte sofort, das kann ja nicht sein, denn ich habe ja den Jordy erst gestern gesehen. — Vors.: Erzählen Sie uns nun einmal Ihre Begegnung mit Jordy. — Zeugin: Es war am Sonnabend, den 3. Februar. Ich wartete auf meinen Mann, der zum Mittagessen kommen sollte. Ich war schon ärgerlich, daß er sich verspätete, und trat an das Fenster heran. Ich bemerkte an der Hausecke einen Mann stehen, der trotz des schönen Wetters einen aufgespannten Schirm trug. Plötzlich hob der Mann den Schirm hoch und sah sich um und zwar nach der Richtung des Jordyschen Grundstücks. Ich erkannte den Max Jordy ganz genau. Er ging dann auf den Weg hinaus; ich mußte nach dem Fuhrwerk sehen und ging auf die Straße hinaus. Ich sah Jordy nochmals, er ging über das Kleinbahngleis hinweg und nahm dann seinen Weg quer über das Feld. Jordy trug einen braunen Paletot, eine dunkle Hose und einen schwarzen steifen Hut. (Eine derartige Bekleidung hat der Angeklagte tatsächlich getragen.) — Vorsitzender: Angeklagter, was sagen Sie zu dieser Aussage? — Angekl.: Die Zeugin irrt sich, es ist ganz ausgeschlossen, ich bin nicht dort gewesen. — Die Zeugin bleibt auf mehrfache Vorhaltungen des Vorsitzenden und des Verteidigers dabei, daß sie den Angeklagten ganz genau erkannt habe. — Rechtsanw. Dr. Löwenthal glaubt

Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugin

geltend machen zu müssen, weil diese vor neun Jahren mit dem Angeklagten 1 1/2 Jahre verlobt gewesen ist. Die Verlobung sei von dem Angeklagten aufgehoben worden. Die Zeugin soll hierbei gesagt haben: Dem werde ich's noch auf andere Weise anstreichen. Die Zeugin bekundet dagegen, daß sie die Verlobung aufgehoben habe, weil Jordy immer noch nach ihrem Zusammensein abends weiter gegangen wäre. Die ihr in den Mund gelegte Aeußerung stellt sie mit aller Entschiedenheit in Abrede. Staatsanwalt Tolki stellt fest, daß die Zeugin noch niemals vorbestraft ist. Die Zeugin stellt auch auf Befragen des Verteidigers in Abrede, daß sie einen an die Kriminalpolizei gerichteten anonymen Brief geschrieben habe oder ihn habe schreiben lassen.

Eine zweite Augenzeugin.]

Zeugin Eva Greischoweit, welche in dem Meyerschen Hause wohnt, hat auch den Mann mit dem Schirme gesehen. Es fiel ihr auf, daß er bei schönem Wetter den Schirm aufgespannt hatte. Als am Tage nach dem Bekanntwerden des Mordes, also am 4. Februar, der Angeklagte nach dem Amte gebracht wurde, hat sie ihn sofort als den Mann mit dem Schirme erkannt, obgleich sie gar nichts davon merkte, daß dieser Mann von Beamten transportiert wurde. — Der Angeklagte behauptet, daß bei seinem Erscheinen die Zeugin erst durch die Frau Meyer angestoßen worden sei. — Dies wird von beiden Frauen entschieden bestritten.

Frau Hoffmann hat den Angeklagten am 1. oder 2. Februar

auf dem Bahnhof Rosenthal

gesehen, von wo er um 8[35] Uhr nach Berlin fuhr. Der Angeklagte bestreitet auch dieses und behauptet, daß es eine Woche vorher gewesen sei.

Frau Schrader, Aufwartefrau bei Frau Jordy, weiß, daß der Angeklagte am 2. Februar sich

den Finger verletzt

und mit dem Taschentuch umwickelt hatte. Als er am 3. abends kam und nach seiner Frau fragte, hat die Zeugin an ihm irgendwelche Aufregung nicht bemerkt.

Es werden dann zwei Portiers vom Warenhaus Tietz am Alexanderplatz vernommen. Der Angeklagte behauptet zum Beweise seines

Alibis,

daß er am 3. Februar nachmittags gegen 5 Uhr dort nach Arbeit nachgefragt habe. Man habe ihm aber geantwortet: „Lieber Mann,

es sind schon 20 Leute entlassen worden!" — Die beiden Zeugen können sich dieser Begegnung nicht erinnern.

Die weiteren wenig erheblichen Zeugenaussagen ziehen sich bis zum späten Abend hin. Heute sollen noch einige Zeugen und die Sachverständigen vernommen werden. Dann beginnen die Plaidoyers.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Arbeitswilliger".

Wegen Verbrechens gegen § 173 des Strafgesetzbuches (Blutschande) wurde der Arbeitswillige Rongen aus Neuß verhaftet. Rongen hatte, obwohl er verheiratet ist, ein Verhältnis mit seiner Schwester unterhalten, das nicht ohne Folgen blieb.

Der „Musterarbeiter" war in der Lederfabrik von Schleifenbaum in Neuß als Streikbrecher beschäftigt, den im Streik befindlichen Arbeitern fiel er in den Rücken. Noch kürzlich trat er vor der Düsseldorfer Strafkammer als Zeuge in einem Prozesse gegen unseren Genossen Rinke auf. Rinke sollte die Staatsstütze in seiner Arbeitswilligenehre gekränkt haben und wurde auch bestraft. Der Staatsanwalt, der damals so lebhaft für den Schutz des Arbeitswilligen eintrat, ist jetzt genötigt, sich desselben auf eine andere Weise liebevoll anzunehmen.

So sehen die „nützlichen" Elemente aus.

Aus der Frauenbewegung.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Der Stein der Weisen.

Das Mittel zur Lösung der sozialen Frage ist entdeckt. Der Entdecker heißt Dr. Friedrich Schomerus, und wenn er in übergroßer Bescheidenheit sein Mittel vorläufig auch nur gegen einen Teil der sozialen Krankheit, nämlich gegen die Säuglingssterblichkeit anpreist, so kann es doch, wie der geneigte Leser alsbald sehen wird, genau so gut in allen übrigen „schwierigen Fällen" Anwendung finden.

Man sollte es wirklich kaum für möglich halten, was für naive, geradezu kindliche Anschauungen über die soziale Frage von bürgerlichen Schriftstellern in die Oeffentlichkeit gebracht werden. Leute, die es ganz gut meinen, weil ihnen das Leid ihrer Mitmenschen wirklich zu Herzen geht, glauben, sie könnten so zwischen dem Mittagessen und dem Kaffee, in ihrer Verdauungspause, die Arznei ausdenken, die das ganze Volk gesund und glücklich machen werde; tieferes Studium, Erkenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, ja selbst nur Kenntnis der tatsächlichen Zustände — daß dergleichen nötig sei, davon haben sie nie gehört.

Wöchentlich einmal beglückt das „Berliner Tageblatt" die Welt mit einer „Frauen-Rundschau", die geradezu eine Fundgrube solcher sozialpolitischen Kurpfuscherei darstellt. In einer ihrer letzten Nummern liest man einen A. P. (Anna Papprith) gezeichneten Artikel, welcher gar beweglich über das Los der verheirateten Fabrikarbeiterinnen klagt. Unter den 1 005 500 Arbeiterinnen, die im Jahre 1903 in Deutschlands Fabriken beschäftigt waren, seien mehr als 300 000 verheiratet gewesen. Diese „Mutter des Volkes" habe in der Fabrik täglich 10 bis 11 Stunden zu arbeiten, und daneben ihre Hausfrauen- und Mutterpflichten zu erfüllen.

„So dauert ihr Arbeitstag meist 17 Stunden, und dazu soll sie noch die neue Generation hervorbringen, Kinder gebären, säugen und aufziehen. . . .

„Brennendes Mitleid und heiße Scham überkommt uns gutgestellte Frauen, wenn wir darüber nachdenken, welche Lasten unseren armen Schwestern aufgebürdet werden."

Dann folgt ein kurzer Hinweis auf die Säuglingssterblichkeit und auf die mangelhafte Erziehung der Arbeiterkinder, denen die Mutterfürsorge, ja häufig genug, wenn sie in „Ziehe" gegeben werden, selbst die Bekanntschaft der Eltern entzogen wird.

„So lockern sich die heiligsten Familienbande, die Eltern bleiben dem Kinde fremd, der Einfluß der Mutter wird völlig ausgeschaltet. Daß diese Zustände zum Himmel schreien, daß Abhülfe dringend nottut, ist jedem Denkenden klar."

Man sieht, A. P. meint es gut. An ihrem ehrlichen Mitleid zu zweifeln, liegt kein Anlaß vor. Daß sie nur dasselbe sagt, was die Sozialdemokratie seit 40 Jahren unablässig verkündet hat, sei nur nebenbei bemerkt; man kann zur Erkenntnis dieser Dinge auch kommen, ohne Sozialdemokrat zu sein. Aber nun kommt die heikle Frage der Abhülfe. Was soll geschehen, um diese „zum Himmel schreienden" Zustände zu ändern? Und alsbald zeigt sich, daß A. P. den Begriff „denken" so eng faßt, wie wir oben sagten. Der „Denkprozeß" geht etwa folgendermaßen vor sich: Schuld an der Säuglingssterblichkeit trägt die Ueberlastung der Fabrikarbeiterinnen; also muß diese gemindert werden; wie das machen? Einfach die Fabrikarbeit verbieten? Geht nicht, denn — und das muß man wieder wörtlich genießen:

„einmal braucht die deutsche Industrie, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Frauenhände; zum anderen braucht die Mehrzahl der verheirateten oder verwitweten Fabrikarbeiterinnen den Arbeitsverdienst, um leben zu können."

Punktum. Damit ist diese Seite der Sache abgemacht. Natürlich, mehr hat ja im „Berliner Tageblatt" nie darüber gestanden, folglich braucht A. P. auch weiter nichts darüber zu wissen. Daß nicht die Industrie, d. h. die Herstellung der Gebrauchsgegenstände, sondern der Kapitalismus, d. h. die Erzeugung von Profit es ist, welcher „die Frauenhände braucht" und die Ueberlastung der Arbeiterinnen verursacht, darüber hat A. P. nie etwas gelesen, folglich kann sie auch nichts darüber „denken". Und ebensowenig beschwert es sie, daß die verheirateten Arbeiterfrauen sehr gern auf die Fabrikarbeit verzichten würden, wenn nur die Männer so viel Lohn bekämen, daß Frau und Kinder davon gut ernährt werden könnten. Unbeschwert von diesen und anderen Rücksichten, „denkt" A. P. weiter: Da die Frauenarbeit nicht verboten werden kann, muß sie wenigstens verkürzt werden. Auf 10 Stunden? Das langt nicht, es muß schon mehr sein. Halt, ich hab's: die Halbtagsschicht muß für verheiratete Fabrikarbeiterinnen eingeführt werden. Und ganz vergnügt berichtet A. P., daß ihr diesen „Gedanken" ein anderer schon vorgedacht habe, nämlich der oben genannte Dr. Friedrich Schomerus, der das Ergebnis seiner nachmittäglichen Verdauungspause sogar in Leipzig bei Felix Dietrich als Broschüre hat erscheinen lassen.

Man mißverstehe uns nicht. Selbstverständlich ist uns der Gedanke einer möglichst weitgehenden Arbeitszeitverkürzung außerordentlich sympathisch. Aber — damit fängt doch die Schwierigkeit erst an! A. P. und ihr Dr. Schomerus glauben offenbar, durch ihre großartige Entdeckung, daß bei Halbtagsschichten von 5 Stunden die Frauen Zeit genug bekämen, sich um Familie und Haushalt zu bekümmern, und durch die öffentliche Verkündigung dieses Gedankens sei die Frage bereits gelöst. Sie sehen nicht, daß ihre Forderung durchaus wesensgleich ist der alten sozialdemokratischen Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, daß sie also nichts Neues enthält, was man nicht schon vorher gewußt hätte, und sie wissen nicht, daß die Schwierigkeit eben gerade in der Ausführung liegt. Sie bilden sich ein, alle Welt habe sich, gleich ihnen, den Kopf zerbrochen, wie der Säuglingssterblichkeit entgegengetreten werden könne, aber keiner habe es herausfinden können; nun aber, da ihnen die Lösung des Rätsels gelungen, werde alle Welt freudig zugreifen und alle Not ein Ende haben. Geradezu rührend ist es nämlich, wie A. P. sich die Einführung denkt. Zunächst von seiten der Arbeiterinnen:

„Natürlich tritt er (Dr. Schomerus) nur für eine fakultative Halbtagsschicht für verheiratete, geschiedene und verwitwete Fabrikarbeiterinnen ein; wer einen vollen Arbeitstag in der Fabrik arbeiten will und muß, der soll es auch in Zukunft können. Es wird immer eine Anzahl Frauen geben, die die Not dazu zwingt, aber vernünftige Erwägung, Rücksicht auf das Wohl ihrer Familie und ihre eigene Gesundheit würden die Frauen bald für die Halbtagsschicht geneigt (!) und diese für die Verheirateten zur Sitte machen. . . .

. . . Die Frauen — namentlich die, die nur zuverdienen müssen, würden bald einsehen, daß es rationeller für sie ist, mit dem halben Lohn sich zu begnügen und dafür den halben Tag in der eigenen Wirtschaft tätig sein zu können."

Ist es zu viel behauptet, wenn wir sagen: Wer das hat schreiben können, hat von den Tatsachen des Wirtschaftslebens auch nicht die blasseste Ahnung? Verehrteste A. P., die „vernünftige Erwägung", die „Einsicht" ist bei den Arbeiterfrauen längst vorhanden. Sie müssen die Arbeiterfrauen für sehr dumm halten, wenn Sie glauben, sie hätten sich diese einfachen und selbstverständlichen Dinge nicht längst selbst gesagt. Aber der Kapitalismus fragt verflucht wenig nach ihren „vernünftigen Erwägungen". Mit der bloßen „Neigung" der Arbeiterfrauen für die Halbtagsschicht ist es leider nicht getan. Freilich, von dem Verhalten der Kapitalisten hat ja A. P. auch die sonderbarsten Vorstellungen. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterinnen um keine lumpige halbe oder ganze Stunde Arbeitszeitverkürzung überall die schwersten und erbittertsten Kämpfe führen müssen, bekommt A. P. es fertig, zu schreiben:

„Freilich wäre es notwendig, daß die Fabriken die Halbtagsschicht nicht nur formell einführen, sondern auch aus einem höheren Gesichtspunkte heraus Gewicht auf sie legen, die Arbeitsfrauen zu ihr erziehen, an sie gewöhnen, kurzum, die Einführung forzieren.

„Die Industrie (will sagen die Fabrikanten) muß sich der Verantwortung bewußt werden, die sie auf sich nimmt, wenn sie die Veranlassung ist, daß Hunderttausende deutscher Söhne und Töchter der arbeitenden Klasse ohne Mutter aufwachsen. . . .

„Allerdings wird diese Forderung den Industrien (will sagen den Fabrikanten) manche Unbequemlichkeiten, aber durchaus keine unerschwinglichen Opfer auferlegen. Selbst wenn für die Halbtagsschicht etwas höherer Lohn gezahlt würde . . .

„. . . Die Fabrikanten müssen den Weg dazu suchen, und die öffentliche Meinung muß verlangen, daß sie ihn gehen und so der Verwüstung der Volkskraft ein Ziel gesetzt werde."

Kann man solche Aeußerungen, die doch nur von vollkommener Unkenntnis zeugen, überhaupt noch ernst nehmen? Wenn wir sie ausführlich besprechen, so geschieht es nicht um ihres Gehaltes willen — denn der wäre es nicht wert —, sondern einmal um zu zeigen, was ein beim liberalen Bürgertum hochangesehenes Blatt seinen Lesern vorzusetzen wagen darf, und dann, weil die Denkart, die aus ihnen spricht, typisch ist für denjenigen Teil des Bürgertums, der überhaupt sozial denkt. Das Bürgertum setzt sich bekanntlich aus zwei Kategorien zusammen, aus brutalen Scharfmachern — das sind die klaren Köpfe, die bei jeder Verbesserung der Lage der Arbeiter den Angriff auf den Profit deutlich sehen — und aus humanen Menschenfreunden — das sind z. B. „wir gut gestellte Frauen", die „brennendes Mitleid und heiße Scham" empfinden beim Elend ihrer Schwestern. Diese Menschenfreunde tun das, was man von jener Seite uns Sozialdemokraten immer fälschlich nachsagt: sie denken sich einen „Zukunftsstaat" aus, einen idealen Zustand, in welchem die jetzt herrschenden Uebel nicht vorhanden sind, und empfehlen dann den Menschen, dieses Produkt ihrer Dichtkunst gefälligst „einzuführen". Das ist der Stein der Weisen, mit dem die ganze soziale Frage spielend gelöst werden kann: die Menschen müssen nur einsehen, daß es nötig ist, dann werden sie es tun. So konnten A. P. und Dr. Schomerus zu der Utopie gelangen, man könne durch bloße Ueberredung nicht nur einen fünfstündigen Maximalarbeitstag für Frauen durchsetzen, sondern auch noch die Fabrikanten veranlassen, den Weg dazu zu suchen, und sogar höheren Lohn dafür zu zahlen!

Die Sozialdemokratie geht einen anderen Weg. Sie ist längst über den Kinderglauben hinaus, daß das Elend der Arbeiterklasse vom guten oder bösen Willen der Kapitalistenklasse abhänge. Sie weiß, daß nur der Kampf gegen den Profit den Arbeitern, weiblichen wie männlichen, Besserung bringen kann. Deshalb führt sie diesen Kampf ohne Rücksicht auf den bösen und ohne Hoffnung auf den guten Willen der Kapitalisten. Freilich weiß sie auch, daß dieser Kampf auf die Dauer den Umsturz der herrschenden Wirtschaftsordnung herbeiführen muß. Aber das will sie gerade, denn der Zustand, den sie erstrebt, soll es den Frauen ermöglichen, nicht nur ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend an der Gesamtarbeit des Menschengeschlechts teilzunehmen, sondern zugleich sich der jungen Generation zu widmen. Und das alles ohne Ueberlastung. Das aber kann nur in einem profitlosen, sozialistischen Gemeinwesen geschehen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1668R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1663R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Dame verkauft dringend fünf Zimmer Nußbaummöbel, Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 138/6*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Räderverleihung. Zweisitzer, Dreisitzer. Große Frankfurterstr. 14. †32*

Herrenanzüge, Uhren, Goldsachen spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1626R*

Bettenverkauf, Stand 10,50, große 16 Mark, Wäsche, Gardinen, Decken spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 1625R*

Während des Umbaus billiges Möbelangebot: Kleiderspind 23,—, Garnituren, Paneelsofas, Stoffsofas 42,—, Vollständige Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer in jeder Ausführung. Herrliche bunte Küchen 60,—. Möbelfabrik Hirschowitz, Skalitzerstraße 25.

Verkauf. Gutes Kolonial-, Obst- und Gemüsegeschäft krankheitswegen der Frau. Tages-Einnahme 40 bis 70 Mark, keine Rabattmarken. Näheres Spedition Lausitzerplatz 15/16. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Nag, Mulackstraße 14. 2805b*

6,00—10,00 gutgeschrieben erhält Selbstkäufer einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Zahle bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †32*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Wienerstr. 1—6, Ackerstraße 111.

Möbelverkauf Kastanien-Allee 56, am Weinbergsweg. Stets große Möbelauswahl, billige Preise, eigene Möbelpolsterei. Bekannt reell. 2810

Anzüge, 12 und 14 Mark Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †33*

Männerchor. „Wir grüßen Dich" verkauft Lindemann, Brandenburgstraße 6. 28019

Kleiderspind kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 137/19*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2693b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1667R*

Wer Stoff hat? Fertige Anzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 138/4.

Theater-, Gesang-, geselligen Vereinen, Gewerkschaften usw. zur gefälligen Kenntnis, daß das Geschäftsbuch pro anno 1907 erschienen ist und werden schon jetzt Vergnügungsabschlüsse angenommen. Bernaus Festsäle, Schwedterstraße 23/4. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, alte Silbersachen, Bruchgold, alte Zahngebisse, Brillanten, Rohgold, Staubgold, photographische Rückstände, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Brodt, Brangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 138/6*

Teile Freunden und Bekannten mit, daß ich in der Pallasstraße 3 ein Zigarrengeschäft übernommen habe. Bitte mich in meinem Unternehmen zu unterstützen. Achtungsvoll: Carl Goern, Tischler. 2804b*

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landsbergerstraße 75. 1639R*

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube und Küche zu vermieten Gubenerstraße 6. 2814b

Zimmer.

Freundliches Zimmer, separat, für 1 auch 2 Personen vermietet Katsch, Hochmeisterstraße 20. †53

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Glänzendste Erfolge. Automechanikum Berlin, Spichernstraße 11/12.*

Schlosserlehrling verlangt Bukowerstraße 6. 2791b

Zigarettenarbeiter und Zigarettenarbeiterin, gut eingeübt auf mit und ohne Mundstück werden von großer Zigarettenfabrik sofort für Berlin gesucht. Offerten unter J. 5 an die Expedition des Blattes. 2813b

Schmiede und Schlosser auf Stanzmesser verlangt Marquardt, An der Michaelbrücke 1. 2812b

Tüchtige Vergoldergehülfen auf Kirchenarbeit finden Beschäftigung bei F. Bemstein, Breslau V, Kopischstraße 55. 2811b

Korbmacher sucht Kanzog, Nieder-Schönhausen. 2796b

Tüchtige Barockvergolder verlangt A. Werkmeister, Schmidstraße 8a.

Ausschneider auf Perlmutter verlangt Crosinsky, Köpnickerstraße 154.

Neu gegründeter Gesangverein sucht sofort Dirigenten. Meldungen bei Restaurateur Glaßmann, Strasburgerstraße 32. 453

Verkäuferin für Kolonialwarenbranche kann sofort eintreten. Konsuch-Genossenschaft Adlershof, Hackenbergstraße 29. 206/3

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Arbeitersekretär-Gesuch.

Für Luckenwalde wird zu möglichst sofortigem Antritt ein Arbeitersekretär gesucht. Derselbe muß neben den notwendigen Kenntnissen in der sozialen Gesetzgebung die Fähigkeit besitzen, organisatorisch tätig zu sein. Das Gehalt beträgt 1800 M. pro Jahr. Bewerber wollen ihre Angebote mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und der Aufschrift „Arbeitersekretär" versehen bis zum 15. Juli an den Genossen **Karl Schulze, Luckenwalde, Feldstr. 17,** gelangen lassen. 284/2*

Die Kommission.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung! Achtung!

Töpfer!

Auf dem Bau Südende, Lichterfelderstraße, Ecke Potsdamerstraße, des Töpfermeisters Franz Wengler, wohnhaft Südende, Stephanstr. 25, haben die Kollegen wegen rücksichtsloser Behandlung, schlechten Werkzeugs und sonstiger Mißstände die Arbeit niedergelegt.

Die Kollegen werden aufgefordert dies zu beachten.

Die ehemaligen Meister Paul Hilprecht und Ludwig König arbeiten weiter.

Die Arbeit wird nicht eher aufgenommen, bis öffentlich durch die Verbandsleitung bekanntgegeben wird, daß die Differenzen beigelegt sind.

196/18* **Die Verbandsleitung.**

Achtung!

Fliesenleger!

Wegen Akkordarbeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma

Schmalisch & Below

für organisierte Fliesenleger gesperrt.

Die Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter**

Wienecke, Grünauerstraße.

Pieper, Bernauerstr. 80.

Für **Klavierarbeiter:**

Bell, Andreasstr. 32 u. Grüner Weg.

Für **Korbmacher:**

Stralauer Glashütte.

Für **Bürstenmacher:**

Der **Innungsnachweis, Brunnenstraße 154.**

Für **Parkettbodenleger**

Die Firma **Pompluhn,** Zwischenmeister Petsch, Bau **Niebuhrstraße 76, Sieboldtstraße,** Parzelle 2. 85/1*

Gesperrt sind für **Einsetzer** die Bauten der Firma **Schubert,** Kreuzbergstr. 8.

Tempelhof:

Bau **Andrzewski,** Schönburgstr. 3, Friedrich Wilhelmstraße (Ecke Moltkestraße).

Bau **Wallrath,** Schönburgstr. 7, Moltkestraße.

Bau **Kelling,** Ringbahnstr. 5.

Bau **Lolath,** Ringbahnstr. 43.

Mariendorf:

Bau **Schmidt,** Chausseestr. 23b.

Halensee:

Bau **Gronau** und **Graul,** Joachim Friedrichstr. 4.

Berlin:

Oranienstr. 24 (Ausbau).

Charlottenburg:

Bau **Manheimer,** Neue Kantstr. 3.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:

G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Netschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 20.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.

Alle Genossen und Freunde der Organisation, machen wir darauf aufmerksam, daß die Heimarbeit (Bogen falzen von Streikarbeit) in übermäßiger Weise Platz gegriffen hat. Wir bitten, die Hausbewohner auf das Verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen.

Die Ortsverwaltung.

Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieter!

In der **Kartonfabrik von Ad. Lesser,** Krautstraße, sind tarifliche Differenzen ausgebrochen.

Diese Betriebe sind gesperrt!

Die Firma **Aloys Suk,** Neanderstraße 4 (Neanderhof)

ist für **Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen** wegen Differenzen gesperrt.

24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber-Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Der sozialdemokratische Wahlverein hat für Sonntag, den 8. Juli, ein Volksfest veranstaltet. Das Programm ist ein reichhaltiges; neben Konzert und Tanz wirken die Arbeitervereine „Gesangverein Frohsinn", Ruderklub „Vorwärts", sowie Mitglieder vom Radfahrerbund mit. Außerdem finden Verlosungen und Kinderbelustigungen statt, ein jedes Kind erhält eine Stocklaterne. Karten sind in den bekannten Lokalen zu haben. Anfang 3 Uhr nachmittags. Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Der Vorstand.

Schildow-Blankenfelde. Bezirk Nieder-Schönhausen. Die fällige Wahlvereinssitzung für obige Orte findet am Sonntag, den 8. Juli, nachm. 3 Uhr, in „Mönchsmühle" statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen W. Miethke-Berlin. Diskussion und Verschiedenes. Die Schönhauser Genossen treffen sich pünktlich ½1 Uhr bei Dücker, Eichenstr. 70. Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Bezirk Oranienburg. Sonntag, den 8. Juli, nachm. 3 Uhr, findet im Lokal „Sanssouci", Schützenstr. 50, eine Volksversammlung statt, in welcher der Genosse Georg Freiwaldt-Pankow einen Vortrag über „Kapital und Arbeit" hält. Die Parteigenossen werden ersucht, eifrig für diese Versammlung zu agitieren. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Der „Vorwärts" in Krankenhäusern.

In Berlin gibt es Krankenhäuser, in die kein „Vorwärts" hineingelassen wird. Wenn einer der in diesen Anstalten liegenden Kranken, für den der „Vorwärts" bisher die gewohnte Lektüre war, sich unser Blatt von seinen Angehörigen nachbringen läßt, so muß er es sorgfältig vor den Augen des Wartepersonals, der Pflegeschwestern und der Aerzte verstecken. Er riskiert sonst, daß ihm die gefährliche Lektüre kurzerhand weggenommen wird.

Zu diesen Krankenhäusern gehört vor allem die Charité. Sie ist eine staatliche Anstalt — nennt sich „königlich" — da kann man es schließlich begreifen, daß die Verwaltung sich für verpflichtet hält, ihre Räume vor Entweihung durch ein sozialdemokratisches Blatt zu bewahren. Die Sozialdemokraten selber müssen freilich hineingelassen werden. Wo sollte auch, wenn man sozialdemokratische Kranke zurückweisen wollte, das Krankenmaterial herkommen, an dem in der Charité die werdenden Aerzte lernen, wie man Kranke zu kurieren versucht!

Dieselbe Bevormundung der Kranken im Punkt der Lektüre findet sich auch in jenen Anstalten, über die nicht der Staat, sondern die Gefolgschaft der Kirche kommandiert. Das Krankenhaus Bethanien ist eine von ihnen. In Bethanien, wo nicht nur der kranke Leib gepflegt, sondern von den Schwestern samt zwei Pastoren auch für das Seelenheil der Kranken gesorgt wird, duldet man keinen „Vorwärts". Wer ihn sich bringen läßt und ihn öffentlich liest, dem wird alsbald mit unzweideutigen Worten auseinandergesetzt und klar gemacht, daß an dieser Stätte so etwas nicht erlaubt ist.

Kürzlich hat dort ein seiner Genesung entgegengehender Kranker, gegen den man sich diese Bevormundung erlauben wollte, es vorgezogen, den Staub Bethaniens von seinen Füßen zu schütteln. Das ist recht schade. Es wäre interessant gewesen, einmal zu sehen, was die Gottesfurcht der Schwestern gegen diesen Pflegling bezw. seine Angehörigen unternommen hätte, wenn er sich nach wie vor den „Vorwärts" hätte bringen lassen. Gibt es Krankenhäuser, in denen solche Widerspenstigkeit zu den „Uebertretungen der Hausordnung" gerechnet wird, die eine Ausweisung aus der Anstalt rechtfertigen? Vielleicht ist einer unserer Leser in der Lage, aus eigenen Erfahrungen uns diese Frage zu beantworten.

Es soll übrigens niemand glauben, daß die betreudigen Schwestern des Krankenhauses Bethanien zu jenen zurückgebliebenen Menschenkindern gehören, die eine Zeitung überhaupt für Luxus halten. Klatschblätter, wie der „Lokal-Anzeiger", die „Morgenpost" usw., sind in Bethanien erlaubt. Und wer gar Verlangen trägt, sich an dem Stöckerblatt „Das Reich" zu erbauen, der braucht das nur merken zu lassen — dann wird dafür gesorgt, daß es täglich in seine Hände gelangt. Gelegentlich setzt sich wohl gar eine Schwester in den Saal und liest der ganzen Gesellschaft daraus vor. So wird auch denen, die den Wisch sonst nicht anfassen würden, der Genuß dieser Erzeugnisse aus Stöckers Sudelküche zuteil.

Wir haben hier noch eine andere Frage, die wir gern beantwortet sähen. Wer in Bethanien den „Vorwärts" lesen will, muß erwarten, daß er daran gehindert wird. Was geschieht denen, die etwa der vorlesenden Schwester zu verstehen geben, daß sie kein Verlangen nach dem „Reich" haben und sich durch die Vorlesung belästigt fühlen?

„Eine verschwundene Gemeindeschule". Den Stadtverordneten war in ihrer letzten Sitzung die neueste Uebersicht über die Gemeindeschulfrequenz vorgelegt worden. Unser Genosse Arons unterzog diese Vorlage des Magistrats einer eingehenden Besprechung und erwähnte schließlich nebenbei, daß in ihr eine Schule, die 55. Schule in der Chorinerstraße, überhaupt nicht zu finden sei. Stadtschulrat Michaelis antwortete, die Schule bestehe noch, in der Vorlage müsse sich ein Fehler eingeschlichen haben, den er nicht sofort aufklären könne. Inzwischen hat Herr Michaelis, wie wir jetzt erfahren, unseren Genossen Arons brieflich benachrichtigt, daß die Schule tatsächlich doch in der Vorlage mitaufgeführt ist, aber freilich nicht als 55. Schule, sondern als Filiale der 171. Schule. Warum sie so bezeichnet wurde, ob versehentlich oder absichtlich, darüber schweigt der Herr Stadtschulrat. In der Vorlage steht: „171. Gemeindeschule, Kastanien-Allee 81", und gleich darunter liest man: „Filial der 171. Gemeindeschule". Hinter diesem „Filial", für das in der Vorlage kein besonderes Schulhaus angegeben ist, verbirgt sich, wie gesagt, die alte 55. Schule. Wir wollen hier feststellen, daß für sie die Bezeichnung „Filial" falsch ist. Sie hat Ostern einige ihrer Klassen auflösen und die freigewordenen Räume an die neue Oberrealschule geben müssen, die Ostern in demselben Hause mit ihren unteren Klassen eröffnet worden ist. Im übrigen aber besteht die 55. Schule vorläufig weiter, woran ja auch niemand gezweifelt hatte. Sie befindet sich noch in ihrem alten Hause in der Chorinerstraße und hat vor allem auch noch ihren eigenen Rektor, da kann sie natürlich noch nicht „Filial" der benachbarten 171. Schule geworden sein. Es ist dringend zu wünschen, daß künftig bei Aufstellung der Uebersichten über die Gemeindeschulfrequenz sorgfältiger verfahren werde. Viel Vertrauen konnte diesen Vorlagen niemals entgegengebracht werden, da sie oft von irreführenden Fehlern aller Art wimmelten. Etliche Male sind diese Fehler, als sie in der Stadtverordnetenversammlung von sozialdemokratischer Seite zur Sprache gebracht wurden, vom Magistratsvertreter als „Druckfehler" bezeichnet worden (was übrigens gar nicht mal immer zutraf). Das „Verschwinden" der nun glücklich wiedergefundenen Schule erklärt sich nicht aus einem Druckfehler, sondern aus einer Liederlichkeit, die im Rathause selber verschuldet worden ist.

Der Gesundheitszustand in Berlin war in diesem Frühjahr günstiger als in dem vorigen. In den Monaten März, April, Mai starben (ohne die totgeborenen Kinder) diesmal nur 2786, 2709, 2812, zusammen 8307 Personen, während im vorhergehenden Jahr 2838, 2871, 2961, zusammen 8670 Personen gestorben waren. Der Unterschied wird noch deutlicher, wenn man die inzwischen eingetretene Zunahme der Bevölkerung berücksichtigt. Die Sterbefälle (ohne Totgeburten) der Monate März, April, Mai waren im vorigen Jahre 16,73, 17,40, 17,41 Promille der gleichzeitigen Bevölkerungszahl, dagegen in diesem Jahr nur 15,97, 16,05, 16,08 Promille.

Das Versammlungswesen zeigt alljährlich zu Beginn des Sommers einen starken Rückgang. Schon mit dem Eintritt des Frühjahrs schwächt es sich ab, diesmal aber war es in Berlin gerade in den Frühjahrsmonaten besonders lebhaft. In den drei Monaten März, April, Mai wurden in diesem Jahr 561, 440, 546, zusammen 1547 öffentliche Versammlungen abgehalten, dagegen waren in demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres nur 506, 388, 449, zusammen 1343 öffentliche Versammlungen gezählt worden. Das Mehr beläuft sich für das eine Vierteljahr auf reichlich zweihundert Versammlungen.

Eine Vermehrung der Verbindungskabel zwischen den Fernsprechämtern hat sich in den letzten Tagen als dringend notwendig herausgestellt. Wohl infolge der Erhöhung des Ortsportos für Postkarten wird der Fernsprecher seit Anfang dieses Monats in derartigem Maße in Anspruch genommen, daß die Abfertigung der um Verbindung nachsuchenden Teilnehmer zeitweise nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit erfolgen kann. Die nach den einzelnen Aemtern geforderten Verbindungen sind so zahlreich, daß mitunter minutenlang die sämtlichen Verbindungsleitungen besetzt sind und einzelne Teilnehmer sich vielleicht viertel- bis halbstundenlang vergeblich bemühen, ein zweites Amt zu erreichen und ein Gespräch zustande zu bringen.

Tödlicher Baumunfall. Auf bedauerliche Weise ist gestern der 23jährige Zimmergeselle Gustav Karl aus der Brunnenstr. 57 ums Leben gekommen. K. war auf der obersten Balkenlage des Neubaues Selchowerstr. 14 mit dem Anbringen von Stirnbrettern für Klempnerarbeiten beschäftigt. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit zerschmetterten Gliedern blieb der Unglückliche auf dem Hofe liegen und starb bald darauf.

Eine wichtige Eisenbahnverbindung zwischen der Wannsee-, Stadt- und Ringbahn soll durch den Bau einer neuen Vollbahn zwischen dem Südringe und der Wannseebahn über Wilmersdorf-Dahlem-Zehlendorf geschaffen werden. Es ist bereits ein Projekt ausgearbeitet, daß eine Eisenbahnverbindung durch das Südwestgebiet von Wilmersdorf, die Dahlemer Gemarkung und den zwischen dem Grunewald und der Potsdamer Provinzialchaussee gelegenen Teil von Zehlendorf vorsieht. Ihren Ausgang soll die Strecke von Ringbahn Wilmersdorf-Friedenau nehmen. Am Rastatterplatz tritt die Bahn von Wilmersdorfer auf Dahlemer Gebiet über, um dann über die Podbielski-Allee und die Königin Luisestraße westlich vom Teltower Kreiskrankenhause bis nach Zehlendorf weitergeführt zu werden. An dem dortigen Westbahnhof erfolgt die Einmündung in die Wannseebahn. An Haltestationen sind in Wilmersdorf und auf Dahlemer Gebiet je zwei vorgesehen.

Ein Schiffszusammenstoß fand am Mittwoch zu später Abendstunde auf der Oberspree statt. Als der Schleppdampfer „Hulda" gegen ¾11 Uhr mit einem leeren Kahn aus dem Rummelsburger See in die Spree einfahren wollte, kam ihm der vollbesetzte Personendampfer „Woltersdorf" entgegen. Das Signal des Schleppers „Rechts vorbeifahren" wurde von dem Vergnügungsdampfer zwar befolgt, doch scheint dieser den geschleppten Kahn nicht beachtet zu haben, denn mit einem furchtbaren Krach fuhr der „Woltersdorf" dem Schleppkahn in die Seite, ihn am Vorderteil bis zum Boden durchschneidend. Es entstand eine entsetzliche Aufregung unter den Fahrgästen, alles schrie und rannte durch einander, bis festgestellt wurde, daß der Dampfer, der tief in den Kahn hineingefahren war, weiterfahren konnte. Der Führer des Personendampfers fuhr, als er von dem Kahn freigekommen war, davon und überließ das sinkende Schiff seinem Schicksal. Dieses wurde dann von dem Schleppdampfer neben dem Bootshause des Berliner Rudervereins auf Grund gesetzt.

Gegen die Buchmacher geht die Kriminalpolizei jetzt mit ganz besonderer Schärfe vor und beschränkt sich nicht nur auf die Ueberwachung der Rennbahnen, sondern richtet ihr Augenmerk auch speziell auf Gastwirtschaften, die von den Buchmachern besucht werden. So wurden dieser Tage in einem stark frequentierten Lokale in der Rosenthalerstraße sieben Buchmacher abgefaßt, als sie Rennen „auflegten". Sie wurden verhaftet und das bei ihnen vorgefundene Geld, mehrere Tausend Mark, mit Beschlag belegt. Insgesamt sind in dieser Saison bereits über vierzig Buchmacher ermittelt, die Wetten angenommen haben oder gegen Annahme von Vermittelungsgebühren sich zum Belegen des Totalisators verpflichteten.

Durch ein verkehrtes Bravourstück hat gestern der 25jährige Bauarbeiter Paul sein Leben auf's Spiel gesetzt. P. war auf dem Arbeitsplatz an der Ecke der Brandenburgischen- und Paulsbornerstraße in Wilmersdorf beschäftigt und hatte dort mit einem Arbeitskollegen gewettet, in einem Zeitraum von zehn Minuten einen Liter Schnaps zu trinken. Er tat dies auch und gewann so die Wette. Bald mußte er aber seinen Leichtsinn mit dem Tode büßen. Infolge des übermäßigen Alkoholgenusses erlitt P. einen Gehirnschlag und starb daran. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Die Kinderspiele, die der Arbeiter-Turnverein „Fichte" veranstaltet, finden statt am Sonntag, 8. Juli, sowie an den folgenden Sonntagen in den Vormittagsstunden auf den Spielplätzen: 1. Treptower Park, 2. Friedrichshain, 3. Behmstraße, 4. Jungfernheide. Treffpunkte sind: 1. Oberfreiarchen-Brücke. 2. Landsberger Tor (Kriegerdenkmal), 3. Bahnhof Gesundbrunnen, 4. Bahnhof Beusselstraße. Abmarsch um ½9 Uhr (von Oberfreiarchen-Brücke etwas früher). Ende etwa um 12 Uhr. Willkommen ist jeder Knabe und jedes Mädchen auch solcher Eltern, die nicht Turner sind. Beteiligung selbstverständlich kostenlos.

Vorort-Nachrichten.

Halensee.

Eine grobe Mißhandlung hatte der Maurer W. Wendler einen Tag vor seinem Tode von dem Töpfermeister und Hausbesitzer Raffin in Halensee, Karlsruherstr. 13, zu erdulden. Wendler war von Raffin zur Verrichtung von allerlei Hausarbeiten angestellt. So hatte er am 21. Juni Hof und Garten mit Wasser zu besprengen. Das muß er wohl nicht zur Zufriedenheit des Raffin gemacht haben, weshalb er Wendler grob anfuhr, ihm den Schlauch aus der Hand riß und den Wasserstrahl voll gegen den Arbeiter richtete. W. begab sich vollständig durchnäßt in seine Arbeitsbude und dann nach Hause. Einige Arbeiter und die Frau des Portiers hatten den Vorgang beobachtet und als sie hörten, daß W. am nächsten Morgen tot aufgefunden worden war, wurde der Polizei Mitteilung gemacht, denn die Leute nahmen an, daß W. durch die Mißhandlung irgend einen schweren Schaden an seiner Gesundheit genommen habe. Die Polizei verhielt sich aber ablehnend und erklärte, daß keine Ursache zu einem Einschreiten vorliege. Darauf wurde am 26. Juni der Kriminalpolizei in Wilmersdorf von der Angelegenheit Mitteilung gemacht, die bisher noch keine Antwort erteilt hat. — Man sollte meinen, daß die Polizei alle Ursache hat, die Leute, die sich über die Mißhandlung des Arbeiters Wendler aufgeregt haben, zu beruhigen, denn sie appelliert doch oft an das Publikum um Mithülfe, wenn es gilt, einen mysteriösen Fall aufzuklären. Liegt in diesem Falle, wo es sich doch um den Tod eines Menschen handelt, die wirkliche Sachlage für die Polizei vollständig klar, ist sie von der Unschuld des Hausbesitzers Raffin überzeugt, wie man wohl annehmen muß, so sollte sie auch eine Erklärung den Leuten geben, wodurch dieselben befriedigt werden und ein etwaiger Verdacht zerstreut wird.

Britz-Buckow.

In der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst der Vorstand Bericht für das verflossene Vierteljahr. Danach fanden statt fünf Vorstandssitzungen, drei Vereinsversammlungen, zwei Volksversammlungen und drei Handzettelverbreitungen. Die Maifeier ergab bei einer Einnahme von 78,20 M. und einer Ausgabe von 54,30 M. einen Ueberschuß von 23,90 M. — Die Quartalsabrechnung zeigte eine Einnahme von 263,85 M., die Ausgaben betrugen 71,10 M., es verblieb somit nach Ablieferung von 175,00 M. an die Zentralkasse ein Bestand von 16,85 M. am Orte. Den Bericht von der Generalversammlung des Zentralwahlvereins gab Genosse Händel. — Eine längere Debatte zeitigte der vom Genossen Weniger gegebene Bericht der Gemeindevertreter. Von allen Rednern wurde lebhaft bedauert, daß unsere Vertreter einem Vertrage mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft ihre Zustimmung gegeben haben, der für Britz entschieden eine Verkehrsverschlechterung bedeute. Auch wurde das Verhalten des Gemeindevorstehers bei der Abstimmung über diesen Vertrag aufs schärfste verurteilt.

Beim Genossen H. Vogt, Bürgerstr. 67a, ist ein beim Sommerfest des Wahlvereins gefundenes Portemonnaie mit Inhalt in Empfang zu nehmen.

Köpenick.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurden zunächst die neugewählten Genossen Tauchert und Lier eingeführt. Einem Dringlichkeitsantrage des Magistrats, in der 5. Gemeindeschule die Klassenzimmer 1—5, die Turnhalle und die Amtszimmer mit Gasbeleuchtung zu versehen, stimmte die Versammlung zu. Die Kosten in Höhe von 1717,50 M. werden aus den Ersparnissen des Schulneubaues in der Kaiser Friedrichstraße gedeckt. Die Lustbarkeitssteuer, die vom Etatsausschuß geprüft worden ist, wurde dem Magistrat zur weiteren Beratung überwiesen. Zuletzt stand das höhere Schulwesen auf der Tagesordnung. Die gemischte Deputation hierüber empfahl der Versammlung folgende Vorschläge: Errichtung einer Oberrealschule unter Beibehaltung der Vorschule und der drei Gymnasial-Nebenklassen. Die Kommission erkennt die Notwendigkeit an, daß, sobald ein Bedürfnis vorhanden ist, die Gymnasial-Nebenklassen zu einem Progymnasium auszubauen sind. Außerdem schlägt sie vor, in der Freiheit ein zwölfklassiges Schulhaus nebst Turnhalle für die Mädchen-Mittelschule, in der Dammvorstadt ein achtzehnklassiges Gemeindeschulhaus nebst Turnhalle und, sobald das Bedürfnis vorhanden ist, für die Kietzvorstadt noch ein weiteres Gemeindeschulgebäude zu errichten.

Nach längerer Debatte wurden die Vorschläge der Kommission angenommen.

Die Versammlung beschloß, in den Monaten Juli und August keine Sitzungen abzuhalten.

Weißensee.

Aus den Berichten der Weißenseer Schulärzte ist zu entnehmen, daß, wie im Vorjahre so auch 1905/06 sämtliche in die 3. Gemeindeschule neu aufgenommenen Schüler und Schülerinnen kurz nach Schulanfang ärztlich auf ihre Körperbeschaffenheit hin untersucht wurden. Wegen ihrer schlechten Entwickelung wurden nur einige Kinder auf ein halbes bis ein Jahr zurückgesetzt, da die meisten schwachen und kranken Kinder bereits durch hausärztliches Zeugnis auf kürzere oder längere Zeit befreit waren. Größer war die Anzahl derer, die unter ärztliche Kontrolle gestellt waren. Hier handelte es sich in der Mehrzahl der Fälle um stark skrophulöse, mit Lungenkatarrhen (akuten und verdächtigen) behaftete Kinder, in selteneren Fällen um Herzfehler oder um allgemeine Körperschwäche. Wöchentlich und zwar Mittwochs von 8 bis 10 Uhr wurden die Schulklassen nacheinander zum Teil besucht und die Kinder auf Augen- und ansteckende Krankheiten untersucht. Es zeigte sich, daß die Eltern nur in wenigen Fällen von den Ratschlägen des Arztes Notiz nahmen und die Kinder dem Hausarzte oder der klinischen bezw. poliklinischen Hülfe zur wirklichen Behandlung der verschiedenen Leiden zuführten. Welche Gründe zu dieser Nichtbeachtung der Ratschläge vorlagen, ist in dem Bericht nicht erwähnt. Die größte Anzahl der konsultierten Kinder bestand aus bleichsüchtigen, schwächlichen und skrophulösen, die über Kopfschmerzen, Augenschwäche, Seitenstechen, Atembeschwerden usw. klagten. Beschwerden, die sich meist auf ihre vorhandene schlechte Körperbeschaffenheit zurückführen ließen. Weiterhin wurden dann öfter Magenleiden, Lungenkatarrhe bezw. Schwindsucht in den ersten Stadien und Herzleiden bei der Untersuchung festgestellt. Eine ganze Anzahl Kinder wurde ihrer Leiden wegen längere Zeit vom Turnen und Handarbeitsunterricht befreit. In der 2. Gemeindeschule wurden im Schuljahre 1905/06 189 neu aufzunehmende Schüler auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Auf ein halbes Jahr zurückgestellt wurden fünf Kinder wegen allgemeiner Schwäche und sonstiger körperlicher Leiden. Die allgemeine geistige Beschaffenheit war bei 167 Kindern gut, bei 17 schlecht. Die allgemeine körperliche Beschaffenheit war bei 119 durchschnittlich, bei 32 gut bei 33 schlecht. Bei der Untersuchung wurden folgende körperliche Fehler und Gebrechen gefunden: Rachitis und deren Folgen bei 19, Herzklappenfehler bei 2, Mandelvergrößerung bei 15, Sprachstörungen bei 3, Augenleiden bei 17, Ohrenleiden bei 4 Kindern. Konsultationen fanden während der Sprechstunden 125 statt. Es wurden hierbei 16 Schüler und Schülerinnen vom Turnen ganz oder teilweise dispensiert: 2mal wegen Bruchs (Hernia), 13mal wegen Herzleiden, 1mal wegen Lungenerkrankung. Vom Singunterricht mußten wegen Luftröhren- und Lungenleidens 2 befreit werden. Vorübergehend wurden vom Schulunterricht zurückgestellt 25 Schüler und Schülerinnen teils wegen fieberhafter Erkrankungen, teils infolge von Hautkrankheiten. Die sonstigen in den Sprechstunden zur Untersuchung gekommenen Krankheitsfälle waren: achtmal allgemeine körperliche Schwäche, zwölfmal Augen- und Ohrenleiden, siebenmal Hautausschlag, dreiunddreißigmal unbedeutendere Leiden: Kopfschmerz, Magenbeschwerden, Seitenstechen, Erkältungen usw. Hausbesuche waren in neun Fällen notwendig. Weiter werden in den Berichten nochmals einige Wünsche wiederholt, die schon im vorigen Jahre einer Kritik unterzogen wurden, jedoch findet man bei unserer Verwaltung bislang nicht das nötige Verständnis für soziale Fortschritte auf dem Gebiete des Volksschulwesens, sind doch auch die Schulärzte nur ein notwendiges Uebel und eine Einrichtung, die nur durch das fortwährende Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter geschaffen wurde. Sache unserer Gemeindevertreter muß es ferner sein, sich nicht nur mit der freien ärztlichen Untersuchung der Kinder zu bescheiden, sondern auch die weitere ärztliche Behandlung sowie die Lieferung der Heilmittel usw. von der Gemeinde zu fordern. Nur dann hat das Schularztwesen überhaupt einen Zweck.

Königs-Wusterhausen.

Zwei Petroleumwaggons in Flammen. Auf dem Güterbahnhof in Königs-Wusterhausen gerieten gestern zwei Loren mit Petroleum

in Brand. Die Waggons wurden samt der Ladung ein Raub der Flammen. Die Ortsfeuerwehr wurde zwar alarmiert, sie konnte jedoch nicht in Aktion treten, da zu der fraglichen Zeit keine Mannschaften im Orte anwesend waren. Der Brand war durch Selbstentzündung entstanden.

Trebbin (Kreis Teltow).

Man muß mit der Zeit mitgehen. In der letzten außerordentlich gut besuchten Stadtverordnetenversammlung entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, auf welchem Platz das neue Schulhaus errichtet werden soll. Von einem großen Teil der Bevölkerung ist der Wunsch laut geworden, das neue Schulhaus dort zu errichten, wo die meisten Schulkinder wohnen. Diesen Standpunkt vertraten auch unsere Genossen. Interessant ist die Entgegnung eines bürgerlichen Stadtverordneten, der, als ihm nachgewiesen wurde, daß um das vom Magistrat in Aussicht genommene Bauterrain zwar die meisten Haushaltungen, aber die wenigsten Kinder wohnen, erklärte: „Das liege eben daran, weil die Leute nicht mit der Neuzeit mitgehen, es brauchten ja nicht so viel Kinder da zu sein!" Diese Ausführungen wurden selbstverständlich von unseren Genossen in das rechte Licht gerückt. Der Antrag, das neue Schulhaus auf dem alten Platz zu errichten, wurde alsdann mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Annahme einer Schenkung von 20 000 Mark zum neuen Schulbau wurde vertagt.

Spandau.

Wegen Erkrankung des Genossen Reinert sind von jetzt ab sämtliche für das hiesige Gewerkschaftskartell bestimmten Gelder an den Genossen Reichard, Pichelsdorferstr. 64, abzuliefern. Dortselbst sind auch Sammellisten für die ausgesperrten Lithographen zu haben. —

Aus der Frauenbewegung.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Sonntag, 8. Juli, Ausflug nach Saatwinkel, Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Jungfernheide, bis 9 Uhr im „Waldkater", Tegeler Weg. Nachzügler gehen nach Saatwinkel, Lokal Blumshof von Marten. Verbindungen: Nord- und Südring, elektrische Linie 18 vom Görlitzer Bahnhof und 54 von Schönhauser Allee. Gäste sind willkommen.

Charlottenburg. Sonntag, 8. Juli, Ausflug nach Jungfernheide. Treffpunkt 2 Uhr Schloßbrücke. Nachzügler „Waldkater", Tegeler Weg.

Lichtenberg. Montag, 9. Juli, Dampferpartie nach Neue Mühle. Treffpunkt morgens 5/8 Uhr am Bahnhof Frankfurter Allee. Für Nachzügler 1/2 9 Uhr Dampferstation Stralauer und Waisenbrücke.

Tempelhof-Mariendorf-Marienfelde. Montag, 9. Juli, Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Mariendorf-Marienfelde-Tempelhof, Kaffeekochen bei Reichardt, Mariendorf, Chausseestraße.

Weißensee. Montag, 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmutz, König Chaussee 38, Vortrag über „Wohnung und Familienleben". Referentin: Genossin Baader.

Wilhelmsruh. Montag, 9. Juli, Ausflug nach Schulzendorf. Treffpunkt bei Schorsch 3/4 8 Uhr.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Montag, 9. Juli, bei Link, Kalandrellistraße 27, Vortrag: Genosse Miethke über „Frauenrechte — Menschenrechte."

Schöneberg. 9. Juli bei Obst: Vortrag des Gen. Bäumler über: „Zweck und Ziele der Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine."

Reinickendorf-Ost. Dienstag, 10. Juli, Ausflug nach Hermsdorf. Treffpunkt Gründer, Hoppestr. 24, vormittags 9 Uhr. Abfahrt von Schönholz 9.43 Uhr. Nachzügler, Hermsdorf, Forsthaus bis 2 Uhr.

Wilmersdorf. Donnerstag, 12. Juli: Ausflug nach Eichkamp. Treffpunkt 2 1/2 Uhr bei Selke, Brandenburgerstr. 100.

Köpenick. Sonntag, 15. Juli: Kaffeepartie nach Kiekemal. Treffpunkt 1 Uhr, Hauptplatz. Abmarsch 2 Uhr.

Brit. Sonntag, 15. Juli: Familienausflug nach Johannisthal bei Senftleben. Abmarsch 1 1/2 Uhr ab Weniger und 2 Uhr ab Buschkrug.

Teltow. 26. Juli bei Pickenhagen. 18. August Stiftungsfest.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Arbeiter und Handwerker der städtischen Gaswerke tagte am Mittwoch bei Dräsel in der Neuen Friedrichstraße. Reichstagsabgeordneter A. Körsten hielt einen Vortrag über moderne Organisationsformen. Im Laufe seiner Ausführungen, die im wesentlichen darauf abzielten, die Notwendigkeit großer Zentralverbände und ihrer Taktik darzutun, wandte er sich auch scharf gegen die Lokalorganisationen. Dabei nahm er Bezug auf die letzten Artikel in der „Einigkeit". Die Partei müßte sich mit den Zentralorganisationen in Verbindung setzen, um mit jenen Organisationen aufzuräumen. Zurzeit dürfe die „Einigkeit" noch sogar mit deutlicher Bezugnahme auf den Genossen Bebel sagen: „Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht." Im weiteren schilderte er die Leistungen der großen modernen Verbände und trat für lebhafte Agitation ein. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Ueber die Antwort der städtischen Gasdirektion auf die Forderungen von Anfang April berichtete Hoffmann. Die Antwort erging unter dem 27. Juni etwa dahin: Was die verlangte Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Betriebsarbeiter und Betriebshandwerker angehe, so sei die versuchsweise Einführung des achtstündigen Schichtwechsels der Betriebsarbeiter durch Beschluß der städtischen Gasdeputation genehmigt worden. Der Versuch finde seit dem 1. Oktober 1905 im Retortenhause Greifswalderstraße statt. Die Probezeit sei auf ein Jahr festgesetzt. An eine Verkürzung der Probezeit könne nicht gedacht werden mit Rücksicht darauf, daß gerade während der heißen Jahreszeit die Schwierigkeiten dieser Arbeitsweise besonders hervorträten. Zur Forderung der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für alle übrigen Arbeiter, Handwerker usw. werde bemerkt, daß nach Beschluß der Deputation für die städtischen Gaswerke in Erwägungen über Einführung der Neunstundenschicht erst eingetreten werden solle, wenn das Ergebnis der Untersuchung betreffs der achtstündigen Arbeitszeit in der Greifswalderstraße festgestellt sei. Zur dritten Forderung: Der Wunsch eines regelmäßigen Wechsels der Beschäftigung der Arbeiter in verschiedenen Zweigen des Betriebes werde schon in den bestehenden Instruktionen berücksichtigt. Wenn man weiter gehen wollte, würde das erfahrungsgemäß auf den Widerstand der Arbeiter selber stoßen, und es wäre auch wegen der Ungleichheit der physischen Kräfte der einzelnen, sowie im Betriebsinteresse nicht durchzuführen. Die Entscheidung müsse den Dirigenten überlassen bleiben. — Redner rügte, daß man ziemlich drei Monate gebraucht habe, um zu antworten, und bedauerte, daß man ein ganzes Jahr brauche zur Feststellung des Resultates der versuchsweisen Achtstundenarbeit im Retortenhause der Greifswalderstraße. Aber ganz und gar unverständlich wäre es, wieso die Einführung des Neunstundentages für die übrigen Arbeiter und Handwerker von der Frage abhängig sein solle, ob an die Achtstundenschicht für die Betriebsarbeiter gedacht werden könne. — Mit dem Wechsel in den Arbeitsarten sei das so eine eigene Sache. Die Arbeiter und ihre Vertreter hätten bei Aufstellung dieser Forderung im Auge gehabt, daß die Betriebsarbeiter nicht immer im Betriebe und die Hofarbeiter nicht immer auf dem Hofe arbeiten sollten und daß auch gewechselt werden sollte bei Akkordarbeiten. Jetzt hätten nun allerdings die Dirigenten verschiedene Spitzfindigkeiten herausgesucht, die den Arbeitern die Forderung verekelten. Man habe zum Beispiel Leute herausgesucht, die gar nicht gemeint waren, wie z. B. die paar Teerarbeiter. — Scharfe Kritik übte Redner daran, wie die Arbeiterausschüsse von den einzelnen Dirigenten behandelt würden. Erhebliche Mängel beständen auch bei Festsetzung der Akkorde. Es sei vorgekommen, daß Akkorde, die sowieso schon einseitig ohne eigentliche Vereinbarung mit den Arbeitern festgesetzt worden seien, dann noch willkürlich herabgesetzt wurden. So in der Müllerstraße.

In der Diskussion wurden von mehreren Rednern noch verschiedene Mißstände besprochen und betont, daß die Arbeiterausschüsse als Knechte der Dirigenten behandelt würden. Kollegen mit Rückgrat lägen nach einiger Zeit draußen. Als unerhört bezeichnet wurde, daß der Dirigent in der Müllerstraße Arbeitern, die sechs Wochen krank waren und keinen Dienst leisten konnten, gerade mit Rücksicht darauf den Urlaub verweigert hätte, der ihnen an sich zugestanden habe. Diese Arbeiter brauchten den Urlaub doch gerade erst recht zur Erholung. — In der Versammlung herrschte wegen der besprochenen Vorkommnisse und Zustände eine ziemlich erregte Stimmung, die sich mehrfach in Aufmunterungen zu energischerem Auftreten Luft machte.

Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten nehmen Kenntnis von der Antwort der Gasdirektion auf die Eingabe betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 9 Stunden. Sie erwarten bestimmt, daß nach Ablauf der Probezeit, also am 1. Oktober 1906, unverzüglich die achtstündige Arbeitszeit für Betriebsarbeiter und -Handwerker auf allen städtischen Gaswerken zur Einführung gelangt. Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen die Aufschiebung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden für die übrigen Arbeiter. Sie erachten die hierzu gegebene Begründung für völlig hinfällig und verlangen die sofortige Einführung dieser Arbeitszeit für die beteiligten Personen. Als ganz besonders empörend empfinden die Versammelten das Verhalten einzelner Dirigenten, welche die Verfügung, daß Entlassungen bei Arbeitsmangel nach dem Dienstalter zu erfolgen haben, unter nichtigen Einwänden umgehen. Ebenso die Urlaubsverweigerung nach überstandener sechswöchentlicher Krankheit. Auch erblicken sie in dem jetzt beliebten Verhalten der unteren Beamten den Arbeitern gegenüber eine Methode der Unterdrückung und Rechtlosmachung. Die Versammelten erwarten, daß die Direktion der städtischen Gaswerke Veranlassung nimmt, die vorhandenen Mißstände zu beseitigen."

Die Ortsverwaltung der Organisation wurde beauftragt, die Resolution der zuständigen Adresse zu übermitteln.

Die Putzersektion des Maurerverbandes hielt am Mittwoch in den „Arminhallen" eine Mitgliederversammlung ab, in der das Ergebnis der letzten Bautenkontrolle bekannt gegeben wurde. Kontrolliert wurden 376 Bauten, auf denen 3744 Putzer arbeiteten. Organisiert waren davon in der Putzersektion 2347, in Berlin II und außerhalb im Zweigverein 772, unorganisiert waren 155, der Rest gehörte anderen Organisationen an. Auf 301 Bauten wurde ohne Träger gearbeitet; es ließ sich jedoch feststellen, daß auch auf weiteren 43 Bauten, von denen die Angabe fehlte, ebenfalls ohne Träger gearbeitet wird. Mit den Baubuden ist es noch immer ziemlich mißlich bestellt. Nur auf 252 Bauten waren solche nachweisbar vorhanden. Auch hinsichtlich der Rüstungslieferung ließen sich wieder Mißstände feststellen. Die Organisationsverhältnisse dagegen haben sich im Vergleich zu früher wesentlich gebessert. Nach Entgegennahme dieses Berichts hielt Arbeitersekretär Ritter alsdann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart", worin er gleichzeitig die gegenwärtigen Aussperrungen der Lithographen, der Buchbinder und der Glaser erwähnte. Die Besprechung einiger interner Angelegenheiten wurde der vorgerückten Zeit halber vertagt.

Zu dem Bericht von der Schlosserversammlung in Nr. 153 des „Vorwärts" ersucht uns Genosse Karl Schulz um Aufnahme einer Darstellung des Vorfalles bei der Firma S. u. H., die von der durch Kupfer und Mahle gegebenen in wesentlichen Punkten abweicht. — Er schreibt uns:

In dem Bericht heißt es unter anderem:

„Schulz habe seinerzeit bei der Firma S. u. H. mit mehreren Kollegen in einer Kolonne gearbeitet, hatte mit diesen einen Akkord fertig gemacht, hörte auf und ließ sich die ganze Summe auszahlen, ohne seinen Kollegen davon etwas abzugeben."

Diese Darstellung ist unrichtig. Ich habe die ganze Summe nicht erhoben und konnte sie nicht erheben, weil die Lohnauszahlung nur auf Grund der vom Kolonnenführer geführten Bücher erfolgt. Der Kolonnenführer war der angeblich geprellte Menz selbst. Mir wurde bei meiner Entlassung, nicht beim freiwilligen Niederlegen der Arbeit, ausgezahlt, was er mir anschrieb.

Der Tatbestand ist kurz der: Bei der Firma S. u. H. habe ich mit drei anderen Kollegen in einer Kolonne gearbeitet. Der jeweilige Akkordüberschuß wurde gleichmäßig verteilt. Im Januar 1904 haben nur zwei Mann, der Kollege Bienwaldt und ich, einen Akkord begonnen, zu welchem der Kolonnenführer allerdings den Akkordzettel bekam. Kurz vor Fertigstellung des Akkords wurde Bienwaldt in eine andere Abteilung geschickt und hat nun der Kolonnenführer Menz mir zirka 1 1/2 Tag bei Fertigstellung des Akkords geholfen. Hierfür hat er denselben Akkordverdienst erhalten wie wir (pro Stunde 70 Pf.). Als der Akkord fertig war, konnte ich eine andere Arbeit nicht erhalten, da der Meister Wels nicht anwesend war. Ich habe nun dem Kolonnenführer Menz an seinem Akkord zirka 6 Stunden geholfen, wofür ich keine Bezahlung erhalten habe. Der Vizemeister Wald, den ich um Arbeit anging, erklärte mir, daß er keine Arbeit mehr für mich habe und wurde ich entlassen. Der Kollege Bienwaldt, der dies durch mich erfuhr, nahm darauf ebenfalls seine Entlassung.

Am Sonntag nachdem besuchten mich die Kollegen Kupfer und Fischer und teilten mir mit, daß Menz sich beschwert habe, daß wir ihm von unserem Akkord nichts abgegeben hätten.

Ich bat, mich zu benachrichtigen, wann die nächste Werkstattbesprechung stattfinde, und habe ich in derselben dann eine gütliche Erledigung des Falles herbeiführen wollen. Da aber einige Kollegen sich dabei in nicht wiederzugebenden Aeußerungen ergingen, bat ich den Kollegen Neumann, den Obmann der Vertrauensleute, die Ortsverwaltung zu ersuchen, Recht in dieser Sache zu sprechen. Es wurde eine dreigliedrige Kommission mit dieser Sache betraut, die nach längerer Beratung entschied, daß ich, um der Organisation in dem Betriebe keine Schwierigkeiten zu machen, dem Kollegen Menz den Teilbetrag zwischen seinem und meinem Verdienst auszahlen sollte. Ob Bienwaldt geladen war, weiß ich nicht. Erschienen war er jedenfalls nicht, und hat auch nie etwas gezahlt.

Dem Beschluß der Kommission habe ich mich gefügt. Nun ist dabei zu bemerken, daß ein Kollege W. Juch die 4 M., die Menz beanspruchte, auslegte und, da ich längere Zeit ohne Arbeit war, ihm dieselben erst nach zirka 6 Monaten zurückgeben konnte.

Dies die Sachlage. Und darum bin ich nur in der Organisation geduldet.

Karl Schulz.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Charlottenburg. Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3: Versammlung. Vortrag des Kollegen Schulz über „Religion und Kultur."

Vermischtes.

Ein Raubanfall im Eisenbahnzuge

wurde in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag zwischen den Stationen Rathenow und Groß-Wusicke auf die Gattin des Geh. Oberfinanzrates Nölle (Groß-Lichterfelde) verübt.

Ueber den Vorfall liegen folgende Meldungen vor:

Frau Geheimrat Nölle war vorgestern nacht um 11,45 Uhr in Begleitung ihrer beiden Söhne Heinz und Otto und ihres fünfjährigen Töchterchens vom Lehrter Bahnhof abgefahren. In dem Zuge, dessen Abteile dicht besetzt waren, befanden sich großenteils Sommerreisende, die nach Norderney und Borkum fuhren. Während der Fahrt hatte man den Lampenschirm und die Gardine sowie die vor der Abteiltür befindlichen Vorhänge zugezogen. Es herrschte Dämmerlicht im Coupé. Kurz hinter Rathenow, etwa auf der Mitte der Strecke bis Groß-Wusicke, bemerkte der am Fenster sitzende Otto Nölle, daß sich eine vermummte Gestalt auf dem Trittbrett entlang bewegte. Die Mutter beruhigte das Kind mit dem Hinweis, daß es ein Irrtum sein oder daß es der Zugführer sein werde. Plötzlich aber öffnete sich lautlos hinter der Gardine die Coupétür und mit schlangenartiger Gewandtheit schob sich eine maskierte, bis zu den Füßen in eine dunkle Kutte gehüllte Gestalt unter der Gardine hervor ins Coupé. Mit dem Revolver in der Faust fixierte der Räuber die vor Schrecken zitternden Passagiere und trat sodann dicht vor Frau Geheimrat Nölle hin mit den Worten: „Ihr Geld oder Ihr Leben!" Damit hielt er der Dame die Waffe dicht vors Gesicht, bis diese in ihrer Todesangst das von ihr getragene lederne Brustbeutelchen aus den Kleidern herauszog und ihm 800 Mark in neuen Hundertmarkscheinen aushändigte. Er forderte unter fortgesetztem Drohen noch den weiteren Inhalt des Geldtäschchens. Eine der Dame gehörige Ledertasche mit hundert Mark, die auf dem Gepäckhalter lag, entging dem Räuber. Hierauf hielt er den Revolver der Gesellschafterin vors Gesicht und [illegible] auch ihr alles, was sie hatte, ab. Dasselbe Manöver wiederholte er bei den Kindern. Nachdem er das ganze Geld sorgfältig eingesteckt hatte, ohne ein Zeichen äußerer Bewegung, sagte er: „Ich bin kein Räuber, ich handle nur aus Not, ich werde sogleich wieder verschwinden." Darauf kletterte er mit derselben Gewandtheit, mit der er gekommen, wieder aufs Trittbrett hinaus und verschwand im Dunkel der Nacht. Jetzt zog Frau Geheimrat Nölle die Notleine und der Zug wurde zum Stehen gebracht. In der Nähe des Abteils, wo die Notleine gezogen wurde, entstand ein dichtes Gedränge von Passagieren, und Frau Geheimrat Nölle glaubte in einem der Umstehenden den Räuber entdeckt zu haben. Sie machte dem inspizierenden Bahnbeamten sofort Mitteilung davon, und dieser veranlaßte die Festnahme. Der betreffende Mann wurde sofort durchsucht und man fand bei ihm drei Hundertmarkscheine, die aber beschmutzt und schon längere Zeit in Gebrauch gewesen waren. Bei einem nun folgenden Verhöre bestätigten mehrere Passagiere der dritten Klasse, daß der Sistierte die ganze Zeit mit ihnen zusammen gefahren sei und mit dem Täter nicht identisch sein könne. Daraufhin wurde dieser Passagier freigegeben und der Zug fuhr weiter. Von Stendal und Rathenow wird mitgeteilt, daß das Gelände in der Umgebung des Tatortes ohne irgend welchen Erfolg abgesucht worden ist.

Das Schicksal des Heidelberger Schlosses.

Aus Baden schreibt man uns: Die Budgetkommission der Zweiten Kammer beschäftigte sich heute abend in 4stündiger Sitzung mit dem Antrage der Regierung, das Heidelberger Schloß durch eine Innenausbauung zu konservieren. In der Oeffentlichkeit erfuhr diese Methode heftigen Widerspruch; Finanzdirektor Becker verteidigte sie heute zähe, aber vergebens. Nahezu einstimmig wurde beschlossen, durch ein Preisausschreiben eine geeignete Lösung des Problems zu versuchen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Noch etwas. Senden Sie nur ein. — **A. K., Stettin 26.** Als Adresse genügt die von Ihnen bezeichnete Genossenschaft mit dem Zusatz Berlin, Zimmerstraße. — **97.** Der Wirt hätte die Reparaturkosten zu zahlen, wenn nicht etwa, wie das in Berlin üblich ist, Sie durch Mietsvertrag die Verpflichtung übernommen haben. — **Ober-Schöneweide 52.** 1. Nein, Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Wenden Sie sich an die Arbeiterbildungsschule, Engel-Ufer 15. 3. Polizeiverwaltung in Gumbinnen. — **M. 2. 1871.** Wird der Aufwärterin monatlich gezahlt, so besteht 14tägige Kündigungsfrist. Krankenversicherungspflichtig sind Aufwärterinnen nicht. — **Neugierige A. K.** 1. Wenden Sie sich an die betreffenden selbst. 2. Die IV. Klasse ist von Fahrkartensteuer frei. — **M. Z. 150.** Wenn Sie zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll die Vaterschaft anerkannt haben, so wäre ein Prozeß nutzlos. — **B. M. 25.** Ja. — **Mieze 676.** Zur Adoption ist ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag sowie gerichtliche Genehmigung des Vertrages erforderlich. Die beiden Eltern müßten zustimmen. Die Adoptierung kostet 50 M. Sind Sie noch nicht 50 Jahre alt, so müßten Sie bei Gericht um Dispens von dem Altererfordernis einkommen. — **B. 44.** Wenden Sie sich direkt an einen Bildhauer, Adressen ersehen Sie aus dem Adreßbuch. — **O. Z. 105.** Ihre am 20. Mai 1836 geborene Großmutter müßte insgesamt 603 Marken zwecks Erlangung der Altersrente aufweisen können. — **X.** Nein. — **J. K. 17.** 1. Unseres Erachtens hätte die Klage wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Wir sind nicht berechtigt, einen Anwalt zu stellen. Sie müssen sich mit demselben selbst in Verbindung setzen. — **Utrechterstraße.** Wird monatlich gezahlt, so ist Schlafleuten bis am 15. zum 1., nicht umgekehrt am 1. zum 15., zu kündigen. — **B. 77.** Sie müßten für die Wäsche aufkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 58—64, IIIa 53—56, IVa 46—51, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 84—90, IIa 74—82, IIIa 62—72. Hammelfleisch Ia 72—76, IIa 62—70. Schweinefleisch 61—67. Kaninchen per Stück 0,50. Hühner, alte, Stück 1,60—3,25, junge, per Stück 0,60—0,90. Tauben, junge 0,35—0,40, alte 0,35. Enten, prima, p. Stück 1,70—2,25, Hamburger, junge, per Stück 2,00—3,00. Gänse, junge, per Pfd. 0,55—0,65, per Stück 3,00 bis 4,25. Hechte 85—96. Schleie 71—76. Bleie 0,00. Aale, groß 130—136, mittel 114—120, klein 55, uns. 88—104. Plötzen 60—67. Zlundern, pomm. I, p. Schock 3,00—6,50. Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—4, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, engl. per Wall 4,50—5. Kieler 2—4,50, Stralsunder 5—6. Aale, groß p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 85,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 36—38, med. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per 1/2 To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 25, kleine 3—4, unsortiert 4,50—7. Galizier, mittel 0,00. Eier, Land-, per Schock 3—3,20, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109, IIa 103—106, IIIa 100—103, abfallende 95—100. Saure Gurken, Schock 4,50—5,00, Pfeffergurken 4,50—5,00. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 0,00, rote Dabersche 2,10—2,25, runde weiße 1,80—2,10, hiesige blaue 3,25,—3,50, neue hiesige 2,25—3, neue Zerbster 3—3,50. Spinat, per 100 Pfund 8—10. Karotten per Schock 2,50 bis 4,00. Kohlrabi, per Schock 1,25—1,75. Rettig, bayr., per Schock 2,40—4,80. Rhabarber, Hamb., per 100 Bd. 0,00. Radieschen, per Schock Bd. 0,60—0,70. Salat, per Schock 1,00—1,25. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 38—45. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 5—15. Pfefferlinge per Pfd. 0,30—0,35. Mohrrüben per Schock Bd. 3,00—4,00. Blumenkohl per Mandel 1,50—2,50. Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Teltower Rüben per Pfd. 0,22—0,25. Stachelbeeren per Pfd. 0,09—0,14. Kirschen, ital., 100 Pfd. 0,00. Natten, Werdersche 22—24. Werdersche Glas- 10—14. Natten, ungar. 00,00, do. 10—12, do. saure 18—22. Himbeeren, Werdersche per 100 Pfd. 27—30. Blaubeeren per Pfd. 0,08—0,12. Erdbeeren, holl. per 100 Pfd. 20—28, Garten- per Pfd. 0,35—0,40, Hamburger 0,20—0,25, hiesige 0,15—0,29. Wald- per Pfd. 0,30—0,55. Pflaumen, ital. lange, per 100 Pfd. 18—30. Zitronen, Messina, 300 Stück 14,00—16,00, 360 Stück 14,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00.

Witterungsübersicht vom 5. Juli 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	761	OSO	4	halb bd.	19	Haparanda	766	SW	2	heiter	14
Hamburg	762	Still		Dunst	16	Petersburg	767	NW	1	wolkig	16
Berlin	760	Still		wolkig	21	Scilly	763	SSW	1	wolkig	15
Frankf. a. M.	760	S	2	bedeckt	18	Aberdeen	764	O	1	bedeckt	12
München	760	SW	2	halb bd.	19	Paris	760	SSW	1	bedeckt	15
Wien	760	Still		Dunst	19						

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. Juli 1906.

Ein wenig kühler, teilweise heiter, aber sehr veränderlich bei schwachen südöstlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 4. Juli. Elbe bei Aussig + 1,00 Meter, bei Dresden — 1,37 Meter, bei Magdeburg + 1,31 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,30 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,21 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,12 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,72 Meter, bei Frankfurt + 1,68 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 3,28 Meter. — Warthe bei Posen + 0,76 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 6. Juli.
Anfang 7½ Uhr.

Neues Operntheater. La Traviata.
Anfang 8 Uhr.

Berliner. Sherlock Holmes.
Lessing. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper: Undine.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Das Glück im Winkel.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Lustspielhaus. Unsere Kätе.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Sündige Liebe.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Freitag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Gastspiel Lilli Lehmann, Georg Maikl: **La Traviata.**
Sonnabend: Gastspiel E. Ischierdo: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper.
Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgebühr.)
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Novität! Täglich: Novität!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick
unter Mitwirkung der Pantomimen-Gesellschaft **James Price** vom Folies-Bergères in Paris.
Dazu: **Das blaue Bild** von P. Lincke
und die Spezialitäten-Attraktionen.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Sensations-Juli-Programm.
Sherlock Holmes, amerikanische Detektivkomödie des besten deutschen Verwandlungsschauspielers **Karl Braun.**
Präzise 8 Uhr: **Die Gauklerin.** Ausstattungsstück mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern von Schwarz-Reiflingen.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr, des Konzerts 4½ Uhr. Eröffn. 2 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Billettvorverkauf 10—1 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8½ Uhr:
Sündige Liebe.
Familientragödie in 4 Akten v. H. Rolf.
Im Garten täglich:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Wenn schön: im Garten! Wenn schlecht: im Saal!
Ein Kind der ersten Liebe.
Lebensbild mit Gesang in 2 Bildern von Reiflingen.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **Amor von heute.**
Milardo, Humorist. Varadi-Duett. Rebusa, Dressurnummer. Die Einbrecher von New York, Pant. The Piccad. Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr: **Undine.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Rigoletto.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Undine.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Rattenfänger von Hameln.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Landes-Ausstellungs-Park.

Neu erbaut: **Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.**
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Schweizer Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74.
Täglich: Spezialitäten
und
Theater-Vorstellung.
Zum Schluß abends 10½ Uhr: **Elternlos.** Berliner Lebensbild in 2 Akten.
Vom 1. Juli ab **neue Spezialitäten.** **** **Entree 30 Pf.**

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Ob schön! **Im herrlichen Garten oder Saal:** Ob Regen!
Täglich: Vom 1. bis 30. Juli: Die größte Sensation und beste Gruppe der Welt: **16 Löwen** im Salon des Löwenbändigers.
Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Dompteuse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
Prinzeß Rajah, die havaiische Schönheit | **Fritz Brand,** Berlins bester Salon-Humorist mit neuem Repertoire
und das beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: die beliebten **Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Urania Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerst.: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.
Heute
das
glänzende
Spezialitäten-Programm.

WINTER GARTEN
Großer Erfolg!
Tortajada, spanische Tänzerin und Sängerin.
Miß Orford mit ihren dressierten Elefanten.
Catherine Bartho, Tänzerin.
Eugenie José, Lebende Bilder.
Troba, Jongleur.
Mlle. **Farfalla,** Paris. Soubrette.
Paulinetti & Piquo, kom. Reckturner.
Imro Fox, Illusionist.
Frank Kern m. Hund „Bolzen".
Die Sicedes, „Das geheimnisvolle Haus".
Creo Bros, komische Akrobat.
La Bérat, Phantasietänzerin.
Der Biograph.
Am 15. Juli findet die letzte Vorstellung in dieser Saison statt.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens:
Montag, den 9. Juli, präzise 8½ Uhr abends:
Oeffentliche Versammlung
im **Alten Schützenhause, Linienstr. 5.**
Tagesordnung: **Aus der Geschichte des 5. Kreises.** Referent: Genosse **Leopold Liepmann.**
Gäste erwünscht. Alle Mitglieder, besonders auch die ehemaligen Mitglieder des Wahlvereins sind zum Besuch dieser Versammlung eingeladen. 245/12*

Sonnabend, den 14. Juli:
Festfeier
in den Gesamträumen des **Schweizer Garten** (Königstor).
Konzert × Theatervorstellung
Festrede des Abgeordneten Genossen **Robert Schmidt**
× **Arbeiter-Radfahrer** × **Spezialitäten** × **Kinderbelustigungen** × **Fackelpolonaise** usw. — Jedes Kind erhält Bons für Karussel und Fackel gratis.
Billetts im Vorverkauf **25 Pf.** (Kassenpreis 30 Pf.) in der Parteispedition, Kalbeistraße 42, in den Zahlstellen und bei allen Bezirksführern.
Anfang 4 Uhr nachmittags. — Kassenöffnung 3 Uhr.
Rege Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet **Der Vorstand.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
(Meysel, Pietro, Britton, Böhme, Böckmann, Walden, Seidel, O. u. R. Schrader)
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Sonnabend, den 14. Juli 1906:
Stiftungs-Fest
in den Gesamträumen 2806b
des **Böhmischen Brauhauses,** Landsberger Allee 11/13,
bestehend in Sommernachtsball mit Rosen-Polonaise
sowie Feier des **50**jährigen Gesellen-Jubiläums der Mitglieder **Eduard Maage, Heinrich Girke, Wilh. Rührmund.**
Bei günstigem Wetter: **Garten-Konzert.**
Mitglieder, Freunde und Gönner laden wir hierzu ein.
Anfang 8½ Uhr abends. Ende ? ? ?
Eintrittskarten: Herren **50** Pf., Damen **25** Pf. sind vorher bei nachstehend verzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: **Heinrich Girke,** Waldemarstr. 49, p.; **E. Posteur,** Graunstr. 39, IV; **Jahn,** Usedomstr. 10, Hof links II; **Matheslus,** Weidenweg 46, IV; **Seidel,** Dorflingerstr. 20; **H. Neumann,** Schönleinstr. 26, IV; **Junker,** Werneuchenerstr. 14; **Kliem,** Skalitzerstraße 69, Milchgeschäft; **A. Brunzel,** Wilsnackerstr. 61; **H. Schacht,** Prenzlauer Allee 209a, p.; **G. Liebetrau,** Neue Königstr. 18; **Karl Mahn,** Eisenbahnstr. 39, II.
Abendkasse findet nicht statt. **Das Komitee.**

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder M. 65.–, **Sozial-Luxus-,** mit Freilauf, M. 100.–,
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
23, R. Groskurth, Berlin C., **Münzstr. 23.**

Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
„Unsere Kätе".
Sommerpreise: Parl.-Fauteuil 3,20.

Täglich von der Michael-Brücke
Dampfer-Extrafahrten
mit Musik nach dem beliebten **„Woltersdorfer Schloß".** Fahrpreis hin u. zurück **40** Pf., Kinder **25** Pf. Abfahrt vorm. 9 Uhr, nachm. 2 Uhr nur von der **Michaelbrücke.** — Auskunft über Vermietungen werden Holzmarktstr. 50d im Restaurant erteilt. 14962*

Waren Sie schon mal in der Berliner Schweiz?

Tägliche Dampfer-Extrafahrten mit Musik nur von Jannowitzbrücke.

Sonntags	früh 9	Uhr	und nachmittags 2	Uhr:	Reederei Nobiling.	
Montags	„ 9	„	Reed. Nobiling,	2	„	Dampfschifffahrtsg. Stern.
Dienstags	„ 9	„	Reed. Nobiling,	2	„	Reederei Nobiling.
Mittwochs	„ 9	„	Reed. Nobiling,	2	„	Reederei Nobiling.
Donnerstags	9	„	Reed. Nobiling,	2	„	Dampfschifffahrtsg. Stern.
Freitags	„ 9	„	und nachmittags 2		„	Reederei Nobiling.
Sonnabends	9	„	„ 2		„	Reederei Nobiling.

Außerdem **tägliche Motorverbindung** mit **Eichwalde-Schmöckwitz** (Restaurant Stippekohl) neben Endstation „Stern" sowie der Omnibusse.
NB. Das Besteigen der Gosener Berge, meiner Pachtungen und Besitzungen, ist **nur** meinen Gästen **gestattet.** Jedes Besteigen ohne meine Erlaubnis ist **verboten.** 27985
Hermann Gärtner, Inhaber und Begründer.

4000 M. Preisausschreiben
für
Gedichte
Romane, Novellen
Kompositionen
Amateurphotographien
Beiträge zum Frauenblatt
setzt die neue Wochenschrift:
„Was Ihr Wollt" aus.
Eine Zeitschrift von Abonnenten für Abonnenten. Alle Beiträge willkommen. Jede Einsendung nimmt am Preisausschreiben teil. Wir bringen Bild und Biographie des preisgekrönten Einsenders. Man abonniere sofort bei jeder Postanstalt auf **„Was Ihr Wollt",** Nachtrag 10 der Zeitungsliste zu Mk. 3,— pro Quartal und füge der ersten Einsendung die Postquittung bei. 138/9*
Verlag der „Was Ihr Wollt", St. Johann a. Saar.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Der Garten ist eröffnet.
Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanzkränzchen.
Neu! Studentenstreiche.
Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Typographia.
Heute 9 Uhr: 66/3
Uebungsstunde!

Fahrräder! Billig!
M. 48, 60, 80, 75.
90 bis 180 Mk. p. St.
Freilauf 6 M. mehr.
5 Jahre Garantie.

Laufmäntel . . . . 1.50, 2.00, 2.50, 3.—, 4.50
Luftschläuche . . . 2.00, 2.50, 2.75, 3.—
Pumpen 0.90, 1.15
Pedale 0.90, 1.50 Sattel 1.80, 2.50
Steuerstänger . . 180, 225, 275, 315, 350
Zündkerzen 0.50 Steuerdecken 2.—
REPARATUREN billigst, schnell, sachgemäß
Mäntelreparaturen 0.50 Emaillieren 2.50
Felgenverbindung 1.25 Mäntelverbindung 1.25
Glüh- und Gravier-Apparate. Radreparaturen sämtl.
Willi Haussherr
Berlin 127 Alte Jacobstrasse 93.

Achtung! Achtung!
„Neues Gesellschaftshaus"
Inh.: **Aug. Rüter.** **Schlachtensee,** Eitel Fritzstr. 12.
3 Min. v. Bahnh. Zehlendorf-Beerenstr.
Halte mich den Genossen und Gewerkschaften bei Ausflügen bestens empfohlen. — Für Speisen und Getränke ist bestens Sorge getragen.

PINOL
vertilgt
Ungeziefer aller Art.
in Haus u. Hof, Feld u. Garten.
GEBRÜDER KRAYER, MANNHEIM
Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Glück
Man findet es in reichem Maße spielt man Lotterie bei **Gustav Haase**
Neue Königstr. 86.
Lose aller erlaubten Lotterien.

Kolonie Röntgenhöhe
Stat. Buch, Röntgental, Zeverenick, gesunde hohe Lage, idyll. Umgebung, große Zukunft. Landparz. noch billig v. M. 10,00 ☐Rute an. Verkäufer auf dem Terrain. Auskt. erteilt **Hohenberg, N. 28, Kamlerstr. 38.**

Glänzende Existenz.
Wirklich soliden und nüchternen Schlossern und Monteuren 2c. geben wir schon bei geringer Anzahlung Motordroschken, erstklassige Marken. Am besten übernehmen 2 Reflektanten einen Wagen.
Berliner Automobilhaus- u. Industrie-Gesellschaft m. b. H.

Gau IX
Bezirk 2
(Teltow, Beeskow, Storkow, Charlottenburg).

Sonntag, den 8. Juli:
II. Bezirksfest
in Joëls „Viktoria-Garten"
Inh.: Karl Ludwig
Treptow, Köpenicker Landstr.
Gr. Garten-Konzert
Spezialitäten, Lebende Bilder.
BALL.
Reigenfahren v. Bundesvereinen. Auftreten des **Artisten-Vereins „Sparta"**, Rixdorf-Brits 1898.
Eröffnung der Kaffeeküche 2 Uhr. Konzert-Anf. 4 Uhr. — Billett 20 Pf.
Anfahrt aller Bundesvereine von **Rixdorf,** Bergstr. 151/52, Thiels Festsäle, nachm. 2 Uhr, nach dem Festlokal.
Um zahlreichen Besuch bittet
13/13 **Der Festausschuß.**

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**
Touren 13/14
zum Sonntag, den 8. Juli 1906.
1. Abt. früh 6 Uhr nach Teupitz. Nachm. 1½ Uhr nach Eichwalde. Starts Bülowstr. 59.
2. Abt. nachm. 1½ Uhr nach Pichelswerder (Freund). Start Urbanstr. 7.
3. Abt. früh 4½ Uhr nach Lehnin. Nachm. 1½ Uhr nach Zehlendorf (Waldeslust). Starts Mariannenplatz.
4. Abt. früh 5 Uhr nach Buckow. Nachm. 1 Uhr nach Rixdorf, von dort nach Treptow. Starts Andreasplatz.
5. Abt. früh 5 Uhr nach Teupitz. Nachm. 2 Uhr nach Friedrichsfelde. Starts Elysium.
6. Abt. früh 3 Uhr nach Frankfurt a. O. Nachm. 1 Uhr Streifzüge durch den Osten. Endziel Friedrichsfelde. Starts Oderbergerstr. 30.
7. und 8. Abt. Sonnabend abend 8 Uhr nach Buckow. Sonntag nachm. 2 Uhr nach Treptow. Starts Rösliner Hof, 8. Abt. Start Stephanplatz.
9. Abt. nachm. 2 Uhr nach Friedrichsfelde. Start Schillingstr. 22.

Sommersprossen
entfernt vollständig und gründlich nur mein unschädliches Spezialmittel nebst Spezialseife u. wissenschaftlichem Ratgeber „Die Schönheitspflege" Mk. 2,50 Otto Reichel, Berlin C., Rosenthalerstr. 4.
Tausende Anerkennungen.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 137/15*
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Die am 1. Juli vorgenommenen Wahlen haben kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Es müssen deshalb **Stichwahlen** vorgenommen werden.

Diese sollen vorgenommen werden am
Sonntag, den 8. Juli.
Die Wahlzeit ist von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr.
Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Gewählt wird in folgenden Lokalen:
Raabes Festsäle, Kolbergerstr. 23.
Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
Böters Festsäle, Weberstr. 17.
Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
Lehmanns Restaurant, Bülowstr. 59.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
Thiel-Rixdorf, Bergstr. 152.
Volkshaus-Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Schellhase-Steglitz, Ahornstr. 15.
Böhle-Spandau, Neumeisterstr. 5.
Kaufhold-Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 18.
Tempel-Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
Hellwig-Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
Schmutz-Weißensee, König-Chaussee 38.
Gehlhaar-Tegel, Berlinerstr. 92.

Zentral-Wahlbureau ist unser Bureau Engel-Ufer 15 I.
Wahlleiter ist der Kollege **Josef Hartmann.**

Sonntag, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Bauanschläger
Berlins und Umgegend
im Saale I des **Gewerkschaftshauses,** Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung aller in den Emaillierwerken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im Saale V des **Gewerkschaftshauses,** Engel-Ufer Nr. 15.
Tages-Ordnung:
1. **„Die Kämpfe in der Metallindustrie und ihre Lehren."** Referent: Kollege **Eggert.** 2. Diskussion. 3. Bericht der in der letzten Versammlung gewählten Kommission. 4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Lederarbeiter.** Achtung!
Sonntag, den 8. Juli, vormittags 8½ Uhr, in „Mariendad", Badstr. 35/36, Inhaber Nagel vormals Nitke, findet unsere
Monatsversammlung
statt, wozu alle Kollegen eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Gewerkschaftskommission. Referent: **C. Heimlich.** 2. Bericht des Vorstandes über wichtige Angelegenheiten. 3. Bericht der Fabrikausschüsse über Nichteinhalten des Tarifs. 4. Stellungnahme zur Aussperrung in anderen Berufen. 5. Verschiedenes.
Ersuche nochmals alle Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, weil es eine wichtige Versammlung ist. 284/3
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand der Lederarbeiter Berlin I.
J. A.: **Constantin Weiß,** Vorsitzender.

Konsum-Verein für Tegel und Umgegend.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Am Montag, den 16. Juli 1906, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im Saale des Herrn Trapp, Tegel, Bahnhofstraße.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Anstellung eines Geschäftsführers zum 1. Oktober 1906. 4. Berichterstattung vom Verbandstag. 5. Verschiedenes. 206/2
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Aufsichtsrat.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!
Die Zahlstelle **52** ist von Reichenbergerstr. 54 nach **Lausitzerstr. 7** bei **Warsow** verlegt.
Im **Bezirk Osten** sind zwei neue Zahlstellen errichtet.:
Zahlstelle **59, Liebigstr. 14, Ecke Rigaerstraße,** bei **Gruß.**
Zahlstelle **60, Boxhagenerstr. 29** bei **Kloß.** 88/18

Achtung! Achtung!
Abonnements auf das Fachblatt
werden auf allen Zahlstellen sowie auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, entgegengenommen.

Einsetzer!
Sonntag, den 8. Juli, vormittags 9 Uhr:
Bezirks-Sitzungen
in den bekannten Lokalen. Zugleich Abrechnung der Billetts zur Dampferpartie. — Zahlreichen Besuch erwartet **Der Obmann.**

Tischler-Verein E. H. 89.
Sonnabend, den 7. Juli, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vereinsangelegenheiten. — Ausgabe der Billetts zum **Sommerfest** in der **„Neuen Welt"** am **Montag, den 23. Juli.**
198/19 **Der Vorstand.**

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Drechsler Deutschl.
E. H. 86.
Verwaltungsstelle Berlin O.
Am 3. Juli verstarb unser Mitglied 283/20
Otto Neitzel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 6. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Arb.-Gesangverein Morgenrot Köpenick.
Nachruf.
Am Mittwoch verstarb plötzlich infolge Unfalls (Verbrennung) unser Sangesbruder
Max Helm.
Durch sein freundliches Wesen hat derselbe sich das Vertrauen und die Achtung seiner Sangesbrüder erworben und werden wir seiner in Ehren gedenken.
66/4 **Der Vorstand.**

Berliner Wettsegelverband.
Zur Nachricht, daß der am Sonntag beim Segeln verunglückte Sportkollege Genosse
Franz Wittke
am Sonnabendnachmittag 6 Uhr auf dem Kirchhof zu Grünau beigesetzt wird.
Um rege Beteiligung wird gebeten. 2809b

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Bruders, Schwager und Onkels,
Paul Brunsch
sagen wir allen Freunden und Kollegen, gleichfalls der Freien Hülfs- und Begräbniskasse, der Ortskrankenkasse und dem Zentralverband deutscher Schuhmacher unseren herzlichsten Dank.
Anna Brunsch und Verwandte.

General-Versammlung der Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins E. H. No. 50.
am Sonntag, den 15. Juli 1906, vormittags 10½ Uhr,
bei **Feind,** Weinstraße.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom zweiten Quartal 1906.
2. Antrag des Vorstandes: Abänderung des § 7 des Statuts (Erhöhung der Beiträge).
3. Geschäftliches. 2794b
Der Vorstand.
J. A.: **Gustav Busse.**

Außerord. Generalversammlung
der
Sterbe- und Kranken-Unterstützungskasse Nr. 55
am Sonnabend, den 14. Juli 1906, abends 8½ Uhr,
in **Siemunds Festsälen** (Inh. C. Kuhn), Linienstraße 8 und Zostystraße 4.
Tages-Ordnung:
Verfügung der Aufsichtsbehörde betreffend die Erhöhung der Beiträge zur Kranken-Unterstützungskasse.
2807b **Der Vorstand.**
Das grüne Kassenbuch legitimiert.

Krankenfahrstühle all. Systeme
käuflich von 25 M. an, auch leihweise unter kulantesten Bedingungen.
Koppscho Krankenwagen, Elsasserstraße 95. 136/2*

Deutschlands größtes Spezialgeschäft
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 48
versendet geg. Nachnahme garantiert neue und gut entstäubte, gut füllende **Bettfedern** p. Pfd. M. 0.55-1.00-1.25; prima **Halbdaunen** M. 1.75; **Gänserupffedern** M. 2.00; prima weiße **Gänsehalbdaunen** M. 2.50-3.00-3.50 echt chines. **Mongolendaunen** M. 2.85, echt russisch. **Matador-Gänsedaunen** M. 3.50 | Von den Daunen genügen 3—4 Pfd. zum groß. Oberbett. — **Gänsefedern** (3 Reihen) M. 0.60 per Pfund; **Gänseschlachtfedern,** wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.
Letztjähriger Umsatz über 2000 Zentner Bettfedern, von keinem zweiten Betten- u. Bettfederngeschäft erreicht.

Habe mich als prakt. Arzt
Bergstr. 39
(Wohnung des **Dr. Hafemann**) niedergelassen.
2769b **Dr. Badtke.**

Restaurant, 18 Jahre bestehend, anschließende Wohnung, Preis 1600,—; Miete 1500,—. Piankino, Billard, **gute Geschäftsgegend.** 138/7
Zigarrengeschäft **Thaerstr. 47.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis
(Landsberger Viertel.)
Bezirk 189g.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 3. Juli, verschied unser treues Mitglied, der Töpfer 244/2
Hermann Malzahn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **heute** nachmittag 5½ Uhr von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in der Landsberger-Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 2. Juli, verstarb unser Mitglied
Hermann Malzahn
im Alter von 57 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
196/19 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Am Montag verstarb unser Mitglied
Ernst Albrecht
im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
144/20 **Der Vorstand.**

Verein d. Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.
Hierdurch diene den Kollegen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 3. Juli cr., nach einem halbjährigen Herzleiden, unser lieber Kollege, der Gürtlerlehrling
Franz Dölle
Rixdorf, Kaiserin-Augusta-Straße Nr. 3, infolge eines Herzschlages verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Juli cr., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der St. Michael-Gemeinde, Rixdorf, Hermannstraße 191/195 aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht 2799b
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nowawes-Neuendorf.
Montag, den 2. Juli, abends 11½ Uhr, verstarb im Joseph-Krankenhause zu Potsdam unser Mitglied
August Eger
im Alter von 39 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
284/1 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, mein lieber, guter Mann, Vater, Bruder und Schwager, der Monteur
Franz Kuhnert
im Alter von 51 Jahren in Holland plötzlich verschieden ist.
Dies zeigt tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, an
Emma Kunert geb. **Klinkowski und Sohn.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Liesenstraße, aus statt. 17252

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Adolf Krössner
am 23. Juni verstorben ist und am 26. Juni zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
88/19 **Die Ortsverwaltung.**

Stettin-Skandinavien
vermittelst hocheleganter mit allem Komfort eingerichteter Schnelldampfer
Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn)
jeden Sonnabend und **Mittwoch nachm. 2½ Uhr.**
Stettin-Kopenhagen-Gothenburg **jeden Dienstag** u. **Freitag** nachm. 2½ Uhr.
Prospekte gratis und franko durch 124/7*
Gust. Metzler, Stettin P. Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.

H. Zimmermann
Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 1660L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. — Billigste Preise.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Was ist Bosco?

Veranlaßt durch die in letzter Zeit **sehr oft vorkommenden Klagen** über ganz **minderwertige Nachahmung** des 1564B*
Dänischen
Kapitän-Kautabak
weise ich darauf hin, daß derselbe **nur echt** ist, wenn in **jedem Stück** (5 u. 10 Pf.-Rollen oder Schleifen) **der Zettel liegt** mit Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gesetzl. geschützt).
Gen.-Vertr.: **C. Röcker,** Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.